

„Hier kennt man sich ...“ II

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Münster.





© 09/2020

Herausgeberin

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechts-
extremismus, für Demokratie (mobim) im Geschichtsort Villa
ten Hompel der Stadt Münster.
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
www.mobim.info

Fotos

Die Rechte liegen bei mobim. Rechte der Porträts auf S. 34–37:
Gerburgis Sommer/Jennifer Grube.
Foto auf S. 15: Theater Münster
Foto auf S. 24: Dietmar Rabich / Wikimedia Commons / „Dül-
men, Spinnerei Bendix, Jugendzentrum -Neue Spinnerei- – 1“
/ CC BY-SA 4.0

Redaktion

Kathalena Essers, Sina Feldkamp, Anna-Lena Herkenhoff,
Heiko Klare, Christina Möllers, Michael Sturm, Lena Wacker
Redaktionsschluss: 30.5.2020

Mitarbeit

Insa Brüggemann, Barbara Egyptian, Johannes Hitzegrad

Gestaltung

„Tüddel“ Heimsoth

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BM-
FSEJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der
Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die
Verantwortung.

**„Ich möchte in einer Gesellschaft leben,
wo das nicht der Alltag ist“**

5 „Hier kennt man sich...“

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten: Interviews

- 7 „Hier kennt man sich ...“
- 8 „Es geht uns besonders darum, Solidarität mit
geflüchteten Menschen zu zeigen“
Bündnis gegen Abschiebungen Münster
- 10 „Der offene Rassismus ist salonfähiger geworden“
Initiative BUNDte politische Bildung Münster
- 12 „Mein Hauptmotor war meine Wut im Bauch“
Tuğsal Moğul, Theaterautor und Arzt
- 16 „Das geht nur kontinuierlich, geduldig und
zusammen“
Schalker Fanprojekt Gelsenkirchen
- 20 „Wir wollen auch in Zukunft in einem offenen, viel-
fältigen Viertel wohnen“
Initiative Südviertel – Keine Nachbarschaft mit der
AfD Münstera
- 22 „Wir wollen gegenseitigen Respekt zur Normalität
machen“
Schule ohne Rassismus-AG Senden
- 24 „Das ist unser Anspruch: Menschen an den Dingen,
die sie betreffen, umfassend beteiligen“
Karl Lenz, Jugendarbeiter aus Dülmen
- 26 „Demokratiearbeit ist anstrengend, aber alle Bemü-
hungen wert“
„Demokratie leben! Eine Idee vom Glück“ Ahlen
- 28 „Der Ton hat sich geändert – aber wir müssen re-
den, diskutieren und dranbleiben“
Julia Borries, Ev. Kirchenkreis Recklinghausen, und
Zühtü Bartoğlu, Haus der Kulturen Hertzen

Extrem rechte Akteur*innen und Aktivitäten

- 32 „Aber ist das denn hier auch so schlimm?!“
Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitis-
mus im Regierungsbezirk Münster
- 34 Projektvorstellung
„Gesicht einer Flucht“
- 36 Rechte Gewalt, Alltagsrassismus und
die Grenze des Sagbaren
Erhitzte Debatten und gezielte Eskalation
Rechte Gewalt, Alltagsrassismus und die
Grenze des Sagbaren
- 40 „Alles erstunken und erlogen“
Instrumentalisierung von „Aufregertemen“
und die Stimmung vor Ort
- 43 „Kontinuierliche Radikalisierung“
Die AfD im Regierungsbezirk Münster
- 49 Der „1000-Kreuze-Marsch“ in Münster
Radikale „Lebensschützer*innen“ und die
extreme Rechte
- 54 **Wirkmächtig und anknüpfungsfähig**
Wie neue rechte Gruppen „Aufregertemen“
instrumentalisieren und sich vernetzen
- 58 **Gut vernetzt, aber wenig sichtbar**
Identitäre Bewegung und „Neue Rechte“ in
der Region
- 62 **Verschwörungstheorien, Gewalt und Betrug**
Das Phänomen der „Reichsbürger“ und ihre
Aktivitäten im Regierungsbezirk
- 66 **Neonazis zwischen Randständigkeit und
Normalität**
Aktivismus im Parteilager und
Familienfeiern im Kleingarten
- 70 **Kontakte und Ansprechpartner*innen**
- 74 **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
in NRW**



„Hier kennt man sich ...“

Das klingt vielleicht erstmal etwas verstaubt, nach Provinz und Enge, aber gerade im nördlichen Ruhrgebiet und im Münsterland heißt das vor allem: die Wege sind in der Regel kurz, viele Aktive kennen sich schon Jahre – aber auch neu Zugezogene können schnell eingebunden werden. Viele Menschen, mit denen wir in der Region unterwegs sind, die wir beraten und begleiten, formulieren diesen Satz sehr positiv für ihren Stadtteil, ihren Verein oder ihr Dorf. Sie haben sich in den letzten Jahren engagiert, in einer Zeit, die herausfordernd und emotional war.

Daher haben wir auch unsere zweite Broschüre zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster mit diesem Ausdruck überschrieben. Wir finden uns darin wieder, denn zunehmend haben wir das Gefühl, dass man auch uns kennt. Seit über zehn Jahren beraten und begleiten wir Menschen, Gruppen und Einrichtungen, die sich im nördlichen Ruhrgebiet und Münsterland mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen – oder müssen. Die Mobile Beratung ist mit Hilfe vieler engagierter Menschen zu einer festen Ansprechpartnerin geworden, die geschätzt und gebraucht wird. Das freut uns und bestätigt unseren Ansatz, den wir gemeinsam mit den anderen Mobilen Beratungsteams in NRW und im *Bundesverband Mobile Beratung* stetig weiterentwickeln.

In den bald fünf Jahren seit Erscheinen des ersten Teils dieser Broschüre ist viel passiert. Das Erstarken der AfD, das Auftreten neuer Akteur*innen im extrem rechten Spektrum auch hier in der Region und die polarisierte gesellschaftliche Diskussion fordern auch unsere Arbeit heraus. Die Erfahrungen und Einschätzungen aus der Beobachtung unterschiedlicher Spektren des Rechtsextremismus im Regierungsbezirk haben wir in die Texte im zweiten Teil dieser Broschüre einfließen lassen. Sie geben einen Überblick, der schlaglichtartig Akteur*innen und Entwicklungen beschreibt.

Ergänzt werden diese tiefgehenden Beschreibungen durch die auf den Seiten des Heftes mitlaufende Chro-

nik, in der wir anknüpfend an den ersten Teil von „Hier kennt man sich“ beispielhafte extrem rechte Vorkommnisse aus den Jahren 2015 bis Anfang 2020 gesammelt haben. Sie bietet einen mosaikhaften Blick auf die Aktivitäten der Szene(n) in der Region, welcher aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Bewusst ergänzt wird die Chronik durch Beispiele zivilgesellschaftlicher Gegenwehr und kreativem Einsatz für eine demokratische Kultur. Denn, auch das haben uns die letzten Jahre gezeigt, gerade in Zeiten einer autoritären Zuspitzung und der Diskursverschiebung nach rechts machen die Begegnungen mit engagierten Menschen, die ganz klar Position beziehen und sich für ein solidarisches Zusammenleben einsetzen, Mut und geben Kraft. Das hoffen wir auch mit den Interviews im ersten Teil der Broschüre zu erreichen, in denen wir mit engagierten Einzelpersonen, Initiativen und Vertreter*innen von Institutionen über Chancen, Ziele und Motivationen ihres Engagements sprechen.

Wir hoffen, mit dieser Broschüre einen Beitrag zu leisten zur Stärkung der demokratischen Kultur „zwischen bunter City und ‚grüner Wiese‘“, wie es im ersten Teil 2015 hieß. Unser Dank gilt allen, die uns in den letzten Jahren unterstützt haben, insbesondere unserer Kollegin Christina Möllers, die bis Ende 2018 Teil unseres Teams war und auch am Entstehen dieser Broschüre maßgeblich mitgearbeitet hat.

Kathalena Essers

Anna-Lena Herkenhoff

Heiko Klare

Michael Sturm

Für ihren Beitrag, ihre Unterstützung und den stetigen Antrieb bei der Erstellung dieser Broschüre danken wir herzlich Lena Wacker und „Tüddel“ Heimsoth sowie für die redaktionelle Mitarbeit Insa Brüggemann, Barbara Egyptian, Sina Feldkamp und Johannes Hitzegrad.

„Ich möchte in einer Gesellschaft leben, wo das nicht der Alltag ist“

Engagement für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster

Wir haben in unserer Arbeit gerade in den letzten Jahren, die geprägt waren durch zugespitzte und oft von rechts instrumentalisierte Diskussionen, unzählige ermutigende Gespräche geführt und viele Menschen und Gruppen kennengelernt, die sich nicht unterkriegen lassen wollen von dem, was sie selbst oft als „Rechtsruck“ beschreiben.

Diese Begegnungen machen Mut und bieten die Chance, voneinander zu lernen. Durch die Interviews auf den folgenden Seiten wollen wir einigen ganz unterschiedlichen Aktiven die Möglichkeit bieten, ihre Arbeit vorzustellen und über Herausforderungen und Perspektiven zu sprechen. Die Gespräche sind Momentaufnahmen aus den vergangenen zwei Jahren, die beispielhaft für das Engagement im Regierungsbezirk Münster stehen, das in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet:

Im Handlungsfeld *Migration* berichtet das *Bündnis gegen Abschiebungen* über Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Asylpolitik und ihrer Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft im Münsterland. Kawa Eibesh stellt die Aktivitäten des Vereins *BUNDte politische Bildung* vor, der in Münster Stadtrundgänge mit speziellen Schwerpunkten u.a. durch geflüchtete Jugendliche anbietet; Tuğsal Moğul spricht über die Möglichkeiten von Kunst und Kultur, speziell des Theaters, im kritischen Umgang mit Rechtsextremismus, aber auch über die ganz persönliche „Wut im Bauch“. Für den Sport berichtet Markus Mau aus der Geschichte und aktuellen Arbeit des *Schalcker Fanprojekts* in Gelsenkirchen, Mitglieder der *Initiative Südviertel – keine Nachbarschaft mit der AfD* berichten im Bereich *Politik* aus ihren Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der rechtspopulistischen Partei in der Stadt – aber auch über ihr breites Engagement im und für ihr Viertel.

Beispielhaft für das große Handlungsfeld *Schule* steht das Engagement der *Schule-ohne-Rassismus-AG* der *Geschwister Scholl-Realschule* in Senden, über das aktive Schüler*innen im Interview berichten. Vielfältig herausgefordert, aber auch eingebunden in die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, sind darüber hinaus die kommunalen Verwaltungen. Karl Lenz, langjähriger Leiter eines Jugendtreffs in Dülmen, überlegt im Gespräch, welche Möglichkeiten Jugendarbeit und die Präsenz in Quartieren für die Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen hat. Lisa Kalendruschat steuert Erfahrungen der *Partnerschaft für Demokratie* in Ahlen bei, für die sie in der Fach- und Koordinierungsstelle arbeitet. Schlussendlich diskutieren Zühtü Bartoğlu (*Haus der Kulturen in Herten*) und Julia Borries (*Ev. Erwachsenenbildung in Recklinghausen*) über Chancen und Grenzen der *politischen Bildung* mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen.

Wir danken allen Interviewpartner*innen für ihre Bereitschaft und Offenheit. Oft sind wir uns mit den Menschen, auf die wir treffen einig: Wir müssen gemeinsam lauter werden, uns für ein demokratisches Zusammenleben einsetzen und nicht verzagen. Das geht nur gemeinsam und indem wir uns gegenseitig unterstützen – die folgenden Interviews helfen hoffentlich dabei.

„Es geht uns besonders darum, Solidarität mit geflüchteten Menschen zu zeigen“

Interview mit dem Bündnis gegen Abschiebungen Münster

Das Bündnis gegen Abschiebungen Münster ist ein offenes Bündnis von Menschen, die sich für Bleiberecht in Münster und in ganz Deutschland einsetzen

Wer seid ihr und womit setzt ihr euch auseinander?

Wir sind ein Zusammenschluss von Menschen, die sich einig sind, dass Abschiebungen grundsätzlich falsch und inhuman sind. Wir setzen uns mit aktuellen Themen auseinander, die Abschiebungen betreffen, z.B. Gesetzesverschärfungen, Lebensbedingungen von „Ausreisepflichtigen“ und illegalisierten Menschen und machen hierzu Informationsveranstaltungen, Kampagnen und Vernetzungsarbeit.

Wie arbeitet ihr konkret?

Das *Bündnis gegen Abschiebungen* trifft sich alle zwei Wochen für den Austausch über aktuelle Themen. Dabei suchen wir nach Möglichkeiten, politisch durch eine klare Positionierung Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen. Je nach Thema auf unterschiedliche Art und Weise. So organisieren wir beispielsweise öffentliche Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen oder Protestcamps und versuchen, so die Thematik Abschiebungen immer wieder kritisch in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Dazu gehörten beispielsweise eine Lesung und ein Workshop zu Racial Profiling. Zuletzt haben wir eine Vortragsreihe über *Zentrale Unterbringungseinrichtungen (ZUE)* veranstaltet, wie es nun auch eine in Münster gibt, und problematisieren dies als integralen Bestandteil des „integrierten Rückkehrmanagements“ des Landes NRW.

Wann und wie kam es zu eurer Gründung? Was hat sich seitdem verändert?

Im Jahr 2014 haben sich Menschen aus verschiedenen antirassistischen Initiativen aus Münster zu einem Bündnis zusammen getan, um aktiv Abschiebungen zu verhindern. Die Idee dazu kam aus der Nachbarstadt Osnabrück, wo es schon einige Male funktioniert



hatte, durch Zivilen Ungehorsam Abschiebungen unmöglich zu machen. Ziemlich schnell änderte sich dann die Gesetzeslage. Das Ankündigen von Abschiebungen wurde den Behörden untersagt. Dies führte nicht nur dazu, dass Menschen, die abgeschoben werden sollen, in der Angst leben, nachts unvorbereitet aus dem Schlaf gerissen und direkt zum Flughafen gebracht zu werden, sondern auch, dass ein unmittelbarer Protest verhindert wird.

Das Thema Abschiebungen kann aber nicht separat von der kommunalen und bundesdeutschen Gesetzgebung oder gar dem globalen Fortschreiten neoliberal geprägter Politik und von Verteilungskämpfen betrachtet werden.

8

Der gesamte Komplex rund um Flucht und Asyl spielt dort mit hinein, genau wie die Etablierung rassistischer Machtverhältnisse und Meinungen in nationalen wie internationalen gesellschaftlichen Debatten. Unserer Überzeugung nach sind solche rassistischen Denkweisen dem System des Kapitalismus eingeschrieben – und stehen wiederum in einer Kontinuität jahrhundertelanger europäisch-kolonialer Expansions und Ausbeutung.

Mit wem arbeitet ihr denn zusammen und wie kann man bei euch mitmachen?

Im Sinne einer ganzheitlichen Kapitalismuskritik arbeiten wir immer wieder mit anderen antirassistischen, internationalistischen, dekolonialen wie auch queer-feministischen, klimabewegten und allgemein anti-kapitalistischen Gruppen und Initiativen zusammen, die sich für ähnliche Themen und Ziele einer gerechteren, emanzipatorischen Welt einsetzen. Der Analyse- und Aktionsradius wechselt bei uns allen dabei ständig zwischen der lokalen, nationalen und globalen Ebene. Grundsätzlich verfolgen wir den Ansatz, dass jede*r, die*der sich in unseren Zielen wiederfindet, bei uns mitarbeiten kann. Regulär treffen wir uns am zweiten und vierten Donnerstag im Monat um 19:30 Uhr. Interessierte können gerne vorher Kontakt zu uns aufnehmen.

Wie geht ihr mit Hürden und Schwierigkeiten um und welche Erfolge erlebt ihr?

Angesichts der hohen Abschiebezahlen (bundesweit 29.000 in 2017) ist es natürlich nicht immer leicht, nicht vor allem frustriert zu sein, sondern den politischen Kampf fortzusetzen. Schrittweise voranzukommen, ist deshalb sehr wichtig. Ein konkreter Erfolg war sicherlich, dass wir es zusammen mit anderen Initiativen, Gruppen und unterstützt durch eine große Menge von Einzelpersonen geschafft haben, politischen Druck aufzubauen, sodass der Stadtrat sich Anfang 2018 gegen die Einrichtung einer *Zentralen Ausländerbehörde (ZAB)* entschieden hat. Dieser Erfolg ist gleichzeitig eine Herausforderung, da es natürlich nicht nur

darum geht, solche Einrichtungen in Münster zu verhindern – wir wollen uns grundsätzlich gegen jegliche Form von autoritärer Abschiebungspolitik einsetzen, ganz egal wo.

Für diese Position bekommen wir natürlich auch Anfeindungen aus dem rechten Spektrum bis hin zu CDU-Vertreter*innen, die uns beispielsweise für unsere Racial Profiling-Veranstaltung in der Presse scharf kritisiert haben. Gerade diese Polarisierung hat jedoch dazu beigetragen, dass unser Anliegen – Racial Profiling zum Thema in der öffentlichen Debatte zu machen – erfolgreich war.

Was sind eure Ziele und Visionen für die Zukunft? Wie geht es weiter?

Grundsätzlich streben wir eine solidarische Gesellschaft an, in der keine Menschen abgeschoben werden, sondern stattdessen alle gleichermaßen Bewegungsfreiheit und das Recht auf freie Entscheidung über ihren Aufenthaltsort und die Gestaltung des eigenen Lebens haben. Das ist natürlich ein sehr großes Ziel. Konkret ist es unser Ziel, eine Gegenöffentlichkeit (zur weit verbreiteten Plausibilität notwendiger Abschiebungen) zu schaffen, in der die Legitimität von Abschiebung und die Illegalisierung von geflüchteten Menschen grundsätzlich hinterfragt und kritisiert werden. Dabei geht es uns besonders darum, Solidarität mit geflüchteten Menschen zu zeigen und sie in ihren Kämpfen zu unterstützen. Das Ziel einer solidarischen Gesellschaft, in der Rassismus, Nationalismus, Sexismus und der Kapitalismus überwunden sind, ist zwar noch nicht so richtig am Horizont sichtbar. Aber wir arbeiten dran. Es gibt zahlreiche Ansatzpunkte, die wir in Zukunft noch in Angriff nehmen können, wie beispielsweise, dass Menschen Bürger*innenasyl gewähren, dass Münster eine *Solidarity City* wird ... Wie gesagt, wir bleiben dran.

Kontakt
gegenabschiebungenms@riseup.net
<https://gegenabschiebungenms.blackblogs.org/>

Münster, 05. Januar 2015 An einem Umzug *Münster gegen Pegida* und einer Schweigeminute für Opfer rechtsmotivierter Gewalt nehmen laut WN ca. 10.000 Menschen teil.

Münster, 30. Januar 2015 Anlässlich einer angekündigten Demo einer *Müngida*-Gruppe planen unterschiedliche Gruppen und Bündnisse Demonstrationen an zentralen Orten in der Stadt – zum Aufzug des *Pegida*-Ablegers kommt es schlussendlich nicht. Zur Abschlusskundgebung der Bündnisse *Münster gegen Pegida* und *Kein Meter den Nazis* kommen 6.000 Teilnehmende auf den Domplatz.

Coesfeld, 09. Februar 2015 An einem von der örtlichen Pax Christi-Gruppe veranstalteten Schweigemarsh „für Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit“ nehmen laut WN 550 Menschen teil.

Warendorf, Februar 2015 Die NPD nutzt laut WN-Bericht die Verteilung von Flugblättern, um Stimmung gegen geplante Unterkünfte für geflüchtete Menschen zu machen.

Coesfeld, 24. Februar 2015 Nach Angaben der WN handelt es sich bei einem von Feuer beschädigten Versorgungszelt vor einer Geflüchtetenunterkunft um Brandstiftung.

Rheine, 27. Februar 2015 Vor einem Mehrfamilienhaus, in dem Geflüchtete aus Mazedonien leben, kommt es nachts zu rassistischen Rufen, wie aus einer Anfrage der Piraten-Partei hervorgeht.

Münster, 21. März 2015 Wie in den Jahren zuvor wird der christlich-fundamentalistische „1.000-Kreuz-Marsch“ durch kreative und lautstarke Proteste begleitet.

Münster, 28. März 2015 Mitten in der Innenstadt kommen auf Einladung des deutsch-lateinamerikanischen Vereins *Upla e.V.* viele Menschen zu einem Flashmob un-

„Der offene Rassismus ist salonfähiger geworden“

Interview mit der Initiative BUNDte politische Bildung Münster



Die Initiative BUNDte politische Bildung Münster bietet Stadtrundgänge im Kontext Kolonialismus, Rassismus sowie Flucht und Migration an, die durch junge Menschen mit und ohne Fluchterfahrung angeboten werden. Die Initiative wird getragen durch die BUNDjugend NRW, von der es in mehreren großen Städten lokale Gruppen gibt. Kawa Eibesh wohnt und studiert in Münster und ist hier in der Lokalgruppe aktiv.

Die Initiative wird getragen durch die BUNDjugend NRW, von der es in mehreren großen Städten lokale Gruppen gibt. Kawa Eibesh wohnt und studiert in Münster und ist hier in der Lokalgruppe aktiv.

10

Was macht ihr aktuell in eurer Initiative, was sind eure Arbeitsschwerpunkte?

Die Initiative BUNDte politische Bildung Münster hat sich im Dezember 2018 aus Teilnehmenden mit und ohne Fluchterfahrung der beiden Bildungsprojekte „Global Home Tour“ und „Multi-Schulung Flucht“ der BUNDjugend NRW gegründet. Eine der Aktivitäten, die wir für Schulklassen, Vereine oder andere interessierte Menschen anbieten, ist der Spaziergang durch Münster zu den Themen Kolonialismus, Flucht, Migration und Rassismus.

Bei den Spaziergängen versuchen wir durch interaktive Methoden der politischen Bildung, ein Verständnis über die globalen Zusammenhänge und ein Grundwissen zum Themenkomplex Kolonialismus, Migration, Flucht und Asyl zu vermitteln. Dabei möchten wir mit den Teilnehmenden die folgenden Fragen beantworten und erläutern:

Findet in unserer Stadt Münster ein Bezug zu Flucht statt, die doch so weit weg zu sein scheint? Was haben unser Lebensstil, Konsum und Reichtum mit Flucht weltweit zu tun? Welche Spuren und Auswirkungen der weltweiten Fluchtthematik finden sich hier? Und überhaupt: Wie ist das Leben in der Stadt für Menschen, die hier neu sind? Was für Auswirkungen hat die europäische und deutsche Asylpolitik ganz konkret auf ihr Leben in ihrer neuen Stadt? Wo und wie werden geflüchtete Menschen für ihre Rechte aktiv und wie können sie unterstützt werden?

Aber auch freie Workshops zu den Themen „Kritisches Weißsein“, „Sensible Sprache“, „Flucht & Migration in den Medien“ und „Koloniale Kontinuitäten in der deutschen Asyl- und europäischen Grenzpolitik“ wurden von uns durchgeführt oder sind für die Zukunft geplant. Außerdem werden Aktivitäten wie Vorträge, Filmvorführungen, Tanz-, Koch-, Ess- und Spielabende angeboten.

Neben den Spaziergängen in Münster und anderen Städten in NRW bieten die im Rahmen der Multi-Schulung Flucht ausgebildeten Mul-

tiplikator*innen die Durchführung von Projekttagen in Schulen in NRW an.

Warum engagierst du dich, was ist dir dabei wichtig?

Die Arbeit im Bereich der politischen Bildung mit Gruppen macht mir Spaß. Besonders zurzeit ist der offene Rassismus in der Gesellschaft salonfähiger geworden und wir sehen, dass durch die rassistische Rhetorik einiger politischer Gruppen und Parteien die Grundlage für rechtsterroristische Anschläge gegen von Rassismus betroffene Menschen geschaffen werden, wie z.B. in Halle und Hanau. Generell dominieren in der Gesellschaft auch viele Vorurteile und Unwissenheit über geflüchtete Menschen und die Fluchtthematik. Deshalb finde ich es wichtig, Fakten und Grundwissen zu den Themen Rassismus, Migration und Flucht zu vermitteln und über die Zusammenhänge von postkolonialen Strukturen und der Fluchtbewegung in der Welt aufzuklären. Außerdem möchten wir durch die Diskussionen mit den Teilnehmenden ein politisches Bewusstsein für die Folgen von Rassismus in der Gesellschaft und die Lebensrealitäten und Perspektiven von geflüchteten Menschen in Deutschland entwickeln.

Was ist Euch richtig gut gelungen?

Die „Multi-Schulung Flucht“ ging 2019 in die fünfte Runde. Mehr als 100 jungen Menschen wurden in den letzten vier Jahren zu Multiplikator*innen ausgebildet. Wir haben durch unsere Workshops und das Projekt „Global Home-Tour“ hunderte Menschen in NRW erreicht.

Einige von uns nehmen momentan an dem „PERSP-AKTIVE-Training“ der BUNDjugend NRW als Aufbauqualifizierung für die politische Bildungsarbeit teil. Wir werden also weiter daran arbeiten, unsere Ziele zu erreichen und hoffentlich mehr Menschen von unseren Themen begeistern.

Kontakt
ght-muenster@bundjugend-nrw.de
www.facebook.com/bundtepolitischebildungMS

ter dem Motto „Tanzen gegen Rassismus und Intoleranz“ zusammen.

Bocholt, 01. April 2015 Nach Angaben der Landesregierung NRW wird von Unbekannten eine Feuerwerksbatterie in unmittelbarer Nähe zu einer Geflüchtetenunterkunft gezündet. Auf der zurückgelassenen Batterie sind ein Hakenkreuz und Schriftzüge wie „Anti Asyl Bombe, 88 und SS“ erkennbar.

Münster, 19. April 2015 In einem Mehrfamilienhaus, in dem unter anderem Geflüchtete wohnen, zerstört eine Metallkugel aus einer unbekanntenen Waffe eine Fensterscheibe, wie Die Zeit berichtet.

Gelsenkirchen, 30. April 2015 Auf Einladung der Falken und 17 weiterer Kooperationspartner*innen spielen drei Bands ein Konzert „Laut gegen Rechts“ auf dem Neumarkt in der Gelsenkirchener Altstadt.

Gelsenkirchen, 01. Mai 2015 Laut Der Westen nehmen auf Einladung der Demokratischen Initiative viele Vereine, Kirchenvertreter*innen und Bürger*innen an einer Veranstaltung gegen einen Aufmarsch der Partei Die Rechte teil.

Oelde, 04. Juli 2015 Eine Person randaliert laut der Landesregierung NRW vor einer Geflüchtetenunterkunft, zeigt nach einem Streitgespräch den Hitlergruß und ruft „Sieg Heil“.

Münster, 22. Juli 2015 In die Scheibe eines öffentlichen Schaukastens der Partei Die Linke wird ein Hakenkreuz eingeritzt, so die WN.

Gelsenkirchen, 26. Juli 2015 Laut Polizeibericht besprühen im Stadtteil Scholven Unbekannte eine Geflüchtetenunterkunft mit mehreren Hakenkreuzen.

Ibbenbüren, 01. August 2015 Unbekannte bringen an einer Geflüchtetenunterkunft fünf Hakenkreuze und die Schriftzüge „Sieg Heil, Kanaken raus, SS und SA“ an,

„Mein Hauptmotor war meine Wut im Bauch“

Interview mit Tuğsal Moğul



Tuğsal Moğul (1969) ist Theaterautor, Regisseur, Schauspieler und gleichzeitig Arzt.

Er ist deutsch mit türkisch-muslimischen Wurzeln. 2008 gründete er sein Ensemble Theater Operation. Es entstanden mehrere Stücke mit medizinisch-ethischen Themen, bis hin zu Themen um den Wert und den Preis des menschlichen Lebens, um Migration, Fremde und Heimat. In seinem Stück „Auch Deutsche unter den Opfern“ geht es um die desaströsen Ermittlungsfehler im NSU-Komplex und institutionellen Rassismus.

Der NSU-Prozess war das zwischen 2013 und 2018 am Oberlandesgericht München geführte Verfahren gegen fünf Personen, die angeklagt waren, an den Taten der extrem rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) beteiligt gewesen zu sein bzw. diese unterstützt zu haben – darunter Morde an migrantische Unternehmer*innen und einer Polizistin, zwei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle sowie insgesamt 43 Mordversuche. Das Gericht verurteilte Beate Zschäpe, die Begleiterin der beiden ausführenden Täter Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 11. Juli 2018 wegen Mitäterschaft und Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung NSU sowie schwerer Brandstiftung zu lebenslanger Haft.

Dein Stück „Auch Deutsche unter den Opfern“ wurde 2015 in Münster uraufgeführt und dort bis Juli 2018 gespielt. Kannst du uns etwas zu der Entstehung des Stückes erzählen? Worum geht es?

Das Stück wird weiterhin noch gespielt. Zum Beispiel in Istanbul, mit einem Gastspiel in Mülheim an der Ruhr und im Schlosstheater Moers. Die Inszenierung in Münster ist erst einmal auf standby gesetzt.

In dem Stück geht es um den NSU-Prozess. 2014 habe ich mit dem Projekt begonnen und etwa neun Monate recherchiert, bin unter anderem in München beim NSU-Prozess dabei gewesen. Mir ist dabei sehr aufgestoßen, dass die Ermittlungsfehler der Polizei und des Verfassungsschutzes nicht nur desaströs waren, sondern es sich da schon teilweise um gezielte Sabotage gehandelt hat. Je mehr ich mich mit diesem Thema beschäftigt habe, desto mehr wurde mir klar, dass ich das auf die Bühne bringen muss. Natürlich kann man das Stück auch aus der Perspektive der Opfer erzählen oder die rechtsextreme Szene genauer beleuchten, aber ich habe mich dazu entschieden, mich anhand des Bereichs der Ermittlungen dem Thema zu nähern.

Aus der Recherche habe ich dann ein etwa 80-minütiges Stück entwickelt. Darin erzählen

wir sehr komprimiert die Fakten, die von zwei Männern und einer Frau in meiner Inszenierung vorgetragen werden. Die drei fungieren als Ermittler*innen auf der Bühne, die den NSU-Morden nachgehen. Zudem werden auf der Bühne weitere 170 Morde vorgestellt, die seit der Wiedervereinigung seitens der Rechtsextremen durchgeführt worden sind. Ich wollte den Zusammenhang der NSU-Morde zu diesen anderen rechtsextremen Morden herstellen und damit zeigen, dass das nicht nur Einzeltäter*innen waren, sondern, dass das auch organisierte Terrorgruppen sind, die gemordet haben.

Und wie bist du dazu gekommen, dich überhaupt mit den NSU-Morden auseinander zu setzen? Was war deine Motivation?

Mein Hauptmotor für das Stück war meine Wut im Bauch. Ich bin in Beckum geborener Westfale – durch und durch –, habe türkisch-muslimische Wurzeln und einen Namen, der auffällt. Vielleicht habe ich deshalb diese Morde, die ja medial zynisch auch als „Döner-Morde“ bezeichnet wurden, verstärkt wahrgenommen. Ich glaube, wenn die Opfer Peter, Hans oder Ulrike geheißen hätten, und die Täter*innen Mustafa, Emine und Hasan gewesen wären, dann wäre man den Morden sehr schnell nachgegangen und man hätte viel früher die Täter*innen gefasst. Zumal neun NSU-Morde mit derselben Waffe verübt wurden. Dieser institutionelle und strukturelle Rassismus hat mich sehr beschäftigt und wütend gemacht.

Mit welcher Intention hast du das Stück geschrieben? Was möchtest du mit deiner Arbeit erreichen?

Prinzipiell würde ich sagen, dass wir Medien- und Kulturschaffenden den Auftrag haben, diese deutsche Zeitgeschichte am Leben zu erhalten. Auch nach Beendigung des NSU-Prozesses soll dieses Thema nicht ad acta gelegt werden. In Münster, in jeder Stadt, in jedem kleinen Kaff in Deutschland sollten Stücke, die über Rassismus und Rechtsextremismus aufklären, aufgeführt werden. Vor allem in den Schulen.

wie aus einer Antwort der Landesregierung NRW auf eine Anfrage hervorgeht.

Gelsenkirchen, 07. August 2015 Ein Mann tritt die Tür einer Nachbarnfamilie ein, greift sie körperlich an, zeigt den „Hitlergruß“ und beleidigt die Familie als „Fucking Ausländer“. Zwei weitere Personen sprechen ebenfalls Beleidigungen und rechtsradikale Parolen aus, berichtet die Polizei.

Lüdinghausen, 07. August 2015 Bei einem Begegnungsfest kommen knapp 205 Nachbar*innen, Geflüchtete, ehrenamtlich Aktive und Mitarbeitende eines Medienhauses zusammen.

Nottuln, 15. August 2015 In der ehemaligen *Geschwister Scholl Schule*, welche als Geflüchtetenunterkunft dient, geht eine Bombendrohung ein, so die Landesregierung NRW.

Oer-Erkenschwick, 28. August 2015 Über das Internet wird zu einer Demonstration mit dem Thema „Gegen Ausländergewalt und Asylbetrug“ aufgerufen. Die Rechte verbreitet parallel Flyer mit dem Slogan „Asylmissbrauch stoppen. Kriminelle Asylanten in ihre Heimat zurückführen“. Die Anmeldung der Demo wird kurzfristig zurückgezogen, so das *Lotta-Magazin*.

Warendorf, 03. September 2015 Wie der WDR berichtet, werden auf den Briefkasten einer Familie aus Syrien Aufkleber mit der Aufschrift „Refugees not welcome“ geklebt.

Dorsten, 06. September 2015 An eine Geflüchtetenunterkunft wird ein gut zwei Meter großes Hakenkreuz gesprüht, berichtet der WDR.

Münster, 12. September 2015 Im Rahmen der bundesweiten „Aktion Arschloch“ singen auf dem Prinzipalmarkt 800 Menschen das Lied „Schrei nach Liebe“ der Band *Die Ärzte*.

Münster, 13. September 2015 Als Solidaritätskundgebung „ge-

Ich möchte durch mein Stück erreichen, dass das Thema nicht aufhört zu existieren. Das ist deutsche Zeitgeschichte. Mein Stück ist gegen das Vergessen.

Worin siehst du die Chance des Theaters auf diese Themen aufmerksam zu machen?

Theater ist unmittelbarer. Es ist live. Die Zuschauer*innen sind dadurch näher am Geschehen und mit der Situation konfrontiert. Die Tatsachen werden greifbarer, haptischer, sinnlicher. Die Fakten werden mit Emotionen verknüpft und die Zuschauer*innen sitzen dabei im selben Boot. Gefühle spielen am Theater eine große Rolle und das Theater hat die einmalige Chance die Zuschauer*innen unmittelbar mitzunehmen. Nicht nur rational, sondern auch so, dass man davon betroffen ist. Einige Zuschauer*innen haben im Publikumsgespräch nach der Vorstellung zugegeben: „Das gibt es doch gar nicht! Das hätte ich nie gedacht! Ich dachte, ich weiß schon viel, aber ich wusste das alles nicht!“

Gleichzeitig wünsche ich mir auch für Schüler*innen eine Brücke zu schlagen: Vom Dritten Reich zu den NSU-Morden! Dass die Schüler*innen erleben, dass das Thema immer noch einen heutigen Bezug hat. Wir haben auch mit Schulen zusammengearbeitet, u.a. Podiumsdiskussionen mit Personen aus der Keupstraße geführt. Das war spannend und sehr wichtig.

Welche Herausforderungen und Schwierigkeiten siehst du in der Theaterarbeit zu Rassismus? Womit warst du konfrontiert?

Das Stück „Auch Deutsche unter den Opfern“ ist eine Auftragsarbeit vom *Theater Münster* gewesen. In dem Entstehungsgespräch mit der Leitung habe ich mein Interesse am Thema NSU geäußert. Bei einem Rechercheprojekt müssen die Interessen geklärt werden. Für mich war es wichtig, dass ich den Fokus auf das Thema Rechtsextremismus legen konnte.

Dann ist es bei so einer Arbeit sehr wichtig, sich selbst zu reflektieren und eigene An-

nahmen zu hinterfragen. Sensibel zu bleiben, dass man selbst gewisse Ressentiments nicht bedient, denn davon ist das Theater auch nicht frei – das Theater ist generell keine rassistis-freie Zone. Auch im Theater muss man Gleichgesinnte finden, die mit auf die Reise gehen wollen. Das bezieht sich zum einen auf das Team und gleichzeitig auch darauf, in welchem Programm man auftritt. Ich möchte gerne Zuschauer*innen erreichen, die auf das Erzählte neugierig sind, aber auch – am besten – nicht wissend reagieren. Das erreicht man natürlich schneller in einem Stadttheater-Betrieb mit festen Abonent*innen, als wenn man das Stück zum Beispiel bei einer antifaschistischen Veranstaltung aufführt.

Wie geht es weiter? Hat das Stück deine Arbeit verändert?

Ich merke rückblickend, dass mich die Arbeit über den NSU stärker politisiert hat. Ich bin jetzt viel kritischer geworden und habe realisiert, dass man sehr achtsam sein muss, für das, was um uns täglich passiert. Durch dieses Projekt in Münster beflügelt, habe ich „Auch Deutsche unter den Opfern“ im Rahmen meines Stipendiums an der *Kulturakademie Tarabya* in Istanbul noch einmal mit türkischen Schauspieler*innen zur Aufführung gebracht. Auch meine weiteren Arbeiten werden diesen Themenkomplex aufgreifen. Es gibt noch genügend zu tun. In unserer Region gibt es noch viele Geschichten im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus zu erzählen. Nicht nur im Osten von Deutschland, sondern auch zum Beispiel in Dortmund-Dorstfeld. In meinem neusten Stück „DEUTSCHE ÄRZTE GRENZENLOS“ hinterfrage ich auch den Alltagsrassismus in deutschen Kliniken. Leider mussten wir die Uraufführung zwei Stunden vor Beginn wegen des Corona-Virus für unbestimmte Zeit verschieben. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.



Szenenbild aus dem Theaterstück „Auch Deutsche unter den Opfern“

Hast du irgendeinen Tipp oder einen Wunsch an Personen, die sich auch mit dem Thema NSU und Rechtsextremismus auseinandersetzen?

Ich finde den NSU-Komplex hochspannend und würde mir sehr wünschen, dass das, was aktuell in Deutschland und Europa passiert, nicht nur als Momentaufnahme gesehen wird, sondern dynamisch in Zusammenhängen gesehen wird (siehe die Morde in Hanau, den Mord an Walter Lübcke oder das Fax-Schreiben aus der Frankfurter Polizeistation)

Es gibt mehr Informationen, mehr Argumente, mehr als das, was man in den Medien liest. Über den Tellerrand schauen und das Thema Rechtsextremismus im Kontext sehen. Das wünsche ich mir.

Kultur hat den Auftrag, die Geschichte von Zeitzeug*innen weiterleben zu lassen, damit das Geschehene nicht in Vergessenheit gerät. Das Geschehene wird erlebbar, erfahrbar. Wenn dann das Interesse geweckt ist, dann kommt die weitere Beschäftigung von ganz alleine.

gen Antisemitismus und Fremdenhass“ schließen sich laut WN nicht-jüdische Teilnehmende während des Gottesdienstes zu einer Menschenkette um die Synagoge zusammen und singen.

Gronau, 19. September 2015 Aus einer Anfrage der *Piraten-Partei* geht hervor, dass an einer unbewohnten Geflüchtetenunterkunft ein Plakat mit der Aufschrift „Wir brauchen keine Asylanten! Wir füttern schon genug Migranten Nationaler Widerstand“ aufgehängt wird.

Recklinghausen, 27. September 2015 In der Nähe einer Geflüchtetenunterkunft wird laut Angaben der Landesregierung NRW auf dem Gehweg ein großflächiges Hakenkreuz mit brennbarer Substanz aufgetragen und angezündet.

Waltrup, 13. Oktober 2015 Laut einer Antwort der Landesregierung NRW sprühen Unbekannte an vier Geflüchtetenunterkünften im Stadtgebiet sowie auf einen Zufahrtsweg unter anderem Hakenkreuze und SS-Runen.

Havixbeck, 21. Oktober 2015 Ein 52-Jähriger aus Havixbeck beleidigt einen Mann als „Ausländerschwein“ und „Kanake“. Angesprochen auf diese Beleidigungen sticht der 52-Jährige dem Mann mit einem Messer in den Brustbereich, ist einem Polizeibericht zu entnehmen.

Rheine, 27. Oktober 2015 Die Polizei berichtet, dass vier Unbekannte einen jungen Mann („Auszubildender aus Marokko“) verbal und schwer körperlich angreifen und ausrauben.

Dülmen, 05. November 2015 Nach einem Bericht der *Allgemeinen Zeitung*, tritt ein Polizeibeamter einen in Gewahrsam genommenen Geflüchteten (aus Marokko) als dieser am Boden liegt. Dieser habe sich „widerständig“ verhalten und den Beamten beleidigt. Das Verfahren gegen den Beamten

„Das geht nur kontinuierlich, geduldig und zusammen“

Interview mit dem Schalcker Fanprojekt



Gedenkstättenfahrt des Schalcker Fanprojekts zur KZ-Gedenkstätte Auschwitz

Das Schalcker Fanprojekt wurde 1994 im Zuge der zunehmenden Gewalt rund um Fußballspiele in den 1980er und 1990er Jahren gegründet und ist in der Trägerschaft der Sportjugend im Gelsenport e. V. (StadtSportbund). Markus Mau ist Sozialarbeiter und leitet seit 2012 das Fanprojekt.

Wie kam es zur Gründung des Schalcker Fanprojektes und was tut Ihr gegen Rassismus und Gewalt?

In den 1990ern wurde eine Lösung gesucht, die sich nicht nur auf repressive wie organisatorische Lösungsansätze konzentrierte, sondern auch versuchte mittels sozialpädagogischer Arbeit der Gewalt und den zugrunde liegenden Ursachen zu begegnen. Damals wie heute sind Einzelfallhilfe, soziale Gruppenarbeit und Bildungsarbeit die Methoden, um insbesondere den jungen Fans zu helfen und neue Perspektiven aufzuzeigen. Um Vertrauen zu den jungen Schalcker*innen aufzubauen, sind wir ständiger Begleiter der Fanszene bei allen Spielen des S04, aber auch bei weiteren Unternehmungen außerhalb der Spieltage.

Wie hat sich aus Eurer Sicht die Präsenz und auch die Akzeptanz von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung in den Stadien und in deren Umfeld verändert?

In den 1990er Jahren waren rechte und offen rassistische Äußerungen an der Tagesordnung. Zudem gab es kaum jemanden, den es gestört hat, bzw. der sich dazu geäußert hätte. Zu dieser Zeit haben sich auf Schalke einige Fans zusammengefunden, weil sie den Status Quo nicht dulden wollten. Zu Beginn nutzten sie ihr Fanzine *Schalke Unser* um sich bemerkbar zu machen. Später nahm dann die *Schalcker Fan-Initiative* ihre ehrenamtliche Arbeit auf und sorgte mit dem Verein für eine damals einzigartige Satzungsänderung, nach der Nazis nicht mehr im Verein geduldet waren. Über die Jahre hat die Zusammenarbeit zwischen den Fans, dem Verein, der Fan-Ini-

und uns zu einem immer offeneren Klima in der Nordkurve und im Stadion geführt, sodass es kaum noch Vorfälle gab. Mit dem Erfolg der AfD hat sich das leider etwas geändert, so kann man auch heute wieder häufiger fremdenfeindliche oder antisemitische Äußerungen vernehmen. Auf die gibt es aber stets Antworten. Insgesamt kann man hier im Stadion von einem kleinen Spiegelbild der Gesellschaft sprechen.

Wie thematisiert Ihr Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung?

Im Prinzip sind diese Themen ständiger Begleiter unserer Arbeit. Wir versuchen oft die Strahlkraft des Fußballs für unsere bildungspolitischen Angebote zu nutzen und zu kombinieren. So fahren wir mit unserer Jugendtour „Auf Achse“ (14-17 Jahre) bei Auswärtsspielen in München auch nach Dachau zur KZ-Gedenkstätte. Wir organisieren Lesungen, Kinofilme und Stadtführungen. Unser aktuelles Leuchtturm-Projekt sind Fahrten in die KZ-Gedenkstätte Auschwitz. Dort werden in einem mehrtägigen Programm ausgiebig und umfassend die Gräueltaten des Nazi-Regimes besprochen und aufgearbeitet. Aus dem Kreis der Mitfahrer*innen gab es, ausgelöst durch die Fahrten, viel Eigeninitiative sich zu dem Thema Anti-Diskriminierung auf Schalke zu beteiligen. Das T-Shirt „Schalcker gegen Rassismus“ fand großen Anklang, und der aus den Fahrten entstandene *Anti-Rassistische-Arbeitskreis* hat schon weitere Ideen entwickelt, das Thema hier zu bearbeiten.

Die Anlaufstelle *steht auf* im Stadion bei jeder Veranstaltung ist hingegen ein ganz neues und eine sehr konkretes Hilfsangebot, gerade in Fragen von Diskriminierung, Rassismus und Gewalt. Dort können Betroffene oder Zeug*innen eines Vorfalls einen Raum innerhalb des Stadions finden, in dem sie Hilfe finden können, sich zurückziehen können und geschützt über ihr weiteres Vorgehen nachdenken können. Natürlich gibt es auch eine Vielzahl an Angeboten, um, sofern es ge-

wird gegen eine Geld-Auflage eingestellt.

Gelsenkirchen, 09. November 2015 Auf Einladung der *Demokratischen Initiative* ziehen rund 400 Menschen schweigend zum Alten jüdischen Friedhof der Stadt, um an die Pogromnacht 1938 zu erinnern.

Marl, 28. November 2015 Laut Polizeibericht besprühen Unbekannte Teile des Rathauses, die Dietrich-Bonhoeffer-Büste und Skulpturen unter anderem mit Parolen und Hakenkreuzen.

Haltern am See, 04. Dezember 2015 Eine Anfrage der *Piraten-Partei* ergibt, dass Unbekannte in einem PKW vor eine Geflüchtetenunterkunft im Ortsteil Sythen fahren, Ausrufe wie „Scheiß Ausländer“ von sich geben und zehn Schüsse mit Platzpatronen in Richtung der Unterkunft abgeben.

Ahlen, 06. Dezember 2015 Vier verummte Personen versuchen unter anderem mit einem Messer gegen das Sicherheitspersonal einer Geflüchtetenunterkunft vorzugehen. Ein Mann des Sicherheitspersonals kann die Person mit dem Messer überwältigen. Alle Vier können festgenommen werden, berichtet die Polizei.

Ahaus, 31. Dezember 2015 Laut der *Münsterland Zeitung* wird mithilfe eines Bengalo ein Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft verübt. Die Bewohner*innen können den Brand selber löschen.

Ibbenbüren, 02. Januar 2016 Zwei Jugendliche randalieren unter Aussprache massiver Beleidigungen vor einer Polizeiwache. Einer der Beiden wird laut Angaben der Polizei nach mehrmaligem Zeigen des Hitlergrußes unter Widerstand festgenommen.

Recklinghausen, 05. Januar 2016 Unbekannte brechen einen bislang unbewohnten Wohncontainer für Geflüchtete auf und legen Feuer.

wünscht ist, denjenigen an professionelle Beratungsstellen weiter zu leiten.

Wie werden Eure Projekte zu dem Themenfeld angenommen?

Naturgemäß unterschiedlich. Wichtig ist für uns, das Thema ständig zu besetzen und es auch ständig zum Thema zu machen. „Fußball ist Fußball und Politik bleibt Politik“ ist ein weit verbreiteter Spruch in den Fankurven, um das Freizeitvergnügen Fußball nicht mit dem alltäglichen und wenig geschätztem politischen Thema zu verbinden. Zum einen glauben wir nicht, dass das funktioniert, da „die“ Politik in allem wiederzufinden ist, u.a. auch bei Kartenpreis-Diskussionen oder klassischer Vereinspolitik. Zum anderen scheint es nur dazu zu führen, vermeintlich „linke“ Aussagen rauszuhalten, während aber „rechte“ Aussagen mit Augenzwinkern und etwas chauvinistischer Clownerie dann doch okay sind. Prinzipiell stellen wir aber fest, dass wir mit diesen Themen in der Schalcker Fanszene eher auf offene Ohren treffen.

Stoßt ihr in Eurem Engagement auf Vorbehalte und Widerspruch? Wie geht Ihr damit um?

Ja, auch das kommt vor. Gelsenkirchen ist seit Jahrzehnten eine der ärmsten Städte in Deutschland, das erkennt man leider auch an den Wahlergebnissen der AfD. Bei vielen ist die Angst spürbar, dass sie abgehängt und

vergessen werden. Da fällt es vielen Menschen leichter, sich mit einfachen Lösungen zufrieden zu geben. „Macht mal was für uns, nicht nur für Flüchtlinge“, hört man schon hin und wieder mal. Gemeint ist damit unser Projekt #hello, welches sich anlehnt an unseren Lernort *Schalke macht Schule*, der sich an Schüler*innen aus Gelsenkirchen richtet. #hello richtet sich allerdings gezielt an Internationale Förderklassen. Natürlich versuchen wir in Gesprächen die Vorurteile und Ängste abzubauen, aber auch die Hintergründe dieser Gefühle zu beleuchten. Wenn uns jemand auffordert, wir sollten uns mehr um ihn als um Geflüchtete kümmern, nimmt die erste Frage nach konkreten Wünschen meist schon viel Brisanz aus dem Thema. Allgemein kann man sagen, dass wir in solchen Fällen meistens das Gespräch suchen und versuchen uns damit im Einzelfall auseinander zu setzen. Natürlich gelingt das nicht immer. Manche haben auch kein Interesse daran.

Mit welchen Kooperations- und Netzwerkpartner*innen arbeitet ihr zusammen?

Neben der guten Vernetzung mit dem FC *Schalke 04*, der vereinseigenen Stiftung *Schalke hilft* und der *Schalcker Fan-Ini* kooperiert das *Schalcker Fanprojekt* mit vielen anderen lokalen Partner*innen, wie z. B. der *Neue Synagoge Gelsenkirchen*, der *Drogenberatung* oder der *VHS*. Daneben haben wir Kooperati-

onen auf Landes- und Bundesebene wie das *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW*, die LAG der Fanprojekte, die DFL, den DFB und die Polizei. Zudem kommt es immer wieder zu Kooperationsprojekten mit den verschiedensten Partner*innen, Institutionen und Einrichtungen.

Im Vergleich zu anderen Vereinen und Fanszenen gibt es bei Schalke keine größeren Probleme mit rechtsoffenen Gruppierungen und Akteur*innen, worauf führt Ihr das – abgesehen von eurem Engagement – zurück?

Seit den 1990er Jahren gab es viel Engagement gegen rechts aus der Fanszene selbst. Die Fanszene und auch die Hooligangruppierung *Gelsenszene* sind ein bunt gemischter Haufen. Es gab immer wieder Versuche von rechten Parteien/Organisationen, die Schalcker Fanszene zu instrumentalisieren, was aber bei der Mehrheit keinen Anklang fand bzw. sogar abgelehnt wurde. Schalke ist aus unserer Sicht ein Lehrbeispiel für gelungene Anti-Rassismus-Arbeit, kontinuierlich, geduldig und zusammen. Aber auch heute kann sich niemand auf diesen Lorbeeren ausruhen, sondern man muss stets neue Anreize setzen und das aktuelle Tagesgeschehen im Blick haben.

Was werden künftig Herausforderungen für Eure Arbeit sein? Welche Projekte würdet Ihr gerne umsetzen?

Das aktuelle Zeitgeschehen scheint mir die Herausforderung schlechthin zu sein. Es wird wieder wichtiger, sich mit der alltäglichen Politik zu beschäftigen, was gut für unsere Demokratie ist. Allerdings müssen wir ebendiese in unseren Projekten immer mehr betonen und herausarbeiten, da aus unserer Sicht Demokratie nur noch wenig geschätzt wird bzw. wenigen wirklich bewusst zu sein scheint, was es bedeutet in einer Demokratie leben zu dürfen. Wir müssen auch dazu beitragen das zwischenmenschliche Klima, welches nicht in den Talkshows der Republik stattfindet, zu normalisieren und auf eine menschliche Ebene führen. An Projektideen mangelt es uns aktuell nicht. Gerne möchten wir die außerschulische Bildung weiter vorantreiben und mit wichtigen Kooperationsprojekten bereichern. Zudem gibt es Ideen für den Stadtteil Schalke, wo unsere Räumlichkeiten liegen, sowie weitere spannende Themen von, für und mit der Schalcker Fanszene. Zudem wäre ein Fanhaus, welches wir unser Eigen nennen könnten, sinnvoll, ebenso wie mehr Mitarbeiter*innen.

Ahaus, 08. Januar 2016 Unbekannte entzündeten vor einer Unterkunft für Geflüchtete eine Flasche mit brennbarer Flüssigkeit, berichtet die WN. Das Feuer greift nicht auf das Gebäude über.

Münster, 09. Januar 2016 Nach Berichten der WN demonstrieren mehrere hundert Teilnehmende für „gleiche Rechte für alle Menschen“ und ein „Bleiberecht für Alle“.

Neuenkirchen, 09. Januar 2016 Laut Polizeibericht zeigt ein jugendlicher einen Raubüberfall unter der Angabe, die Personen hätten einen „nicht deutschen Akzent“, an. Der Vorfall stellt sich als vorgetäuscht heraus.

Münster, 10. Januar 2016 Zwei Personen pöbeln und randalieren mit dem Ausruf „Heil Hitler“ vor und im Eingangsbereich einer Geflüchtetenunterkunft, geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der *Piraten-Partei* hervor.

Isselburg, 14. Januar 2016 Bisher Unbekannte schmiereten ein Hakenkreuz und SS-Runen an die Rückseite einer Geflüchtetenunterkunft.

Borken, 19. Januar 2016 Angaben der Polizei zufolge stellt sich ein angeblich begangenes Sexualdelikt durch einen Mann von „mutmaßlich nordafrikanischer Herkunft“ als vorgetäuscht heraus.

Marl, 21. Januar 2016 Eine geplante Geflüchtetenunterkunft ist nach einer Brandstiftung unbewohnbar. Im Vorhinein gab es Proteste von Eltern einer angrenzenden Schule und Hakenkreuzschmierereien, so *Radio Vest* und *taz*.

Münster, 21. Januar 2016 Gegen einen geplanten Besuch der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry demonstrieren auf Einladung des Bündnisses *Kein Meter* laut WN ca. 250 Menschen.

Münster, 27. Januar 2016 Gegen den regelmäßigen Stammtisch der

„Wir wollen auch in Zukunft in einem offenen, vielfältigen Viertel wohnen“

Interview mit der Initiative Südviertel Münster

20



Kreatives Programm an einem Infostand der Initiative Südviertel

Wer seid Ihr und warum habt Ihr Euch gegründet?

Die *Initiative Südviertel* ist ein offener, überparteilicher und transparenter Zusammenschluss von Bewohner*innen des Südviertels und vereinzelt auch aus anderen Stadtteilen in Münster, der im August 2018 ins Leben gerufen wurde. Der Anlass für die Gründung der Initiative war die Eröffnung des AfD-Parteibüros im März 2018 in der am Rande des Viertels gelegenen Leostraße 16.

Dieser Schritt löste bei den Initiatorinnen der Initiative die Sorge aus, dass das im Südviertel gelebte vielfältige Miteinander durch die nun offizielle Präsenz der AfD eingeschränkt werden könnte.

Wie können wir uns Eure Arbeit und Aktivitäten vorstellen?

Wir wenden uns an alle Bewohner*innen aus der näheren und weiteren Umgebung, die sich zusammen mit uns gegen die Raumnahme der

AfD im Südviertel engagieren möchten: sei es dadurch, dass sie andere auf unsere Initiative aufmerksam machen, kreative Ideen einbringen oder sich an unseren Aktionen beteiligen.

Jeden ersten Donnerstag im Monat versammeln wir uns zu einer Mahnwache vor dem AfD-Büro. Wir zeigen durch unterschiedliche Aktionen stetige Präsenz im Viertel und mischen uns auch stadtweit ein. Wir haben beispielsweise parallel zum Südparkfest eine Mitmach-Aktion gegen die AfD organisiert, Flyer mit Informationen über die AfD und ihr Büro verteilt, mehrere Grillfeste in der Nachbarschaft ausgerichtet und sind auf Demonstrationen des „des Bündnisses *Keinen Meter den Nazis*“ präsent. Dabei geht es um einen vielfältigen Protest gegen die AfD, zum anderen aber auch um eine bessere Vernetzung und einen Austausch der Nachbar*innen im Südviertel. Zu unseren regelmäßigen Treffen kann jede*r kommen, dafür muss man uns nur eine Mail schreiben.

Was sind Eure Ziele?

Wir wollen über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der AfD, nicht zuletzt im lokalen Kontext, informieren. Wir wollen Möglichkeiten diskutieren, unseren Unwillen gegenüber den fragwürdigen und menschenverachtenden Ansichten der AfD zum Ausdruck bringen zu können. Und ganz besonders wollen wir mit friedlichen und vielfältigen Protestaktionen verdeutlichen, dass wir das tolerante und gut funktionierende Miteinander im Südviertel erhalten wollen und dass das mit dem politischen Wirken der AfD unvereinbar ist. Das oberste Ziel ist und bleibt, dass das AfD-Büro geschlossen wird.

Bemerkt Ihr Veränderungen im Viertel oder in der Stadt durch Eure Arbeit?

Positiv fällt uns auf, dass es eine größere kritische Aufmerksamkeit für das Büro im Viertel und auch in der gesamten Münsteraner Stadtgesellschaft gibt. Wir stoßen immer wieder auf eine große Solidarität von Anwohnenden und freuen uns, dass immer mehr Leute gegen die AfD und ihre Politik aktiv werden: und die Proteste wirken sichtbar, denn die AfD ist in Münster noch immer unter 5 Prozent. Unser wichtigstes Ziel, die Schließung des Büros, ist dennoch noch nicht erreicht.

Leider nehmen wir auch wahr, dass einzelne auch teils sehr wichtige Akteur*innen im Viertel der AfD unbewusst den Rücken stärken. Ausgehend von einem vermeintlichen allgemein gültigen Grundsatz der Gleichbehandlung aller Parteien argumentieren einige damit, dass die AfD als demokratisch gewählte Partei nicht kritisiert werden dürfe. Da wir dies tun und uns klar gegen die menschenverachtende Politik der Partei positionieren, könne man daher nicht mit uns zusammenarbeiten. Dass die AfD demokratisch gewählt ist, macht sie noch lange nicht zu einer demokratischen Partei. Wir wünschen uns, dass diese Akteur*innen mit uns und anderen Aktiven ins Gespräch gehen, anstatt uns für unsere kreativen Aktionen Steine in den Weg zu legen.

Wie geht Ihr mit Hürden und Schwierigkeiten um und welche Erfolge erlebt Ihr?

Nicht zuletzt durch die Arbeit in der *Initiative Südviertel* ist uns klar geworden, wie stärkend und wichtig Solidarität und Zusammenhalt im Viertel wirken können. Denn genau das erleben wir: Solidarisch, entschlossen und dabei immer mit einem Lächeln stoßen wir auf viel Rückhalt im Viertel. Wir sind mit Nachbar*innen ins Gespräch gekommen, die wir vorher nicht kannten und haben viel gelernt. Durch Vernetzung, eine tolle Zusammenarbeit und verschiedenen Aktionen haben wir erreicht, dass sich viele Menschen im Viertel mit der AfD und ihrem Büro kritisch auseinandersetzen und sich klar dagegen positionieren. Die hohe Aufmerksamkeit hat selbstverständlich auch Schattenseiten: die AfD veröffentlicht immer wieder diffamierende Online-Statements, die sich gegen uns richten und greift darin auch gezielt Einzelpersonen an. Aber für uns ist klar: Wir machen weiter!

Was sind Eure Visionen für die Zukunft? Wie geht es für Euch weiter?

Wir werden weiterhin Präsenz im Südviertel und darüber hinaus zeigen, bis das Büro geschlossen ist und klar ist: die AfD ist weder hier noch sonst wo willkommen. Dafür werden wir auch in Zukunft unsere monatliche Mahnwache organisieren, verschiedene Aktionen und Infoveranstaltungen durchführen und durch Bündnisse und mit Einzelpersonen für eine Vernetzung, die auch über die Viertel- und Stadtgrenzen hinausgeht, in Austausch treten. Wir treten dafür ein, dass wir auch in Zukunft in einem offenen, vielfältigen Viertel wohnen können, in dem alle willkommen sind, die sich gegen menschenfeindliche Positionen stellen. Wir hoffen, dass wir mit unserer Arbeit auch weiterhin dazu beitragen können, dass ganz unterschiedliche Leute miteinander in Austausch treten und gemeinsam überlegen, wie man das Zusammenleben gestalten will.

AfD Münster in einer Traditions-gaststätte am Aasee demonstrieren ca. 70 Personen.

Dülmen, 23. Januar 2016 Unbekannte beschmieren noch nicht bezogene Wohncontainer für Geflüchtete großflächig mit rassistischen Sprüchen.

Marl, 24. Januar 2016 Nach Angaben der *Marler Zeitung* werden eine Moschee, ein als Gebetsraum genutztes ehemaliges Ladenlokal und weitere Gebäude mit Hakenkreuzen besprüht.

Ahaus, 14. Februar 2016 Zwei Männer schießen vor einer Geflüchtetenunterkunft mit Schreckschusspistolen, drängen in die Unterkunft ein und schießen auf einen Bewohner. Beide Verdächtige werden festgenommen und gestehen die Tat.

Ahaus, 20. Februar 2016 An einer „Demo gegen Fremdenfeindlichkeit“ nach dem Vorfall vom 14. Februar nehmen rund 700 Menschen teil.

Billerbeck, 24. Februar 2016 Unbekannte beschmieren laut *Allgemeine Zeitung* in Billerbeck ein Schulgebäude mit Hakenkreuzen und dem Schriftzug „ACAB“.

Sassenberg, Februar 2016 Ein engagierter Sassenberger Bürger gestaltet als Reaktion auf extrem rechte Sticker in der Gemeinde eigene Aufkleber mit dem Aufdruck „Fremdenhass? Nein Danke!“ und sorgt damit für eine breite öffentliche Wahrnehmung.

Ostbevern, 25. Februar 2016 Ein 56-Jähriger wird nach menschenverachtenden Bemerkungen im Internet wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Borken, 27. Februar 2016 In einem ehemaligen Hotel wird neben einer Geflüchtetenunterkunft das *Haus der Begegnung* eröffnet, in dem unterschiedliche Angebote für Geflüchtete und Anwohner*innen durch Kurse, Spielgruppen und

„Wir wollen gegenseitigen Respekt zur Normalität machen“

Interview mit Schüler*innen der Geschwister-Scholl-Realschule Senden



Die Geschwister-Scholl Realschule in Senden ist 2014 dem Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beigetreten. In diesem Zuge gründete sich eine Schüler*innen-AG.

Zum Zeitpunkt des Interviews besteht die AG aus zehn Schülerinnen, die verschiedene Jahrgangsstufen der Realschule besuchen und sich alle zwei Wochen treffen.

22

Was ist Eure Motivation ein Teil der Schule-ohne-Rassismus-AG zu sein?

Obwohl wir im 21. Jahrhundert leben, gibt es viel Rassismus und Rechtsextremismus. Auch Schulen sollten sich positionieren und Rassismus bekämpfen. Es ist uns wichtig, dass Schüler*innen ohne Angst vor Diskriminierungen zur Schule kommen können.

Eigentlich ist doch die Denkweise, dass Haarfarbe, Religion oder Hautfarbe uns nicht unterscheiden sollten und wir alle gleich sind, gerade bei der Gesetzeslage in Deutschland selbstverständlich. Aber, dass die Menschen das nicht verstehen, ist schade und es ist für uns ein großer Wunsch, dass dies sich irgendwann ändert. Durch die AG können wir vielleicht ein bisschen dazu beitragen.

Da einige von uns einen Migrationshintergrund haben, bekommen wir Diskriminierungen immer wieder mit und merken, dass wir nicht wollen, dass es anderen Menschen zukünftig auch so ergeht.

Und was habt Ihr als AG bisher gemacht?

Wir haben uns mit geflüchteten Kindern getroffen, um mit ihnen zu spielen, zu reden und zu essen. Uns ist die Arbeit mit Geflüchteten aus unserer Umgebung sehr wichtig. Außerdem sind wir in die siebten Klassen gegangen und haben dort selbst Workshops zum Thema Rassismus und Diskriminierung geleitet. Dies sind nur zwei Beispiele für unsere Arbeit.

Woran arbeitet Ihr aktuell?

Wir planen einen Tag des Respektes. Wir aus der AG wollen uns an die verschiedenen Eingänge der Schule stellen und allen Schüler*innen einen Zettel geben, auf dem verschiedene Aufgaben zum gegenseitigen Respekt draufstehen. Wie zum Beispiel „Heute halte ich jemandem die Tür auf“. Unser Ziel ist dabei, dass wir gegenseitigen Respekt zur Normalität machen und es beispielsweise selbstverständlich wird, sich gegenseitig zu grüßen.

Wie wählt Ihr die Themen aus, mit denen Ihr Euch beschäftigt?

Wir schauen generell immer, was in der Schüler*innenschaft fehlt und was wir einbringen wollen. Meistens konzentrieren wir uns auf jüngere Schüler*innen. Wir haben beispielsweise für die Fünftklässler*innen einen Tag organisiert, an dem wir über Rassismus gesprochen haben und was das bedeutet und an dem wir über die Arbeit der AG informiert haben.

Wie erlebt Ihr das Klima und die Zusammenarbeit in Eurer Schule?

Schule sollte Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft benachteiligen oder bevorzugen. Außerdem sollte sie niemanden nach dem Aussehen beurteilen, sondern nach dem, was die Person kann und dabei nicht rassistisch urteilen. Wir haben das Gefühl, dass das an unserer Schule ganz gut klappt.

Bei unseren Aktionen unterstützt die Schule uns auch. Zwei Lehrer*innen betreuen unsere AG und sind für uns eine große Unterstützung. Aber auch die anderen Lehrer*innen finden gut, was wir machen und ermöglichen unsere Projekte dadurch, dass wir einige Unterrichtsstunden nutzen können, um Aktionen durchzuführen, wie die Projekttagge mit den Siebt- oder Fünftklässler*innen.

Es gibt natürlich auch Schüler*innen, die sich über die AG und unsere Arbeit lustig machen oder diese unnötig finden. Aber bei 450 Schüler*innen können wir ja auch nicht verlangen, dass alle das toll finden, was wir machen. Richtigen Widerstand oder Boykottversuche gibt es aber zum Glück bei uns nicht.

Wie seid Ihr mit dem Netzwerk Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage verbunden?

Wir waren schon ein paar Mal auf Treffen des Netzwerkes. Dort haben wir andere Leute aus dem Netzwerk getroffen. Es ist spannend zu sehen, was andere Schulen so machen. Aber generell beziehen wir uns mehr auf unsere Schule und die Geflüchteten aus unserer Umgebung als auf das Netzwerk.

offene Treffs für Austausch und Kennenlernen geschaffen werden.

Vreden, 06. März 2016 Nach Angaben der WN pöbelt eine sechs- bis siebenköpfige Gruppe vor einer Geflüchtetenunterkunft. Ausrufe wie „Go home Syrier“ und Flaschenwürfe gegen die Hauswand der Unterkunft folgen.

Münster, 12. März 2016 An einem „Flashmob für Vielfalt und Courage“ nehmen ca. 200 Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern des Gymnasiums Paulinum in der zentralen Stubengasse teil und singen die „Ode an die Freude“.

Gelsenkirchen, 14. März 2016 Vor einer Moschee in Rotthausen legen Unbekannte Schweineteile im Eingangsbereich ab.

Herten, 18. März 2016 In Herten werden die Scheiben dreier PKW und eine Haustür mit Hakenkreuzen und diversen Parolen beschmiert, berichtet die Polizei.

Ahlen, 22. März 2016 Anlässlich einer Veranstaltung der AfD in der Stadthalle demonstrieren 350 Menschen laut WN friedlich auf dem Rathausvorplatz. Zwei Wochen später kommen 450 Teilnehmende unter dem Motto „Wir haben besseres zu tun“ anlässlich einer AfD-Kundgebung in der Innenstadt zusammen.

Münster, 07. April 2016 Im Stadtteil Hilstrup beteiligen sich laut WN ca. 400 Menschen an einer Lichterkette, zu der die vier weiterführenden Schulen vor Ort eingeladen hatten.

Ahlen, 09. April 2016 Am Tag nach einer AfD-Kundgebung treffen sich zwei Dutzend Bürger*innen zu einer symbolischen Putzaktion und säubern den Marktplatz.

Gelsenkirchen, 14. April 2016 Vor dem Maritim-Hotel demonstrieren laut Der Westen ca. 100 Menschen gegen einen Vortragsabend der AfD mit Jörg Meuthen.

Münster, 15. April 2016 Am vom

„Unser Anspruch: Menschen an den Dingen, die sie betreffen, allumfassend zu beteiligen“

Interview mit Karl Lenz von der Neuen Spinnerei



Karl Lenz arbeitete zum Zeitpunkt des Interviews bei der Stadt Dülmen. Er war städtischer Jugendpfleger, seit 2007 Leiter der Neuen Spinnerei, einem offenen Kinder- und Jugendtreff, und seit 30 Jahren in der Jugendarbeit tätig. Seit April 2014 ist er zudem selbstständig im Bereich der Jugendarbeit tätig.

30 Jahre Jugendarbeit ist eine lange Zeit – da wird einiges zusammengekommen sein.

Mir sind zuletzt in der Tat beim Umzug meines Büros 30 Jahre Jugendarbeit in Papierform vor die Füße gefallen. Da sind eine Menge interessanter Dinge bei, die auch Entwicklungen in der Jugendarbeit und in dem, was wir gemacht haben, sehr deutlich werden lassen.

Wenn Du zurückblickst: Wie hat sich Jugendarbeit in den letzten 30 Jahren verändert?

Vor knapp 30 Jahren war die Zeit der selbstverwalteten Jugendzentren, die sogenannte „Jugendzentrumsbewegung“. Junge Menschen

waren sehr politisiert, sie wollten raus aus den konfessionellen Jugendheimen der Pfarrgemeinden und eigenständig ein Jugendzentrum verwalten. Es ging um Partizipation, Selbstbestimmung und Selbstorganisation – all das, was wir heute als Lernziele für junge Menschen formulieren, war damals stark en vogue. Es gab sogar eine Satzung, die ein Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung von hauptamtlich Mitarbeitenden vorsah – heute wäre das unvorstellbar. Damals wurde die Forderung nach mehr Selbstbestimmung seitens des Jugendamts gewollt und gefördert. Letztendlich wurde ihr in Form eines selbstverwaltenden Jugendzentrums auch nachgekommen.

Gemeinsam mit jungen Menschen hast Du das Veranstaltungsformat „Rock gegen rechts“ aufgelegt.

Genau. „Rock gegen rechts“ war eine Begrifflichkeit, die hörte sich cool an und wollte zum Ausdruck bringen, dass sich junge Menschen

gegen rechts engagieren. Das war in den neunziger Jahren, als Menschen aus Jugoslawien hier untergebracht wurden. Da Übergriffe befürchtet wurden, wurden Mahnwachen vor den Unterkünften gehalten. Das war auch die Zeit von Hoyerswerda, da gab es einen Ruck gegen rechts. Das war damals der Anlass für diese Konzerte.

Wann ist Dir das Thema Rechtsextremismus in deiner Berufslaufbahn zum ersten Mal begegnet?

In meiner beruflichen Tätigkeit hatte ich wenige Berührungspunkte mit jungen Menschen, die rechtsorientiert waren. Diejenigen, die ich wahrgenommen habe, waren mehr linksorientiert, in der Jugendzentrumsbewegung aktiv. Um die oben benannte Zeit stand jedoch die Frage nach einer rechten Szene in Dülmen im Raum, da wohl einige junge Menschen mit Parolen und Sprücheklopfen negativ aufgefallen waren. Seitdem berichten wir als Jugendamt, in Abstimmung mit der Beratungsstelle *mobim*, regelmäßig über das Phänomen Rechtsextremismus.

Ist demgegenüber in den letzten Jahren eine Sensibilität in der Stadtgesellschaft, in der Verwaltung gestiegen?

Partizipation und Demokratiebildung sind mehr in den Fokus gerückt. In Dülmen nutzen wir projektbezogene Partizipationsformen. Zwei Beispiele: Für ein Festival haben junge Menschen die Bands ausgesucht und das gesamte Drumherum mitgestaltet. Am Bau einer Skateanlage wurden Skater*innen beteiligt und deren Bedürfnisse berücksichtigt. Das ist unser Anspruch: Menschen an den Dingen, die sie betreffen, allumfassend zu beteiligen. Darauf zu schauen, was gemeinsam entwickelt und gestaltet werden muss, um der Frage gerecht zu werden, wie wir gemeinsam leben wollen. Brechen wir das auf die jeweiligen Quartiere herunter, können wir den Interessen der dort lebenden Milieus gerechter werden. Das würde ich durchaus als Prävention ansehen.

Bemerkst Du durch diese Projekt- und Quartiersarbeit schon erste positive Aspekte?

Ja, da ist eine Menge gelungen. In einem Quartier haben wir mit Hilfe von Stadtteilkonferenzen und der Bildung einer Steuerungsgruppe den Stadtteil lebenswerter gestaltet, auch für junge Menschen. Sie identifizieren sich jetzt mehr damit. Es gibt auch Rückschläge, aber grundlegend ist das die Perspektive. Auch im Hinblick auf Konflikte, die sich im Bereich von Diskriminierung oder Rassismus ergeben. Die entstandene Skateanlage soll einen Begegnungspunkt zwischen unterschiedlichen Milieus und Ethnien in den Jugendzonen schaffen.

Was wäre ein Projekt, das Du in nächster Zeit gerne umsetzen möchtest?

Ich würde gerne mit jungen Menschen Planungszellen bilden, in denen sie dann miteinander ins Gespräch kommen um herauszufinden, was sie wollen, wie ihre Stadt aussehen soll, wie Zusammenleben gelingen kann. Ansprechpartner*innen könnten Jugendverbände, Vereine, Schulen, Jugendeinrichtungen, auch die Politik sein. Grundsätzlich wollen wir wieder mehr zu den Haltungen und dem Engagement aus der Zeit der Jugendzentrumsbewegung. Diese jungen Menschen von damals gibt es im Moment nicht, zumindest sind sie für mich nicht so erkennbar.

Und in der Politik gibt es eine Offenheit dafür?

Politiker*innen möchten, dass junge Menschen wieder politischer werden, sich mehr für ihre Belange engagieren – über den Weg dorthin besteht eher keine Klarheit. Im 15. Jugendbericht heißt es, „Jugend ermöglichen“. Wir haben also die Aufgabe, eine Infrastruktur zu schaffen, damit Jungsein und Aufwachsen auch gelingt – unter partizipativen Aspekten.

Fanprojekt *Fanport* organisierten 5. Multikulturellen Streetsoccer-Turnier nehmen 17 Jugend- und Mädchenteams vor und im Preußenstadion teil.

Greven, 26. April 2016 Der Wirt einer Gaststätte verweigert laut WN der AfD die Nutzung seiner Räumlichkeiten für eine Veranstaltung der Partei.

Münster, 28. April 2016 Laut einer Meldung der Polizei zünden Unbekannte in beiden Etagen einer geplanten Geflüchtetenunterkunft im Stadtteil Hiltrup Brandsätze.

Münster, 30. April 2016 Nach dem Brandanschlag laden verschiedene Bündnisse zu einer Kundgebung gegen Rassismus nach Münster-Hiltrup ein, an der sich laut MZ ca. 150 Menschen beteiligen, eine gute Woche später kommen 450 Menschen auf dem Platz des Westfälischen Friedens in der Innenstadt zusammen.

Gladbeck, 10. Mai 2016 Um gegen einen „Stammtisch“ der örtlichen AfD Flagge zu zeigen, treffen sich nach Aufruf des Bündnis für Courage laut *Der Westen* ca. 60 Teilnehmende vor dem Veranstaltungsort.

Ennigerloh, 11. Mai 2016 Drei betrunkene Männer randalieren in einer Geflüchtetenunterkunft, werfen Stühle und Tische um, bedrohen zwei Bewohner mit Stühlen und flüchten letztendlich.

Coesfeld, 13. Mai 2016 Zwei Männer schlagen und treten einen 39-Jährigen unter dem Ausruf „Scheiß Syrer“. Angaben der Polizei zufolge wird einer der Täter vorläufig festgenommen, der Zweite ist flüchtig.

Drensteinfurt, 14. Mai 2016 In Drensteinfurt beschmierden Unbekannte zahlreiche Hauswände, Fahrbahnen und Verkehrszeichen mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Schriftzügen wie „ACAB“ und „Hartz 4 gehört verboten“.

Warendorf, 19. Mai 2016 Das Par-

„Demokratiearbeit ist anstrengend, aber alle Bemühungen wert“

Interview mit Lisa Kalendruschat von der Partnerschaft für Demokratie Ahlen



Die 2015 ins Leben gerufene lokale Partnerschaft Demokratie leben! Eine Idee vom Glück zielt darauf ab, in Ahlen ein Zeichen für demokratische Werte zu setzen und diese auch zu leben. Sie wird gemeinschaftlich getragen von der Stadt Ahlen, der Arbeiterwohlfahrt Ruhr-Lippe-Ems und dem Bürgerzentrum Schuhfabrik. Lisa Kalendruschat ist seit 2017 Projektkoordinatorin der Partnerschaft.

Du arbeitest seit fast drei Jahren in der Fach- und Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie (PFD) in Ahlen. Was ist das und was sind die Ziele?

Die *Partnerschaft* hat sich 2015 gegründet und setzt sich aus drei Trägern zusammen. Die Stadt Ahlen besetzt die Stelle des federführenden Amtes, das *Bürgerzentrum Schuhfabrik* betreut das Jugendforum und die *AWO Ruhr-Lippe-Ems* stellt die Fach- und Koordinierungsstelle, also meine Stelle. Unsere lokale *Partnerschaft für Demokratie* ist in das Bundesprogramm *Demokratie leben!* eingebettet, das vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* gefördert wird. Gemeinsam möchten wir auf lokaler Ebene in der Stadt Ahlen ein Zeichen für demokratische Werte setzen und diese leben. Die *Partnerschaft* setzt sich dafür ein, dass die Bürger*innen mit Respekt und Toleranz miteinander umgehen und Phänomene wie Menschenfeind-

lichkeit, Hass und Rassismus abgebaut werden. Das gelingt aber nur durch vielfältige Kooperationen mit unterschiedlichen Träger*innen, Institutionen und engagierten Personen vor Ort.

Kannst Du uns ein bisschen über Deine Arbeit erzählen? Was sind Deine Aufgaben?

Der *Partnerschaft für Demokratie* stehen finanzielle Mittel zur Verfügung, mit denen wir versuchen, durch unterschiedliche Bausteine unsere Ziele zu verwirklichen. Wie der Name meiner Stelle bereits verrät, bin ich für die Koordinierung zuständig.

Meine Arbeit ist sehr vielfältig. Auf der einen Seite arbeite ich viel im Büro: Ich erstelle Antragsformulare, pflege die Internetseite, plane Veranstaltungen. Auf der anderen Seite bin ich auch sehr viel unterwegs: Ich unterstütze Projektträger*innen bei der Umsetzung ihrer Ideen, indem ich sie mit Blick auf die Förderung ihrer Projekte berate und bei formalen Schritten weiterhelfe. Außerdem begleite ich Projektträger*innen während des Projektes. Wenn es die Zeit erlaubt, freue ich mich besonders, bei den geförderten Projekten dabei zu sein. Seit 2018 betreue ich gemeinsam mit meinem Kollegen vom *Bürgerzentrum* das *Jugendforum*, in dem sich engagierte junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren zusammengefunden haben, die sich für ein demokratischeres Miteinander in Ahlen einsetzen möchten.

Zudem bin ich viel auf lokalen Festen unterwegs, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen und habe ein offenes Ohr für sie. Ich begleite und moderiere gemeinsam mit dem federführenden Amt den Begleitausschuss, in dem sich Vertreter*innen aus unterschiedlichen Bereichen wie etwa Wirtschaft, Sport oder Schulwesen, aber auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen befinden und die Demokratie vor Ort in den Blick nehmen. Wir bezeichnen die Begleitausschussmitglieder gerne als unsere „Demokratiefühler*innen“ in die Gesellschaft.

Außerdem stehen jährlich eine große Demokratiekonferenz sowie kleinere Veranstal-

tungen an, in denen wir aktuelle Themen aufarbeiten. Bei der letzten Demokratiekonferenz ging es beispielsweise darum, dass wir das 70-jährige Bestehen des Grundgesetzes gefeiert haben und Zeitzeug*innen zu einer Talkrunde eingeladen haben.

Durch das Projekt „Demokratie leben! Eine Idee vom Glück!“ werden verschiedene Projekte gefördert. Was sind das für Projekte?

Grundsätzlich fördern wir alle nicht-staatlichen Organisationen. Je unterschiedlicher die Projekte sind, desto mehr Menschen können wir erreichen.

Beispielsweise fördert die Partnerschaft soziale Kompetenztrainings für Schüler*innen, interkulturelle Feste, Diskussionsveranstaltungen, filmische Projekte oder Bildungsreisen. Die Bandbreite an durchgeführten Projekten ist sehr groß.

Ein großes Modellprojekt ist das Projekt „Demokratie leben! In Kindertageseinrichtungen!“ in den Jahren 2016 bis 2019 gewesen. Bis Ende 2019 hatten alle Ahlener Kita-Einrichtungen an unserem Projekt teilgenommen und wir konnten sehr viele Erzieher*innen erreichen. In diesem großangelegten Projekt durchliefen die Ahlener Kita-Einrichtungen eine dreiteilige Modulreihe mit einem ausgebildeten Coach. Demokratiebildung beginnt bereits im frühen Kindesalter. Das Projekt setzte hier erfolgreich an.

Welche positiven Erfahrungen machst Du und was für Erfolge erlebst Du in Deiner Arbeit? Wie kommt die Partnerschaft für Demokratie bei den Menschen in Ahlen an?

Insgesamt finde ich es gut, dass die Angebote auf die Bedarfe der Einwohner*innen zugeschnitten und daher auch von Erfolg getragen sind. Wir arbeiten mit den Menschen vor Ort, nehmen ihre Wünsche wahr und versuchen diese umzusetzen. Ich freue mich besonders darüber, wie das Jugendforum in den letzten Jahren gewachsen ist und welche großartige Arbeit die jungen Menschen leisten.

Dadurch, dass die Partnerschaft für Demokratie bereits seit 2015 besteht, ist sie im Stadt-

bezirk bekannt geworden und Abläufe haben sich optimiert. Projektträger*innen kommen auf uns zu und fragen, wann die nächsten Veranstaltungen anstehen oder wie sie Projektanträge einreichen können. Der Partnerschaft für Demokratie wird viel Interesse entgegengebracht, das zeigt auch die rege Teilnahme an den Veranstaltungen und Projekten. Ich freue mich sehr darüber, dass in den letzten Jahren so viele Projektanträge mit vielfältigen Ideen durch Vereine, Verbände, Fördervereine etc. eingereicht wurden und über die Jahre immer neue Ideen entstanden sind, wie die Demokratie in Ahlen gestärkt werden kann.

Wo erlebst Du Deine Arbeit als herausfordernd und wo tun sich Schwierigkeiten auf?

Demokratiearbeit ist anstrengend und erfordert viel Energie, aber alle Bemühungen sind es wert, weil die Ziele so ungemein wichtig sind und Grundpfeiler für das menschliche Zusammenleben darstellen. In meinem Arbeitsalltag und auch privat begegne ich Menschen, die demokratische Werte nicht wertschätzen und anderen Menschengruppen mit Hass begegnen. Gespräche und auch der Umgang mit solchen Personen sind herausfordernd, doch für mich ist es wichtig, Haltung zu zeigen, mich deutlich für demokratische Werte einzusetzen und auch den direkten Kontakt zu diesen Menschen zu suchen.

Was helfen kann, um das Engagement für eine lebendige und vielfältige Demokratie und eine Kultur des respektvollen Miteinanders zu stärken, sind meiner Meinung nach die vielen engagierten Menschen. Sie setzen sich aktiv für die Demokratie ein, zeigen Haltung und setzen somit deutliche Zeichen für demokratische Werte. Das ist auch einer von vielen Gründen, warum mir meine Arbeit so viel Spaß macht. Ich begegne sehr vielen tollen engagierten Menschen. Nur gemeinsam können wir ein Zeichen für demokratische Werte setzen und unsere Ziele erreichen.

teienbündnis Für eine weltoffenes Warendorf ruft zu einer Kundgebung mit Konzert auf, bei der laut WN ca. 1.200 Teilnehmende gegen den Auftritt der AfD auf dem Wilhelmsplatz demonstrieren.

Münster, 04. Juni 2016 Auf eine geplante Geflüchtetenunterkunft in der Westfalenstraße in Hiltrup wird erneut ein Brandanschlag verübt, das Gebäude muss abgerissen werden. Zwei junge Männer aus dem Stadtteil wurden im Nachgang verhaftet und zu knapp drei bzw. fünf Jahre Haft verurteilt.

Münster, 5. Juni 2016 Im Stadtteil Hiltrup lädt die Amnesty-Hochschulgruppe zu einem Gottesdienst in die Clemenskirche zur Auseinandersetzung mit Rassismus ein.

Münster, 21. Juni 2016 Auf Einladung des Bündnis Keinen Meter den Nazis kommen Engagierte zu einer Ideenwerkstatt „Aktiv gegen Nationalismus und soziale Ausgrenzung“ im Theater im Pumpenhaus zusammen.

Ahlen, 27. Juni 2016 Eine Bombendrohung eines Unbekannten gegen eine soziale Einrichtung stellt sich als Täuschung heraus. Einen Tag zuvor erhielt eine Mitarbeitende, eingebunden in ein Integrationsprojekt, mehrere beleidigende Anrufe und Nachrichten. Ob ein Zusammenhang besteht ist bisher unklar, berichten die WN.

Gelsenkirchen, Juni 2016 Die Falken veranstalten in einem Jugendtreff Projekttag zum Thema Rechtsextremismus mit dem Titel „So nah und doch so fern“ und erkunden u.a. den Stadtteil.

Ahlen, 25. Juli 2016 Ein Unternehmen kündigt einer Vertriebspartnerin nach ihrem menschenverachtenden Kommentar zum Amoklauf in München fristlos die Zusammenarbeit.

Warendorf, Juli 2016 Kreissportbund, VHS und Kreisjugendamt bil-

„Der Ton hat sich geändert – aber wir müssen reden, diskutieren und dranbleiben“

Interview mit Julia Borries und Zühtü Baritoğlu



Aktionstag für Demokratie im Schlosspark Herten

28

Julia Borries ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet seit 2017 beim Evangelischen Kirchenkreis Recklinghausen, der aus insgesamt sieben Städten besteht. Ihr Büro ist im „Haus des Kirchenkreises“ in Recklinghausen, der Schaltstelle des Kirchenkreises, wo Personalverwaltung, Finanzverwaltung und einige der verschiedenen Referate und Dienste (Fachberatung für Kitas, Schulreferat, Fundraising, etc.) untergebracht sind. Borries ist Referentin für Erwachsenenbildung im Kirchenkreis.

Zühtü Baritoğlu ist Diplomsozialarbeiter/-pädagogin und arbeitet seit 2010 im Haus der Kulturen (HdK) in Herten. Das HdK ist eine Migrations- und Integrationsfachstelle unter der Trägerschaft der AWO (Unterbezirk Münsterland-Recklinghausen), des Diakonischen Werks im Kirchenkreis Recklinghausen GmbH und des Caritasverbandes Herten e.V. Im HdK sind verschiedene Programme und Projekte ansässig: Migrationsberatung für Erwachsene, Jugendmigrationsdienst, Flüchtlingsberatung und -begleitung und Integrationsagenturen.

Ihr seid beide in der politischen Bildung im nördlichen Ruhrgebiet aktiv. Inwiefern engagiert ihr euch im Rahmen eurer Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus?

Zühtü: Ich bin tätig im Programm der Integrationsagenturen und in diesem Programm ist mein Schwerpunkt die Antirassismusbildung, die Antidiskriminierungsarbeit und auch die Rechtsextremismuspräventionsarbeit. Wir machen hier sehr viele Angebote gegen Rassismus und Rechtsextremismus, die im Wesentlichen auf drei Säulen fußen.

Der erste Bereich ist der Bereich Bildung und Schulung. Wir bieten Schulungen für Vereine und Institutionen an, gehen aber auch in Schulen und Kitas. Dort arbeiten wir mit Kindern, Lehrer*innen und Erzieher*innen.

Der zweite Bereich sind öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Wir organisieren unter anderem Filmvorstellungen, Vorträge von Expert*innen, Poetry-Slams und organisie-

ren gemeinsam mit weiteren Akteur*innen die „Interkulturelle Wochen“ in Herten. Dadurch wollen wir die gesamte Gesellschaft erreichen, um sie für diese Themen zu sensibilisieren.

Der dritte, sehr wichtige Bestandteil ist die Netzwerkarbeit. In einer Kommune sind häufig ziemlich viele Akteur*innen aktiv, die teilweise nebeneinander arbeiten und dadurch gar nicht mitbekommen, was die anderen machen. Durch die Netzwerke versuchen wir alle an einen Tisch zu bringen und Akteur*innen zu vernetzen. Dadurch kann man auch wesentlich geballter auftreten. Ein Beispiel ist der „Runde Tisch gegen Rassismus und für Demokratie“. Diesen Arbeitskreis haben wir vom HdK mitbegründet und dort setzen wir verschiedenste Projekte gemeinsam um.

Julia: Die Erwachsenenbildung hier im Kirchenkreis ist recht breit gefächert und reicht bis zu Angeboten der Frauenhilfe und religiösen Angeboten. Ich versuche viele politische Angebote zu machen, aber ich reagiere natürlich auch darauf, welche Wünsche und Bedürfnisse es in den Gemeinden gibt. Dabei greife ich auch auf die Strukturen und Angebote des HdK zurück. Zusammen mit Zühtü haben wir beispielsweise eine Schulung zum Thema Rechts-Extremismus und Rechtspopulismus für die Jugendreferent*innen der einzelnen Gemeinden durchgeführt und zu den verschiedenen Themen gearbeitet. Die Idee entstand aus einem Gespräch mit einem sehr aktiven Jugendreferenten.

Außerdem bekomme ich auch Anfragen für gemeinsame Projekte aus den anderen Referaten, z.B. für Fortbildungen und Beratungen in Kitas oder Schulen. Ich konzipiere und leite auch diverse Workshops wie z.B. einen Workshop zu rechten Diskursen in Familien bei der Themenwoche „Familie“ der Evangelischen Akademie im September.

Meine Arbeit lebt von Netzwerken und Kooperationen, häufig auch mit katholischen Partner*innen. Und wir arbeiten auch zum

den erstmals Übungsleiter für den Sport mit integriertem Sprachkurs für Geflüchtete aus.

Münster, 07. September 2016 Gegen einen Stammtisch der örtlichen AfD und die Raumvergabe an die Partei und ihre Jugendorganisation protestiert das Bündnis *Keinen Meter* mit künstlerischen Interventionen.

Castrop-Rauxel, 24. September 2016 An einer Brücke über der A2 werden zwei Banner mit den Aufschriften „Nein zum Asylwahn“ und „Auch diese Stadt hat Asylanten satt“ angebracht. Laut den *Ruhr Nachrichten* wird geprüft, ob es sich um Volksverhetzung handelt.

Coesfeld, 05. Oktober 2016 An einer von zwei Privatpersonen initiierten Demonstration gegen eine Veranstaltung der AfD in der Stadthalle zum Thema Flüchtlingspolitik nehmen über 300 Menschen teil.

Bocholt, 07. Oktober 2016 Nachdem der SPD-Vorsitzende der Stadt Thomas Purwin Morddrohungen erhält, sagt er einen Parteitag ab. Seit Jahren sei er laut *Der Westen* mit rassistischen und jüdenfeindlichen Beschimpfungen per mail und über Facebook konfrontiert.

Rheine, 27. Dezember 2016 Eine Parkhauswand an der *Emsgalerie* wird von Unbekannten mit Hakenkreuzen und dem Schriftzug „NSU“ beschmier. Zwei Tage zuvor wurde unter anderem in eine Autotür ein Hakenkreuz geritzt, teilt die Polizei mit.

Münster, 07. Januar 2017 Der *SC Preußen Münster* reagiert auf einen Tweet der AfD Münster zum Start des Trainingslagers: „Eure Politik passt nicht zu unserem SCP!“

Coesfeld, 29. Januar 2017 Laut Polizeibericht kratzen Unbekannte ein Hakenkreuz auf einen Kleintransporter.

Dorsten, 01. Februar 2017 An zwei Brücken werden durch Unbekannte rechte Parolen wie „Asyl-

interreligiösen Dialog und es gibt einige Gemeinden, wo unglaublich viel in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Religionen passiert. Und das ist echt eine gute Hintertür zu der Antirassismusbearbeitung.

Julia, Dein Arbeitgeber ist im weitesten Sinne die evangelische Kirche. Wie erlebst Du das?

Julia: Als Herausforderung sehe ich, dass ich von der Kirche erwarte, dass sie sich zu bestimmten Themen positioniert, ihren Mund aufmacht und Haltung zeigt. Das versuche ich durch meine Arbeit ein Stück weit zu tun und in den Gemeinden passiert unfassbar viel! Da wird ja in der konkreten Zusammenarbeit der interreligiöse Dialog gelebt und ganz viel praktiziert, aber das nehmen nicht unbedingt alle wahr. Ich verstehe mich als Sprachrohr, ich wurde ja als Politikwissenschaftlerin eingestellt und gehe dann auch raus mit den Themen. In meinen Augen könnte Kirche jedoch noch viel mehr Haltung zeigen bzw. damit rausgehen.

In den letzten Jahren hat sich einiges getan sowohl parteipolitisch als auch gesellschaftlich. Was sind die größten Veränderungen, die sich in Eurer Arbeit niederschlagen, was bemerkt Ihr da?

Zühtü: Ich erlebe, dass sich innerhalb der Gesellschaft etwas verändert hat. Es gibt eine gewisse Unzufriedenheit kombiniert mit bestimmten Ängsten. Und das hat in den letzten vier Jahren nochmal extrem zugenommen. Ich beobachte, dass Menschen sich wesentlich offener rassistisch äußern und auch aggressiver geworden sind. Die Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Medien und den „etablierten Parteien“ hat sich verändert. Sehr offensichtlich war das bei dem starken Zulauf zu einer AfD-Veranstaltung vor einem Jahr in Herten. Wir bemerken in der Arbeit, dass wir mit sehr vielen Vorurteilen zu kämpfen haben. Die Menschen haben Bilder im Kopf und es ist nicht so einfach, diese aufzubrechen.

Julia: Ja, der Ton hat sich verändert und wir müssen und uns darauf einstellen, dass man nicht mehr einen gemeinsamen Konsens hat wie „Nazis sind scheiße“. Wir müssen es trotzdem weiter aushalten zu reden, zu diskutieren und dranzubleiben. In manchen Situationen weiß ich nicht, wie das klappen kann, dass ich mich frage, wie man mit gewissen Leuten diskutieren soll. Aber ich glaube, das muss politische Bildung weiterhin leisten. Und einen langen Atem haben.

Was glaubt Ihr, wie könnt Ihr durch politische Bildung konkret etwas gegen Rassismus, Rechtsextremismus und solche Tendenzen tun?

Zühtü: Unser Ansatz ist es, schon sehr früh mit Sensibilisierung anzufangen. Wir gehen in Schulen und arbeiten zu diesen Themen. Es ist wichtig, junge Menschen mit dieser Thematik zu konfrontieren, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und mit ihnen zu diskutieren. Auf diesem Weg kann man vielleicht Jugendliche dazu anzuregen, sich politisch zu engagieren. Aber auch in der Arbeit mit älteren Menschen hat politische Bildung die Aufgabe konfrontativ in die Diskussion zu gehen, um dort gewisse Denkmuster aufzubrechen.

Politische Bildung hat den Auftrag, die Menschen in die Pflicht zu nehmen, sich über diese Werte bewusst zu werden und diese auch zu leben. Wir müssen die Menschen daran erinnern, was das konkret heißt. Es gilt deutlich zu machen, dass Demokratie ganz und gar nicht selbstverständlich ist, dass man sich dafür einsetzen muss.

Julia: Ich habe z.B. viel mit sehr engagierten älteren Erwachsenen zu tun, die sich stark für Bildungsarbeit einsetzen, sich permanent weiterbilden. Diese Menschen sind total wichtige Pfeiler für die Gesellschaft, denn sie haben die gemeinsamen Werte sehr stark verinnerlicht. Und da ist es auch wichtig, diese Menschen weiter zu stärken, sich für diese Themen einzusetzen.

Und zugleich ist es wichtig zu zeigen, dass es kein schwarz-weiß gibt, sondern super viel dazwischen. Politische Bildung muss immer wieder den Blick bei Menschen dafür öffnen, dass es nicht nur die eine Lösung oder Antwort gibt. Zu zeigen, dass alles mehrere Facetten hat und man diese komplexe Welt nicht auf einen Aspekt reduzieren kann. Wie man es auch hier in der Gemeinde erlebt – dass es so unterschiedliche Lösungen und Aktionen gibt, das sehe ich jeden Tag.

Was gibt Euch Kraft oder Motivation diese Arbeit zu tun? Vor allem, wenn Ihr Widerständen ausgesetzt seid?

Julia: Bei mir ist es u.a. mein christlicher Hintergrund, diese Sozialisation hat mich total geprägt und ich habe auch einen sehr starken Gerechtigkeitssinn. Ich bin überzeugt, dass jeder Mensch die gleichen Rechte hat und ich sehe jeden Tag, dass das nicht der Fall ist und das macht mich wütend. Durch meine Arbeit kann ich Haltung zeigen, mich einsetzen und auch meine christliche Werte miteinbringen. Und mir hilft es immer wieder zu merken: Wow, es gibt krass viele Menschen, die das genauso sehen. Das finde ich sehr ermutigend und gibt mir total viel Kraft. Denn ich will nicht in einer Gesellschaft aus Hass leben, dafür lohnt es sich, sich einzusetzen!

Zühtü: Was mich jeden Tag antreibt, ist der Wille, unsere Demokratie zu schützen. Das ist mir sehr wichtig. Rassismus und Diskriminierung sind mir zuwider, ich komme da nicht drauf klar. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, wo das nicht Alltag ist. Dagegen anzukämpfen ist auf jeden Fall meine Motivation und auch die meiner Arbeitskolleg*innen, die mir auch immer sehr viel Kraft geben. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, wo es friedlich zugeht und wo bestimmte Werte gelebt werden, wo jeder Mensch respektiert und akzeptiert wird.

wahn stoppen“ und „Refugees not welcome“ gesprüht, so *Radio Vest*.

Drensteinfurt, 04. Februar 2017: Bei einem Brand vor einer Geflüchtetenunterkunft wird von Brandstiftung ausgegangen. Niemand wurde verletzt, berichtet *Die Glocke*.

Münster, 8. Februar 2017 Der *Westfälische Kunstverein* präsentiert in seinen Bürofensern „Drucke gegen Dummheit“, die aus Anlass des AfD-Neujahrsempfangs von Künstler*innen gestaltet wurden

Münster, 10. Februar 2017 Nach Angaben der Polizei demonstrieren rund 8.000 Menschen in der Innenstadt gegen den Neujahrsempfang der AfD im Rathaus, die Band Donots spielt auf dem Prinzipalmarkt, die Kaufleute schalten ihre Außenbeleuchtung aus und hängen Europafahnen an den Giebelhäusern auf.

Neuenkirchen, 11. Februar 2017 Eine Fensterscheibe einer bezugsfertigen Geflüchtetenunterkunft wird von Unbekannten eingeworfen. Laut Polizeibericht wird zudem in unmittelbarer Nähe ein Kleidercontainer mit Schriftzügen wie „ACAB“ und „Fuck the Police“ besprüht.

Ahaus, 14. Februar 2017 Nach Angaben der Polizei dringen zwei Männer in eine Geflüchtetenunterkunft ein und schießen mit einer Schreckschusspistole auf einen Bewohner.

Ahaus, 01. März 2017 Die demokratischen Ahauser Parteien einigen sich auf einen Aufruf zu einer AfD-Veranstaltung, die Ende des Monats in der Stadthalle geplant ist.

Osterwick, 09. März 2017 Zwischen einem aus dem Kosovo stammendem Mann und einem 50-Jährigen Busfahrer entwickelt sich ein Streitgespräch. Der Busfahrer schlägt dem Mann gegen

„Aber ist das denn hier auch so schlimm?!“

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Regierungsbezirk Münster

Zu Beginn unserer Arbeit im Oktober 2008 lautete eine der häufigsten Fragen von Journalist*innen, aber auch von Beratungsnehmenden, an uns: Ist es denn überhaupt so schlimm im nördlichen Ruhrgebiet und dem Münsterland? Muss man sich nicht eher in Sachsen mit „so etwas“ beschäftigen, oder vielleicht in Dortmund – aber doch nicht hier?

Sicher sind im Nordwesten NRWs organisierte Neonazis weniger öffentlich wahrnehmbar als in anderen Landesteilen oder Bundesländern. Dass Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen aber zwischen Gladbeck und Steinfurt, zwischen Bocholt und Beelen kein großes Problem sind – das lässt sich aus der Erfahrung der letzten zwölf Jahre Beratungs- und Dokumentationsarbeit nicht bestätigen. Auch hier in der Region wurden auf dem Höhepunkt der Diskussion um die Unterbringung von Geflüchteten Menschen und Einrichtungen gewalttätig angegriffen, Moscheen und Synagogen beschmiert und in Sozialen Netzwerken gehetzt. Auch hier sind alltäglicher und struktureller Rassismus gegenwärtig, ist der Antisemitismus kein allein historisches Problem. Auch hier sind unterschiedliche Akteur*innen der extremen Rechten aktiv und treten öffentlich in Erscheinung – von neurechten Vernetzungsstrukturen über christliche Fundamentalist*innen, Neonazis oder Verschwörungsideolog*innen bis zu „Reichsbürger*innen“. Und auch die rechtspopulistische AfD stellt eine Herausforderung für das demokratische und plurale Zusammenleben in den Kreisen und Kommunen dar.

Zudem nehmen wir wahr, dass Drohungen und Gewalttaten, aber vor allem der alltägliche Rassismus, in der Mehrheitsgesellschaft nur wenig thematisiert werden. Für tatsächlich oder potenziell Betroffene – Geflüchtete, Jüd*innen, Muslim*innen (oder diejenigen, die dafür gehalten werden), Engagierte und Menschen, die sich öffentlich deutlich positionieren – sind dies aber reale Bedrohungen. Die Betroffenen brauchen Solidarität und Unterstützung, vor allem müssen ihre Einschätzungen und Ängste ernst genommen werden.

Wir versuchen, mit den folgenden Texten einen Beitrag zum Verstehen der unterschiedlichen extrem rechten, rassistischen und antisemitischen Akteur*innen sowie ihrer Strategien und Inszenierungen zu geben. Damit verbinden wir häufig auch Ideen, wie eine kritische Zivilgesellschaft, die für Menschenrechte und demokratische Kultur eintritt, mit den beschriebenen Herausforderungen umgehen könnte – und das oftmals schon tut, wie die Interviews in dieser Broschüre zeigen. Den Beiträgen gegenüber gestellt haben wir Portraits aus dem Projekt „Gesicht einer Flucht“ (siehe Projektbeschreibung auf S. 34). Damit wollen wir ein weiteres Projekt aus dem Regierungsbezirk vorstellen und verzichten bei der Bebilderung der Broschüre zudem bewusst auf die Reproduktion rassistischer oder neonazistischer Inhalte.

Wir bedanken uns bei allen Kooperationspartner*innen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen – unter anderem aus Demokratieprojekten, antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, aus Kommunal- und Kreisverwaltungen oder aus Vereinen und Verbänden – die uns immer wieder auf Vorkommnisse, Aufkleber, Angriffe oder Hetze in Sozialen Medien aufmerksam machen. Ohne diese Hinweise und Zusammenhänge von „vor Ort“ könnten wir zu keinen Einschätzungen oder Interpretationen über die Herausforderungen im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet, aber auch darüber hinaus, kommen.

„Schau mich an – Gesicht einer Flucht“ gibt geflüchteten Menschen eine Stimme

Ein Projekt des Asylkreises Haltern am See



Suleiman berichtet fürs Update der Ausstellung, was er in fünf Jahren in Deutschland erlebt hat.
Fotos: Gerburgis Sommer

„Es macht mir Spaß bei Ausstellungseröffnungen über mich und meine Situation zu erzählen, Fragen der Zuhörer zu beantworten und dadurch mit ihnen ins Gespräch zu kommen“, sagt Suleiman, der vor fünf Jahren aus dem Irak nach Deutschland floh. Aber er schränkt auch ein: „Manche Dinge, die ich auf der Flucht erlebt habe, kann ich nicht erzählen, weil ich danach sehr traurig werde.“ Im Frühjahr 2016, als seine Flucht und das Ankommen in Haltern am See noch ganz frisch waren, bat ich ihn darum, seine Fluchtgeschichte aufzuschreiben.

Es war kurz nach den Ereignissen der Silvesternacht 2015 in Köln, als die Willkommenskultur zu kippen drohte und in der öffentlichen Diskussion vermehrt verallgemeinernd und negativ über Geflüchtete gesprochen wurde. Ich fand es an der Zeit, Gesicht zu zeigen und Geflüchtete sprechen zu lassen, damit bewusst wird: Das sind einzelne Menschen, einzelne Schicksale. Denn für uns Ehrenamtliche im *Asylkreis* in Haltern am See hatte die Flucht inzwischen sehr viele unterschiedliche Gesichter bekommen.

Schrecken von der Seele geredet

Suleimans Geschichte war die erste von 43, die in der *Halterner Zeitung* veröffentlicht wurden. Für ihn und etliche andere war es das erste Mal, dass sie abseits der Anhörungen vor dem *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* von ihrer Flucht berichteten. Recht selten werden Geflüchtete von Deutschen nach ihrer Geschichte gefragt. Man möchte ihnen nicht zu nahe treten und möglicherweise Erinnerungen an schreckliche Dinge wecken. Doch vom eigenen Leben erzählen zu dürfen und gehört zu werden, ist eine besondere Wertschätzung, die jedem Menschen gut tut. Oft geschah dies unter Tränen, aber immer freiwillig. „Ich möchte, dass die Menschen verstehen, warum wir nach Deutschland gekommen sind!“, verdeutlichte Selam aus Eritrea ihre Motivation als letzten Satz unter ihrem Bericht.

Immer sprachen wir die Texte mehrmals durch, dies war anfangs auch den noch geringen Deutschkenntnissen geschuldet. Es sollte alles richtig dargestellt werden. Manchen haben diese intensiven Gespräche gut getan und bei der Verarbeitung ihrer Erlebnisse geholfen. Dies spiegelten aktuell Geflüchtete, aber auch eine der älteren deutschen Projektteilnehmerinnen wider. Diese Gruppe lenkte den Blick der Leser*innen auf die deutsche Geschichte, auf Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg, auf Ausweisung aus der DDR und die Heimkehr von Russlanddeutschen. Ihre Schilderungen ermöglichte vielen Leser*innen Empathie auch für aktuell Geflüchtete zu empfinden, denn sie erinnerten sich, dass es sogar in der eigenen Familie Flucht und Vertreibung gab, oder die Nachbar*innen aus Schlesien vertrieben wurden. Persönliche Schicksale, die verbinden.

Gesicht zeigen in Schwarz-Weiß

Jennifer Grube fertigte in ihrem Fotostudio Augenblick ehrenamtlich ausdrucksstarke Schwarz-Weiß-Portraits der Geflüchteten an. Sie tragen maßgeblich zum Erfolg der „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“-Ausstellung bei. Dazu kam es auf Anfrage des örtlichen *Caritasverbandes*. Gedacht waren anfangs nur Plakate, doch die Kommunikationsagentur *Gute Botschafter* war von der Idee so angetan, dass sie das Design einer Ausstellung stiftete. Die Grafikdesignerin Michaela Kruse-Harbott ermöglicht durch das Spiel von großformatigen Fotos, ins Auge fallenden Zitaten und den in Kreisen abgebildeten Fluchtgeschichten eine schrittweise Annäherung an die Portraits.

Der Druck wurde vom *Caritasverband* für das Bistum Münster und Geldern aus dem *Komm-an-Projekt NRW* finanziert. So eröffneten wir am 1. September 2016 erstmals die Ausstellung mit 19 Fluchtgeschichten und ahnten nicht, welche Kreise unser Projekt jetzt ziehen würde. Inzwischen gibt es zwei identische Ausstellungen mit 20 Roll-Ups, die so gut zu transportieren und flexibel aufzustellen sind, dass wir sie als Wanderausstellung ver-

„**„In Deutschland fühlen wir uns sicher und frei – wir sind sehr dankbar dafür.“**

Nur, der in Tadschikistan politisch verfolgt wurde

„**„Ich danke allen Menschen, die uns akzeptieren.“**

Majed floh vor dem Krieg in Syrien

„**„Wir hoffen, dass die Kinder vergessen, was sie erlebt haben.“**

Jamal überlebte 2014 mit seiner Familie den Genozid an den Jesiden im Irak

„**„In Deutschland habe ich verstanden, was es bedeutet, in Frieden zu leben.“**

Samim aus Afghanistan, wo seit über 40 Jahren Krieg herrscht

„**„Was ich gar nicht mag, ist, wenn fremde Leute mir „ni hau“ oder „conichewa“ zurufen, weil sie denken, ich komme aus China oder Japan.“**

Hos-Oynga floh aus der Mongolei

tikum und später eine Lehrstelle anboten. Und schließlich wurden Geflüchtete auch auf der Straße wiedererkannt und manchmal angesprochen – Vorteile einer kleinen Stadt.

Nun, vier Jahre nach den ersten Interviews, gibt es ein Update. Suleiman, Hos-Oynga, Sabrieh und Majed berichten von ihren Erfahrungen in Deutschland, von Hindernissen und guten Begegnungen, von traurigen Ereignissen, lustigen Begebenheiten, ihren Sehnsüchten und Zukunftsträumen. Ihre Fotos zeigen sie nun in Farbe an ihren Arbeitsstellen oder wo sie sich zuhause fühlen.

Gerburgis Sommer
Asylkreis Haltern am See
gesicht-einer-flucht@gmx.de

Alle Gesichter einer Flucht und ihre Geschichten sind zu sehen auf www.gesicht-einer-flucht.de. Hier finden sich auch Infos zur Ausleihe der Ausstellungen.

Warum wir keine „rechten“ Bilder zeigen

Bei der Konzeption dieser Broschüre war es uns wichtig, neben der Vorstellung von Initiativen, Projekten und engagierten Menschen auch einen systematischen Blick auf extrem rechte, rassistische und antisemitische Akteur*innen, Inszenierungen und Aktivitäten in der Region zu werfen. Wir glauben, dass es wichtig ist, diese Hintergründe zu verstehen, um für Menschenrechte und Demokratie eintreten zu können.

Ebenso sind wir uns aber der Schwierigkeit bewusst, dass bestimmte Darstellungen und Erzählungen so weitergegeben werden. Dabei spielen gerade Bilder eine gewichtige Rolle. Um diese Dynamik zu durchbrechen haben wir uns bewusst entschieden, keine Bilder rechter Selbstdarstellung – also etwa Fotos von Kundgebungen und Schmierereien, Screenshots von Facebook-Einträgen und Youtube-Videos usw. – abzudrucken. Stattdessen setzen wir mit den Porträts aus dem Projekt „Gesicht einer Flucht“ einen Kontrapunkt und rücken geflüchtete Menschen und ihre Geschichten in den Vordergrund. Damit wollen wir uns auch solidarisch erklären mit all jenen, die gemeint sind mit den in den Texten beschriebenen verbalen und tatsächlichen Angriffen, aber auch mit alltäglichem Rassismus im Zusammenleben. Wir freuen uns, mit „Gesicht einer Flucht“ damit auch ein tolles Projekt aus dem Regierungsbezirk vorstellen zu können, hinter dem viele engagierte Menschen stehen.

Erhitzte Debatten und gezielte Eskalation

Rechte Gewalt, Alltagsrassismus und die Grenze des Sagbaren

Der rassistische Anschlag auf zwei Shishabars im hessischen Hanau im Februar 2020, bei dem zehn Menschen ermordet wurden, der Anschlag auf eine Synagoge in Halle im Oktober 2019 und der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch einen Neonazi im Juni 2019 bilden derzeit die Spitze der Eskalation rechter Gewalt in Deutschland und prägen die aktuelle Debatte über Rechtsextremismus und Rassismus im Land.

Auch im Regierungsbezirk Münster wurden in den vergangenen Jahren aus rassistischen Motiven teils schwere Gewalttaten gegen Menschen verübt. Im Oktober 2015 etwa, auf dem Höhepunkt der kontrovers geführten Diskussionen um die Aufnahme von Geflüchteten, war ein 31-jähriger Mann in Havixbeck im Kreis Coesfeld rassistisch beleidigt und mit einem Messer niedergestochen worden. In der Silvesternacht 2018/19 hatte ein 50-jähriger Deutscher in Bottrop mit seinem Auto gezielt versucht Menschen zu überfahren, die seiner Ansicht nach einen Migrationshintergrund hatten. 14 Menschen wurden dabei verletzt.

In den Jahren 2015/16 waren auch im Regierungsbezirk Münster die Zahlen rassistisch motivierter Straf- und Gewalttaten im Vergleich zu den Vorjahren besonders hoch.

Eine Woche im Januar 2016 kann hier als anschauliches Beispiel dienen. Sonntag: In einem Wohnhaus in Gelsenkirchen, in dem unter anderem Geflüchtete untergebracht sind, bricht Feuer aus. Vermutet wird fahrlässige Brandstiftung. 15 Menschen erleiden eine Rauchgasvergiftung. In Gescher dringen drei Unbekannte in eine Geflüchtetenunterkunft ein und zünden eine Feuerwerksbatterie. Dienstag: Ein durch eine 29-jährige Frau in Borken gemeldetes Sexualdelikt durch einen Mann von „mutmaßlich nordafrikanischer Herkunft“ stellt sich als vorgetäuscht heraus. Donnerstag: Eine geplante Geflüchtetenunterkunft in Marl ist nach einer Brandstiftung unbewohnbar. Im Vorhinein kam es zu Protesten von Eltern einer angrenzenden Schule gegen die Einrichtung der Unterkunft, an der auch Hakenkreuzschmierereien

angebracht wurden. In Münster randaliert ein Mann vor einer Geflüchtetenunterkunft, zeigt den Hitlergruß und bedroht Bewohner*innen. Samstag: In Dülmen beschmierern Unbekannte noch nicht bezogene Wohncontainer für Geflüchtete großflächig mit rassistischen Sprüchen. Sonntag: Eine Moschee in Marl, ein als Gebetsraum genutztes ehemaliges Ladenlokal und weitere Gebäude werden von Unbekannten mit Hakenkreuzen besprüht.

Angriffe, Ausgrenzung und fehlende gesellschaftliche Wahrnehmung

Diese Vorfälle aus dem Regierungsbezirk Münster werfen ein Schlaglicht auf das Spektrum rassistischer und gewalttätiger Angriffe gegenüber geflüchteten und als migrantisch wahrgenommenen Menschen. Die Liste solcher und ähnlicher Taten ließe sich um ein Vielfaches ergänzen (siehe hierzu auch die auf den Seiten dieser Broschüre mitlaufende Chronik).

Gemein ist all diesen Taten neben dem Tatmotiv, dass zumindest im Lokalen darüber berichtet und diskutiert wurde. Eine Vielzahl rassistischer und diskriminierender Erfahrungen, die Menschen machen, werden hingegen nur selten bekannt – häufig auch deshalb, weil sie für die Betroffenen zum Alltag gehören.

Rassistische und diskriminierende Anfeindungen und Übergriffe können unterschiedliche Formen annehmen – von gewaltgeprägten Handlungen bis hin zu subtileren Formen wie beispielsweise Absagen bei der Wohnungs- und Jobsuche. Solche Erfahrungen werden nur selten öffentlich wahrnehmbar diskutiert oder skandalisiert – entweder, weil die Betroffenen nicht die Öffentlichkeit suchen wollen oder weil ihnen keine Stimme zugestanden wird. Ausnahmen bilden einzelne Berichte, etwa vom Lokalredakteur der WAZ in Gelsenkirchen, der im Sommer 2018 über massive rassistische Beleidigungen gegen ihn und seine Familie in der Fußgängerzone seiner Heimatstadt schreibt. Aber auch die Öffentlichkeit für die oben beschriebenen Angriffe und Schmierereien beschränkt sich meist auf eine kurze Meldung im Lokalteil.



Nach traumatischen Erlebnissen auf dem Mittelmeer engagiert sich Yousif aus dem Irak in der Seenotrettung: „Wir nehmen kein Geld für die Hilfe – we do it for humanity!“

Siehe „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“ auf S. 18

Der Zusammenhang zwischen strukturellem und alltäglichem Rassismus sowie den auch in der Region zeitweise massiv gestiegenen Zahlen rassistisch motivierter Gewalttaten, gerade im Zeitraum 2015/2016, werden hier in aller Regel nicht beachtet. So erscheinen die Angriffe für die Leser*innen zwar als bedauernde Einzelfälle, aber nicht im gesellschaftlichen Kontext.

Von der „großen Bühne“ zur Stimmung vor Ort

In den Jahren vor der eigentlich als Krise von Verwaltung und Politik zu bezeichnenden „Flüchtlingskrise“ war das Thema Flucht und Asyl zwar präsent, aber nicht dauerhaft im Fokus des öffentlichen Interesses. Durch die vermehrte Ankunft geflüchteter Menschen ab dem Sommer 2015 wurden diese Debatten auf die „großen politischen Bühnen“ gehoben und in der Gesellschaft laut und kontrovers diskutiert. Akteur*innen aus dem extrem rechten Spektrum nutzten diese Situation für eine gezielte Zuspitzung und Eskalation, um ihre eigenen rassistischen und demokratiefeindlichen Erklärungsmuster in Stellung zu bringen. Auch im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet entwickelten sich auf lokaler Ebene Diskussionen, die teils unkritisch, teils hoch reflektiert geführt wurden. Parallel dazu stieg die Zahl der rassistischen Übergriffe vor allem auf geflüchtete Menschen und ihre Wohnunterkünfte – vielfach in Form von gewaltgeprägten und zerstörerischen Handlungen.

Die Täter*innen solcher oben beschriebener Brandanschläge oder rechter Schmierereien an Unterkünften für Geflüchtete werden häufig nicht gefasst. Wenn doch, so zeigt sich, dass sie oft nicht zwangsläufig der organisierten Neonaziszene zuzurechnen sind. Es handelt sich häufig um Menschen aus den Stadtvierteln und Dörfern, die „dazugehören“ – als Mitglied des Sportvereins, Arbeitskollege oder freundliche Nachbarin von nebenan. Dennoch sind die Taten auch ohne ein Angebundensein an extrem rechte Gruppen oder Szenen klar rassistisch motiviert und stehen im Zusam-

menhang mit der Wirkmächtigkeit extrem rechter Narrative. Die Täter*innen fühlen sich als „Vollstrecker*innen“ eines vermeintlichen „Volkswillens“ in ihrem Umfeld und beziehen sich auf die Stimmung im Ort. Einer der Täter, die im Sommer 2016 eine noch nicht bewohnte Unterkunft für Geflüchtete in Münster-Hiltrup anzündeten, begründete die Tat damit, er habe verhindern wollen, dass alleinreisende Männer in die Einrichtung einziehen – vorgeblich um seine „Familie zu schützen“. Geflüchtete junge Männer als angebliche Gefahr waren ein zentrales Motiv in der zuvor hitzig geführten Auseinandersetzung um den Bau der Einrichtung im Stadtteil. Auch Verantwortliche und Lokalpolitiker*innen hatten sich zuvor entsprechend dazu geäußert.

Debattenverschiebung und alltäglicher Rassismus

Nachdem es zunächst zumindest im Lokalen eher um die Bewältigung der Herausforderungen und Fragen im Zusammenhang mit der gestiegenen Zahl von ankommenden Menschen ging, verschob sich diese Debatte vor allem auf der „großen politischen Bühne“ zusehends. Es geht seither weniger um den Umgang mit Geflüchteten, sondern zunehmend um Fragen von Zugehörigkeit und Ausschlüssen – die dann auch schon länger hier lebende „Migrant*innen“ betreffen. Diese Verschiebung wurde insbesondere von der AfD entscheidend mitgeprägt. In ihrer Rhetorik und ihren programmatischen Inhalten erscheinen plurale Gesellschaftsentwürfe durchgehend als defizitär und Migration, insbesondere von außerhalb Europas, entsprechend als potenziell gefährlich. Diese Debattenverschiebung verweist darauf, dass es auch in den 2015 aufflammenden Diskussionen im Kern oft nicht um die als zu hoch wahrgenommene Zahl aufzunehmender geflüchteter Menschen ging. Vielmehr steht meist die sehr viel grundsätzlichere Frage im Mittelpunkt, wer zum „Wir“ dazugehören darf – und wer nicht. Es geht also um Rassismus, um Ausgrenzung und um Diskriminierung.

die Schulter, beleidigt ihn, trifft volksverhetzende Aussagen und deutet mit einer Handbewegung das Durchschneiden der Kehle an, so die Polizei.

Bottrop, 09. März 2017 Nachdem vier Männer im Ortsteil Kirchhellen AfD-Mitgliedern an einem Infostand einen Beutel Pferdemist überreichen wollen, will die Partei laut WAZ Strafanzeige stellen.

Münster, 18. März 2017 Auf Initiative einer Laufgruppe des SV Blau-Weiß Aasee mit Geflüchteten nehmen 65 Sportler*innen an einem „Lauf gegen Rassismus“ im Rahmen der Wochen gegen Rassismus teil.

Münster, 19. März 2017 Den „1000-Kreuz-Marsch“ begleiten neben fundamentalistischen Christen und radikalen Abtreibungsgegner*innen ebenso die Junge Alternative.

Hörstel, 20. März 2017 Nach Polizeiangaben wird ein 14-jähriges Mädchen von zwei Männern unter dem Deuten auf ihr Kopftuch gefragt ob sie Muslima sei. Als sie bejahte schubst einer der Männer sie zu Boden, der andere zieht an ihrem Kopftuch und tritt gegen ihr Bein.

Münster, 15. April 2017 Mitglieder der rechtsextremen Partei *Der Dritte Weg* mischen sich unter eine Demonstration von Tierrechtsaktivist*innen vor einem Zirkus. Sie verteilen Flyer, auf denen unter anderem Kritik am Schächten geübt wird und sprechen Menschen direkt an, so die WN.

Bottrop, 21. April 2017 Das Parteibüro der Linken wird von Unbekannten mit einer Stahlkugel beschossen, so die *Kölnische Rundschau*.

Rheine, 05. Mai 2017 Unbekannte besprühen ein türkisches Lebensmittelgeschäft viermal mit dem Kürzel „AfD“, berichtet *mv-online*.

Gelsenkirchen, 12. Mai 2017 An

Dass Menschen Erfahrungen mit Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung machen müssen, ist freilich nicht neu. Rassismus war immer schon eine gesellschaftliche Realität, obgleich oder gerade weil darüber jahrzehntelang nicht öffentlich diskutiert wurde. Rassismus beginnt nicht erst dort, wo extrem rechte Parteien ihre Weltansicht verbreiten, Neonazis demonstrieren oder Menschen angegriffen und beleidigt werden. Er zeigt sich auch durch subtilere Formen „verbaler Ausbürgerungen“ – etwa wenn festgestellt wird, man spreche aber „gut Deutsch“, weil das Gegenüber einen aufgrund äußerer Merkmale, ungeachtet von Identifikation oder Staatsbürgerschaft, als „nicht deutsch“ klassifiziert – oder in seiner strukturellen und institutionellen Form, die sich in Gesetzen, polizeilicher und behördlicher Praxis oder in ungleich verteilten Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt ausdrücken können. Von Ausgrenzungen sind folglich bei weitem nicht nur Geflüchtete betroffen, sondern auch Menschen mit anderen Migrationserfahrungen oder auch etwa Menschen, deren Familien seit Generationen in Deutschland leben und denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird. In der Berichterstattung über rechte Gewalt wird die Tatsache, dass sich Rassismus und Diskriminierung wie ein roter Faden durch die Gesellschaft zieht, meist nicht explizit nachgezeichnet oder benannt.

Studien zur Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen in der Bundesrepublik geben Hinweise darauf, wie weit rassistische Haltungen in der Gesellschaft verbreitet sind. Die durch repräsentative Umfragen regelmäßig erhobenen Zustimmungswerte zu rassistischen Aussagen liegen in der Gesamtbevölkerung seit 15 Jahren relativ konstant bei um die 20 Prozent. Deutlich wurde im Laufe der letzten Jahre jedoch, dass entsprechende Positionen öffentlicher, radikaler und damit wahrnehmbarer ge-

äußert werden und sich verstärkt insbesondere gegen Muslim*innen, Geflüchtete und Sinti und Roma richten. Es findet eine Verschiebung der Grenze des „Sagbaren“ statt. Den Blick dabei nur auf Neonazis oder die wahrnehmbaren Akteur*innen der „neuen sozialen Bewegungen von rechts“ zu richten, dürfte nicht ausreichen. Vielmehr gilt es herauszustellen, dass diskriminierende und rassistische Haltungen und Bilder in unsere Gesellschaft eingeschrieben sind – in Form von Vorurteilen und Sprüchen ebenso wie in Strukturen und Institutionen. Das bedeutet nicht zuletzt, auch eigene Vorstellungen von Normalität und Zugehörigkeiten kritisch zu hinterfragen.

Ungeachtet der Tatsache, dass kulturelle und gesellschaftliche Diversität weitestgehend schlichtweg Realität sind, steht ein Teil der Gesellschaft dieser Entwicklung mindestens skeptisch gegenüber. Der Zeitraum des Jahreswechsels 2015/2016 stellte bundesweit einen zahlenmäßigen Höhepunkt rassistischer Übergriffe dar. Die rechtsterroristischen Angriffe in Halle im Herbst 2019 und in Hanau Anfang des Jahres 2020 stehen für eine weitere Eskalationsstufe rechter Gewalt in Deutschland. Sie haben sich in zugespitzter Form aus den gleichen extrem rechten Narrativen gespeist wie wir sie auch in den flächendeckenden Übergriffen in den Jahren davor und in den ihnen zugrunde liegenden Debatten erkennen konnten. Die Taten verlangen von dieser Gesellschaft, Rassismus endlich als ein tief wurzelndes Problem anzuerkennen und die Realität und die Erfahrungen derjenigen ernst zu nehmen, die die Konsequenzen erfahren müssen.

#wirsindmehr – Stellung beziehen und Privilegien hinterfragen

Dass ein großer Teil der Gesellschaft dazu bereit ist, sich gegen Rassismus und für Vielfalt zu engagieren, zeigen folgende Schlaglichter:

Eine Woche im September 2018, kurz nach dem großen Solidaritätskonzert unter dem Motto #wirsindmehr in Chemnitz als Reaktion gegen die rassistischen Ausschreitungen und auf rechten Demonstrationen in der Stadt. Knapp 200 Menschen kommen am Mittwoch in den Ratssaal von Castrop-Rauxel, um auf Einladung des Bürgermeisters ein „Bündnis für Demokratie“ zu gründen. Am Donnerstag treffen sich nachmittags gut 200 Leute auf dem Kirchplatz in Münster-Hiltrup, um „Herz statt Hetze“ zu zeigen. Am gleichen Abend kommen in Marl 700 Menschen zur Veranstaltung „Marl zeigt Toleranz und Menschlichkeit“ zusammen, in Ochtrup im Kreis Steinfurt trafen sich Freitagabend gut 300 Bürger*innen unter dem Motto „Wir sind mehr“. Am Samstag demonstrieren in Gelsenkirchen über 2.000 Menschen unter dem Motto „Gelsenkirchen stellt sich quer“ gegen einen Aufmarsch der extrem rechten Gruppe *Mütter gegen Gewalt*. In der Woche zuvor hatten am Donnerstagabend in Borken 250 Bürger*innen unter dem Motto „Wir sind mehr“ ein Zeichen gegen Rassismus gesetzt, in Münster hatten bereits Ende August gut 2.000 Personen „gegen rechten Hass“ demonstriert, direkt nach den rassistischen Vorfällen in Chemnitz.

Diese Beispiele zeigen, dass das Engagement gegen eine Normalitätsverschiebung, gegen Rassismus und für ein diskriminierungsfreies Zusammenleben auch im nördlichen Ruhrgebiet und im Münsterland sichtbar wird – auch diejenigen, die für ein Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft eintreten, können laut sein. Abseits dieser Kundgebungen und Gegendemonstrationen engagieren sich außerdem viele Menschen: in der Flüchtlingshilfe und in gemeinsam mit Geflüchteten initiierten Projekten, in Bündnissen und Initiativen gegen Rassismus und gegen den Rechtsruck oder in der Kommunalpolitik. All diesen Engagierten ist wichtig, Stellung zu beziehen und Haltung

einzunehmen. Damit einher geht bestenfalls die Bereitschaft, andere Perspektiven kennenzulernen und eigenen Privilegien zu hinterfragen.

Auch als Reaktion sowohl auf den Anschlag auf die Synagoge in Halle und auf den Anschlag in Hanau gab es in vielen Städten Gedenkundgebungen. In deren Mittelpunkt stand die Solidarität mit den Überlebenden und den Hinterbliebenen der Opfer. „Wir sind hier! Vereint gegen Rassismus“ lautete das Motto einer Kundgebung in Münster mit der unmissverständlichen Botschaft, dass Menschen mit Migrationshintergrund, also diejenigen, gegen die sich rassistische und antisemitische Gewalttaten und Anschläge richten, ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft sind.

Oft wurde in den vergangenen Jahren gefordert, die sich teilweise in Demonstrationen oder der Stimme für die AfD ausdrückenden Ängste „besorgter Bürger“ müssten ernster genommen werden. Auf der Strecke bleiben so aber die Ängste und die Verunsicherung von Bevölkerungsgruppen, die von rassistischer Diskriminierung und Gewalt betroffen sind.

Es bleibt bei allen Bekundungen gegen Rassismus und für eine offene Gesellschaft daher eine wichtige Aufgabe, den Stimmen und Erfahrungen derjenigen zuzuhören und Raum zu geben, denen rassistische Anfeindungen, Diskriminierung und Gewalt gelten. Denn sie sind Teil dieser Gesellschaft und nur gemeinsam kann es gelingen, dem Rassismus mit all seinen Konsequenzen entgegenzuwirken.

einer Demonstration gegen den Abschluss des AfD-Landtagswahlkampfes im Ortsteil Buer nehmen laut NRZ ca. 500 Menschen teil.

Münster, 13. Mai 2017 Parallel zum Wahlkampfabschluss der AfD NRW in der Aula der Schule veranstaltet das *Freiherr-vom-Stein-Gymnasium* im Ortsteil Gievenbeck ein Schulfest unter dem Titel „Wir sind bunt, wir bleiben bunt“.

Münster-Hiltrup, 20. Juli 2017 Nach WN-Angaben wurde ein Gedenkstein am ehemaligen Zwangsarbeiterlager „Waldfrieden“ samt Fundament aus der Erde gerissen. Zuvor hatte es bereits Angriffe auf den Gedenkstein gegeben.

Greven, August/September 2017 Wahlplakate des vornehmlich rot-rot-grünen Lagers werden mit Aufklebern mit den Schriftzügen „Volksverräter“ oder „Kinderficker“ überklebt, so die WN.

Ahlen, 30. August 2017 Vor der Stadthalle treffen sich ca. 100 Menschen zu einem „stillen Protest“, nachdem die AfD wiederholt zu einer Veranstaltung in den städtischen Räumlichkeiten eingeladen hatte.

Münster, 01. September 2017 An einem Flashmob zum Antikriegstag beteiligen sich 20 Jugendorganisationen, die auch an der Kranzniederlegung am Zwinger teilnehmen.

Münster, 21. September 2017 Unter dem Titel „Tatort Rassismus“ verstreuen Aktivist*innen symbolisch Brandschutt von der zerstörten Einrichtung in Hiltrup vor einem Infostand der AfD in der Fußgängerzone.

Münster, 23./24. September 2017 Angaben der WN zufolge wird im Rahmen der *Skulpturprojekte* eine Skulptur, die sich gegen ein Selbstverständnis eindeutiger Geschlechtsmerkmale ausspricht, von Unbekannten unter anderem mit einem Hakenkreuz besprüht.

Gelsenkirchen, 24. November

„Alles erstunken und erlogen“

Instrumentalisierung von „Aufregertemen“ und die Stimmung vor Ort

Über 200 Beiträge kamen im August 2018 in kürzester Zeit zusammen, als eine Grevenerin in einer lokalen Facebookgruppe berichtete, sie habe im Freibad eine Frau in Burka ins Wasser gehen sehen. Das sei gefährlich und unhygienisch, zudem sei ihre kleine Tochter irritiert gewesen. Die Mitglieder der Gruppe im Sozialen Netzwerk, in der sich Menschen aus Greven über aktuelle Geschehnisse in ihrer Heimatstadt austauschen, äußerten sich ganz unterschiedlich, viele zeigten sich tolerant, einige forderten pauschal, dass Migrant*innen sich „der deutschen Kultur“ anpassen sollten.

Der Leiter der Grevener Bäder reagierte schnell und pragmatisch: er kenne keinen solchen Fall, wohl aber Burkinis. Diese bestünden aus üblichem Bademodestoff und er werde sie „sicher nicht untersagen“. Seiner Einschätzung nach lasse die allgemeine Toleranz nach. Problematisch seien zudem nicht Burkinis, sondern Eltern und Großeltern, die ihre Kinder aus Angst vor Hautkrebs immer häufiger mit T-Shirts ins Wasser lassen würden. Das sei tatsächlich unhygienisch.

Auf der Startseite der Facebookgruppe wird mittlerweile darauf hingewiesen, dass „rassistische, fremdenfeindliche oder gewaltverherrlichende Posts und Kommentare“ nicht geduldet und „beleidigende Posts/Kommentare über Asylbewerber“ direkt gelöscht werden.

Gerüchte und Erzählungen sind schnell in der Welt

An der *Marienschule* in Dülmen geht im Juni 2018 eine Whatsappnachricht rum: Wer sich im Unterricht nicht angemessen kleidet, muss sich im Sekretariat umziehen – Bekleidung wird von der Schule bereitgestellt. Die Nachricht macht die Runde, bald diskutieren Schüler*innen und Lehrer*innen, die Nachricht wird zum Stadtgespräch. Niemand hinterfragt allerdings den Wahrheitsgehalt der Mitteilung kritisch – denn sie stammt vom Sozialwissenschafts-Kurs des 10. Jahrgangs und war der beteiligten Lehrerin zufolge ein Test, „wie rasch sich solche Fake-News verbreiten und wie

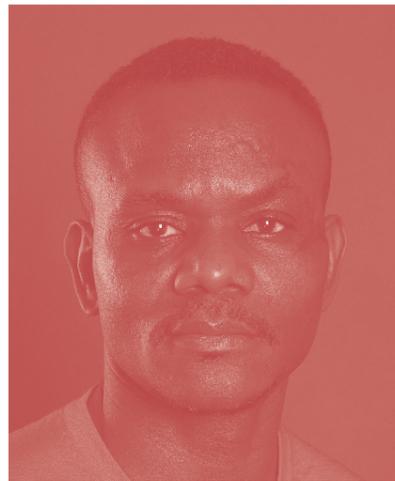
kritisch die Empfänger*innen damit umgehen“.

Direkt nach der Amokfahrt eines 48-jährigen Deutschen mit einem Kleinbus in Münster im April 2018 begannen die Spekulationen über den möglichen Täter. Sowohl in den Livetickern großer Nachrichtenportale und der Berichterstattung der Fernsehsender wie auch in Sozialen Netzwerken kam es zu vorschnellen Schlüssen. Von einem möglichen islamistischen Terroranschlag war die Rede. Eine Videoaufnahme von zwei Männern, die in der Innenstadt kontrolliert werden, wurde von extrem rechten Blogs und Social-Media-Accounts zu einem mutmaßlich von „den Medien“ oder „den Verantwortlichen“ verheimlichten Beweis für einen Anschlag umgedeutet. Dies fand auch regen Anklang bei nicht-rechten User*innen, die die Falschmeldung weiterverbreiteten.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Foto eines Münsteraners, der zum Zeitpunkt des Vorfalls in Wien lebte und einem befreundeten österreichischen TV-Journalisten als Ortskundiger ein Live-Interview gab. Ein Social-Media-Nutzer fotografierte das Fernsehbild mit dem eingeblendeten Foto des für ihn offenbar „nicht deutsch“ aussehenden Mannes und fragte polemisch: „Hier ein Foto vom psychisch gestörten ‚deutschen‘ Jens Was fällt euch dabei auf???“. Dieser Beitrag wurde von vielen reichweitenstarken Facebookaccounts verbreitet. Er diente einem rechten und für Verschwörungsdanken offenen Milieu in den Sozialen Medien als Beleg für ihre Weltansicht – fand aber ebenso Eingang in den breiteren Diskurs über eine solche rechte „Filterblase“ hinaus. Die Polizei Münster sah sich mehrfach genötigt über ihre Social-Media-Kanäle dazu aufzurufen, keine Spekulationen anzustellen und musste verschiedene, teils bewusst verbreitete, Falschmeldungen entkräften.

Vom digitalen zum realen Marktplatz und zurück

Die aufgeregten und teils hoch emotionalen Diskussionen in den drei unterschiedlichen Beispielen aus der Region zeigen, dass Soziale Medien wie *Facebook*, *Twitter* und *WhatsApp* auch



„Ein Zimmer, etwa so groß wie ein Klassenraum, darin 104 Männer.“ Chris aus Liberia wurde in Libyen festgehalten. Auf einhalb Jahre Gefangenschaft folgten noch drei Monate Zwangsarbeit, dann kam er endlich frei. Siehe „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“ auf S. 18

lokale Diskurse beeinflussen. Die Online-Diskussionen finden nicht im luftleeren Raum statt, sie haben vielmehr Ursprung und Echo-kammern auch im „echten Leben“. Sie knüpfen zum einen an vorhandene Stereotype und Vorannahmen an und belegen zum anderen scheinbar dieses gefühlte „Wissen“. Es entsteht eine Art selbstbestätigender Kreislauf – zumal wenn die Nutzer*innen auf der Basis von ihren Interessen und Freund*innen in Sozialen Netzwerken immer wieder und automatisch generiert ähnliche Nachrichten lesen können. Ist eine Falschmeldung dann erst einmal in der Welt, ist sie zudem nur schwer wieder einzufangen – sie macht sich gewissermaßen selbstständig. Diese Verselbstständigung von zum Teil bewusst gestreuten Halb- oder Unwahrheiten in Verbindung mit dem weltbildbestätigenden Kreislauf lässt sich nicht isoliert mit Blick auf den digitalen Raum betrachten. Die beschriebenen Mechanismen haben direkten Einfluss auf die Diskussionen auf dem Marktplatz, dem Schulhof oder im Stadtrat.

Extrem rechte Akteur*innen versuchen genau diese Mechanismen für gezielte Desinformationskampagnen nutzbar zu machen. Sie knüpfen an Beispiele wie die oben beschriebenen an und drehen an der Eskalationsschraube, indem sie gesellschaftliche „Aufregertemen“ instrumentalisieren und für ihre Weltdeutung nutzen. Dabei bauen sie auf aktuellen politischen und medialen Debatten zu einer angeblich gestiegenen oder als drastischer wahrgenommenen Kriminalität auf, in denen nicht selten bestimmte, in der Regel migrantische Gruppen als Täter*innen benannt oder vermutet werden und die mit einer teils schrillen Diskussion um Innere Sicherheit und (terroristische) Bedrohungslagen verknüpft sind. Solche subjektiven und mehr auf Gefühlslagen als auf Fakten beruhenden Deutungen der gesellschaftlichen Realität führen – selbst vor dem Hintergrund beispielsweise objektiv sinkender Fallzahlen von Gewaltkriminalität – bei vielen Menschen zu Angst und der Bestätigung von Ressentiments, was sie für (extrem) rechte

Erklärungs- und Argumentationsmuster ansprechbar macht.

Falschmeldungen, Umdeutungen, Auslassungen

Gezielt lancierte Falschmeldungen – wie etwa das angebliche Foto des Münster-„Attentäters“ – werden dabei ebenso genutzt wie bewusste Umdeutungen oder Auslassungen. Damit können reichweitenstarke Accounts gerade bei großen gesellschaftlichen Debatten etwa über angeblich steigende Fallzahlen von Messerattacken oder sexualisierter Gewalt durch Geflüchtete weit über ihre eigenen Bezüge die gesellschaftlichen Diskurse prägen. Manchmal sind die Ursprünge von Gerüchten und Falschmeldungen nicht einmal nachzuvollziehen, aber sie ziehen Kreise und wirken bei Akteur*innen vor Ort. Zunehmend fungieren dabei Menschen, die diese Erzählungen unkritisch übernehmen, gleichsam als „Verstärker“. Diese Akteur*innen verbreiten weniger bewusst Falschmeldungen, sondern übernehmen erst einmal selektiv die Mitteilungen, die ihr Weltbild bestätigen. Zugleich werden solche sich selbst als „besorgte Bürger*innen“ verstehende Menschen mit ihren immer geschlosseneren Welterklärungen häufig auch nach außen lauter – im Internet, bei großen gesellschaftlichen Debatten, aber auch bei lokalen Auseinandersetzungen im „echten Leben“. Sie verändern die Debatte, polarisieren mit Forderungen nach „klarer Kante“ und erschweren somit die differenzierte Betrachtung und demokratische Diskussion von Problemen und möglichen Lösungen.

Wenn die Debatte eine gewisse Erregungsstufe erreicht hat, sind demokratische Interventionen – wie etwa die sehr gute Richtigstellung des Grevener Bäderchefs – schwierig und erreichen unter Umständen gerade diejenigen nicht (mehr), die für rechte Deutungsmuster offen sind. Je stärker Menschen in ihrer Weltansicht eingeschränkt sind, desto eher werden beispielsweise Dementi oder Klarstellungen nicht als Versuch der Versachlichung gesehen, sondern als Abwiegelung oder gar als gezielte Lüge gewertet. Sie werden als Bestätigung der

2017 Im zentralen Hans-Sachs-Haus kommen Aktive und Engagierte aus der Stadtgesellschaft bei einer Netzwerktagung zusammen, um an einem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu arbeiten.

Münster, Dezember 2017 Die Initiative *Münster – Stadt der Zuflucht* startet eine Online-Petition, die Oberbürgermeister und Rat auffordert, sich für die Aufnahme von Geflüchteten einzusetzen.

Münster, 12. Januar 2018 Aktivist*innen hängen an einem Baugerüst an der Überwasserkirche ein Transparent auf, um an Oury Jalloh zu erinnern, der 13 Jahre zuvor in Dessau im Polizeigewahrsam unter ungeklärten Umständen verbrannte.

Münster, 21./22. Januar 2018 Unbekannte werfen Werbe-Flyer der extrem rechten *Identitären Bewegung* in die Briefkästen der Bewohner*innen der Heisstraße.

Münster, 09. Februar 2018 Bei einer Hausdurchsuchung findet die Polizei 93 Waffen sowie 200 Kilogramm Munition. Der Besitzer wird verdächtigt, der „Reichsbürger“-Bewegung anzugehören, berichten die *WN*.

Münster, 23. Februar 2018 In der VHS findet eine Jobmesse für Geflüchtete statt, die bei Teilnehmenden und Unternehmen auf viel Zuspruch stößt.

Ostbevern, 25. Februar 2018 Ein Mitte 50-jähriger Mann aus Ostbevern wird wegen volksverhetzender Aussagen im Internet zu einer Geldstrafe von rund 3.000 Euro verurteilt, berichtet die *WN*.

Münster, 17. März 2018 Die kreativen Protestaktionen gegen den christlich-fundamentalistischen „1.000-Kreuz-Marsch“ werden in diesem Jahr laut *WN* von gut 750 Personen besucht.

Gronau, 20. März 2018 Unbekannte legen einen abgetrennten

eigenen Deutung aufgenommen, die zu Grunde liegende Falschnachricht steht weiter im Raum und wird nicht hinterfragt. Ein harter Kern dieses Milieus, das gerade im Internet eigene „alternative“ Medien und Verbreitungskanäle nutzt, ist daher mit den Mitteln einer demokratischen Auseinandersetzung, mit klassischen Methoden politische Bildung oder mit Dialogangeboten kaum oder gar nicht mehr zu erreichen.

Schnell reagieren und entkräften

Mit einer schnellen und unmissverständlichen Reaktion von Funktions- und Verantwortungsträger*innen kann diese Eskalationsschraube allerdings zumindest mit Blick auf die gesellschaftliche Debatte gestoppt und rechte Deutungsmuster entkräftet werden: In einem Dorf im Münsterland kam etwa das Gerücht auf, die gerade in die Unterbringungseinrichtung eingezogenen Geflüchteten hätten sofort alle Elektrogeräte herausgerissen und verkauft – im Ort schlug die Diskussion schnell Wellen, das Telefon des Sozialarbeiters der Einrichtung stand nicht still. Dieser öffnete die Türen der Einrichtung, sodass sich die Anwohner*innen vom intakten Zustand der Waschmaschinen und Küchengeräte überzeugen konnten. Zudem wandte er sich an die Lokalzeitung und bezog gemeinsam mit anderen wichtigen lokalen Akteur*innen Position: Sie seien erschüttert über solche gezielt gestreuten Gerüchte, nichts davon sei wahr. Ähnlich reagierten ein Bürgermeister und ein Gastronom aus einer Stadt im Kreis Recklinghausen. Dort kursierte das Gerücht, Geflüchtete hätten in einem Restaurant die Zeche geprellt, der zufällig anwesende Bürgermeister hätte die Rechnung dann übernommen – der Vorfall habe also vertuscht werden sollen. Sowohl die Stadtspitze als auch die Betreiber des Restaurants wurden deutlich: „Alles Quatsch“, ließ der Stadtsprecher ausrichten, der Gastronom ließ sich in der Lokalzeitung mit „Alles erstunken und erlogen“ zitieren. Dort wurde die Geschichte, die in örtlichen Facebookgruppen, aber auch „analog“ herumerzählt wurde, eingeordnet und auf die dahinterliegende Strategie hingewiesen: Geflüchtete sollen

als generell kriminell und potentiell gefährlich dargestellt werden. Zudem wurde hier ein für rechtspopulistische Erklärungsmuster gängiges Bild bedient, demzufolge Vertreter*innen des „Establishments“, wie in diesem Fall der Bürgermeister, bewusst Straftaten von Geflüchteten vertuschen.

Eine schnelle Interaktion verbunden mit einer Versachlichung der Diskussion ermöglicht es, aufgeregte Debatten „einzufangen“. Durch einen pragmatischen Umgang kann eine demokratische, differenzierte und angemessene Diskussion von Problemen und Lösungsansätzen in den jeweiligen Sozialräumen überhaupt erst beginnen. Aus der Sicht *Mobiler Beratung* ist es daher der richtige Weg, weiter auf Aufklärung, Transparenz und Offenheit gerade in der Bearbeitung lokaler Problemlagen und „Aufregerthemen“ zu setzen.

Kontinuierliche Radikalisierung

Die AfD im Regierungsbezirk Münster

„Ach, du bist aus Münster? Da hat die AfD doch bei der letzten Bundestagswahl total schlecht abgeschnitten. Wie habt ihr das gemacht?“ Auf solche häufig in bewunderndem Tonfall vorgebrachte Fragen und Kommentare mussten wir seit Herbst 2017 immer wieder eingehen. Bei der Bundestagswahl im September 2017 erzielte die *Alternative für Deutschland* (AfD) im Wahlkreis Münster mit nur 4,9 Prozent ihr bundesweit schlechtestes Ergebnis. Das für die Rechtspopulist*innen desaströse Resultat förderte umgekehrt eine spezifische Form des Lokalpatriotismus. Die Stadt des „Westfälischen Friedens“ sei eben weltoffen und tolerant. Diese Deutung blendet aus, dass Formen von institutioneller und struktureller Diskriminierung auch hier an der Tagesordnung sind. Zudem ist das Wahlergebnis für die AfD im September 2017 bei genauerer Betrachtung nicht so schlecht, wie ein oberflächlicher Blick suggeriert, erzielte die Partei doch in einzelnen Stimmbezirken durchaus zweistellige Ergebnisse. Bei der Europawahl 2019 sah es ähnlich aus: stadtweit erreichte die Partei nur noch vier Prozent, in einzelnen Wahlbezirken in den Stadtteilen Coerde im Norden und Berg Fidel im Süden der Stadt jedoch zwischen zehn und fast 15 Prozent.

Die Aktivitäten und der politische Stil der AfD in Münster haben zudem inner- und außerhalb der kommunalen Gremien das gesellschaftliche und politische Klima in der Stadt sehr wohl beeinflusst. Diese Feststellung gilt erst recht für andere Städte, Kommunen und Regionen im Regierungsbezirk. Vor allem im nördlichen Ruhrgebiet erreichte die AfD bei den Bundes- und Landtagswahlen überdurchschnittliche Zustimmungswerte. In Gelsenkirchen votierten anlässlich der Landtagswahlen im Mai 2017 13,5 Prozent der Wähler*innen für die Partei, was deren bestes Ergebnis in NRW insgesamt darstellte. Zur Bundestagswahl waren es sogar 17 Prozent, in manchen Stimmbezirken erhielt die Partei bis zu 30 Prozent. Auch in Bottrop (12,5 Prozent), Recklinghausen (kreisweit 12,3 Prozent) und kreisangehörigen Städten wie Gladbeck (14,7 Prozent) erzielte die AfD

bemerkenswert hohe Resultate.

Darüber hinaus stammen einige bundes- und landesweit einflussreiche oder zumindest einflussuchende Funktions- und Mandatsträger*innen der Partei aus der Region – sie stehen im Folgenden beispielhaft für die Entwicklung der Partei im Regierungsbezirk. Auch finden sich regelmäßig Vertreter*innen der Parteiprominenz, von Alexander Gauland über Jörg Meuthen und Beatrix von Storch bis hin zu Björn Höcke, zu Kundgebungen, „Neujahrsempfängen“ und Wahlkampfveranstaltungen in der Region ein. Die Atmosphäre dieser Veranstaltungen und die dort postulierten Inhalte verdeutlichen, dass die vielfach verbreitete Auffassung, die AfD in NRW sei im Vergleich zu anderen Landesverbänden eher „gemäßigt“, kaum zutreffend ist.

Kommunalpolitik als Bühne für Angriffe auf die Demokratie

Die Entwicklung der AfD in der Region ist ähnlich wie andernorts und bundesweit durch einen kontinuierlichen Radikalisierungsprozess gekennzeichnet. Schon in den Anfängen waren ihre Verlautbarungen durch flüchtlingsfeindliche, rassistische und autoritäre Forderungen geprägt. Immer wieder fielen auch Berührungspunkte zu anderen Protagonist*innen der extremen Rechten auf. Gleichzeitig lässt sich die noch kurze Geschichte der AfD im Regierungsbezirk angesichts zahlreicher innerparteilicher Brüche und Zerwürfnisse keineswegs als linear verlaufende „Erfolgsstory“ bezeichnen. Die Partei ist nach wie vor in der Region unterschiedlich stark verankert – entsprechend fallen ihre Präsenz und ihre Aktivitäten in den einzelnen Städten und Gemeinden aus. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 gelang der AfD, wenn auch auf noch vergleichsweise niedrigem Niveau, der Einzug in einige Kreistage und Stadträte, so etwa in die Kreistage von Warendorf (2,97 Prozent; 2 Sitze) und Borken (2,1 Prozent; 1 Sitz) sowie in die Räte von Bottrop (1,8 Prozent; 1 Sitz), Gelsenkirchen (5 Prozent; 3 Sitze) und Münster (2,6 Prozent; 2 Sitze).

Die kommunalpolitische Agenda der AfD

Schweinekopf auf dem Gehweg vor der Moschee ab, so *Spiegel-online*.

Münster, 20. März 2018 Gegenüber der Geflüchtetenunterkunft in der Mauritzheide werden Aufkleber der extrem rechten *Identitären Bewegung* mit rassistischen Inhalten gefunden.

Münster, 23. März 2018 Im Rahmen des „Heimatkongresses“ in Münster überreicht der Schlagersänger und Heimat-Botschafter Heino Ministerin Ina Scharrenbach einige seiner CDs und Schallplatten. Auf diesen befindet sich teilweise Liedgut, das auch von der nationalsozialistischen SS genutzt wurde, berichten die *WN*.

Münster, 10. April 2018 Wie die *Antifaschistische Linke* Münster berichtet, ist ein Mitglied der extrem rechten *Identitären Bewegung* im Wintersemester 2017/18 Mitglied der *Münsterer Burschenschaft Franconia* geworden.

Ahlen, 13. April 2018 Rund 500 Menschen demonstrieren unter dem Motto „Ahlen bleibt bunt“ gegen eine AfD-Veranstaltung in der Stadthalle.

Lüdinghausen, 14. April 2018 Zwei Lüdinghauser Bürger organisieren eine Demo gegen Rassismus mit 100 Teilnehmer*innen, um ein Zeichen gegen einen Aufmarsch rechter Gruppen am selben Tag in Dortmund zu setzen.

Münster, 14. April 2018 In der Innenstadt findet der „March for Science“ statt, eine Kundgebung für die Freiheit der Wissenschaft und gegen „alternative Fakten“.

Münster, 25. April 2018 Über 500 Menschen demonstrieren laut *WN* gegen eine Veranstaltung der AfD mit dem rechten Publizisten Karlheinz Weißmann in der Stadtbücherei.

Marl, 27. April 2018 Unbekannte randalieren in einer Lagerhalle im Stadtgebiet und zeichnen mit Löschschaum ein Hakenkreuz auf

orientiert sich seither im Wesentlichen an den Kernthemen der Partei. Anfragen, Anträge und Redebeiträge in den kommunalen Gremien zielen in erster Linie darauf ab, sozial- und gesellschaftspolitische Fragen konsequent zu ethnalisieren, gegen Migrant*innen und „den“ Islam zu polemisieren sowie Demokratieförderprojekte und Integrations- bzw. Inklusionsprojekte zu diskreditieren. Nicht zuletzt haben die kommunalpolitischen Aktivitäten der AfD einen in hohem Maß selbstreferentiellen Charakter, geht es deren Vertreter*innen doch meist darum, sich selbst zu Opfern der „Altparteien“ oder des (lokal)politischen „Establishments“ zu stilisieren und die aus ihrer Sicht „abgehobenen Eliten“ zu entlarven. Vertiefende sachpolitische und lösungsorientierte Bezüge zu kommunalpolitischen Herausforderungen treten demgegenüber oftmals in den Hintergrund oder sind überhaupt nicht feststellbar.

Antimuslimische Agitation statt Sachpolitik – Die AfD im Kreis Warendorf

Dies verdeutlicht etwa der Blick auf die Aktivitäten der AfD-Kreistagsfraktion Warendorf und des dortigen Kreisverbandes. Im Sommer 2018 entdeckte die AfD Warendorf den Kampf gegen das „Schächten“ als scheinbar bedeutsames kommunalpolitisches Thema. Die Kampagne unter dem Motto „Schächten ächten“, die durch Flyeraktionen und Infostände etwa in Ennigerloh der Bevölkerung näher gebracht werden sollte, rückte vordergründig die Sorge um den „Tierschutz“ in den Mittelpunkt, zielte aber in erster Linie darauf ab, Ressentiments gegen den Islam, mithin aber auch gegen das Judentum, zu schüren. Zudem polemisiert Christian Blex, Kreistagsabgeordneter der AfD, der zu den notorischen Klimawandel-Leugner*innen in der AfD gehört, regelmäßig gegen die Förderung erneuerbarer Energien, die er als das Ergebnis „öko-religiösen“ Denkens diskreditiert. Als weiteres Feindbild firmiert die von Blex als „Gender-Mainstreaming-Ideologie“ verunglimpfte Gleichstellungspolitik.

Völkisch und vernetzt: der Abgeordnete Blex

Mit solchen vorwiegend allgemeinen weltanschaulichen Ausführungen bewegt sich Blex weit entfernt von den konkreten kommunalpolitischen Themen- und Handlungsfeldern, dafür aber umso näher an einem Bündel extrem rechter Grundpositionen. Von Beginn an unterstützte der vormalige Physiklehrer den völkischen *Flügel* der AfD um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, der im März 2020 nach der Ankündigung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zur Auflösung der parteiinternen Gruppierung aufrief. So trat Blex bereits im Frühjahr 2016 als Redner bei einer Großkundgebung der AfD in Erfurt auf, moderierte im Jahr 2017 das „Kyffhäuser-Treffen“ des *Flügels* und lud im April 2018 Björn Höcke als Hauptredner zu einer Veranstaltung in die Ahleener Stadthalle ein. Schon im April 2016 hatte der AfD-Kreisverband Warendorf ebenfalls in Ahlen zu einer Demonstration gegen „Politikversagen“ aufgerufen, bei der der damalige Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg auftrat, der mittlerweile die Partei verlassen hat. Im November 2018 organisierte Blex maßgeblich das „Hermannstreffen“ des *Flügels* im ostwestfälischen Augustdorf, an dem erneut Björn Höcke teilnahm.

Seit Mai 2017 firmiert Blex zudem als einer von 13 AfD-Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag. Zu einer inhaltlichen und rhetorischen Mäßigung hat dies nicht geführt – im Gegenteil. In völkisch-verschwörungsideologischer Diktion agitierte er etwa im Dezember 2018 gegen den UN-Migrationspakt. Einzig die AfD würde „ein Auflösen unserer Identität auf dem Opfertisch transnationaler Utopien“ ablehnen, für die er – beispielsweise im Rahmen einer AfD-Veranstaltung im Vorfeld der Europawahl 2019 in der Ahleener Stadthalle, die „Grüninnen-Deutschlandhasser“ verantwortlich machte, die „kein Mensch bei klarem Verstand“ wählen könne. Manche seiner Statements sind von kaum zu überbietender Gehässigkeit. Im Kontext des 25. Jahrestages des



„Man ist nicht frei.“ Selam floh mit ihrem Mann vor dem niemals endenden Militärdienst in Eritrea. Vor acht Monaten wurde ihre Tochter geboren. Siehe „Schau mich an – Ge-

sicht einer Flucht“ auf S. 18

extrem rechten Brandanschlags von Solingen am 29. Mai 1993, bei dem fünf türkische Frauen und Mädchen getötet worden waren, verhöhn-te er etwa via Twitter Mevlüde Genç, die durch die Tat zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte verloren hatte.

Mit autokratischen, demokratiefernen Machthaber*innen auf internationalem Parkett scheinen Blex und andere in der AfD indessen keine Probleme zu haben. Im März 2018 trafen sich Blex und weitere AfD-Landtags- und Bundestagsabgeordnete in Damaskus mit hochrangigen Vertretern des Assad-Regimes, nicht zuletzt, um Syrien zu einem sicheren Herkunftsland zu stilisieren. Im Oktober 2018 feierte er die Wahl des Rechtsextremisten Jair Bolsonaro zum brasilianischen Präsidenten. Im Frühjahr 2020 instrumentalisierte Blex immer wieder die Corona-Krise, etwa um der Bundesregierung „Panikmache“ zu unterstellen oder eine angebliche „exklusive [...] Sonderbehandlung für ‚Flüchtlinge‘“ zu skandalisieren.

„No go Areas“ und „Sozialismus“ in Münster?

Auch Martin Schiller, Sprecher des AfD-Kreisverbandes Münster und der Ratsgruppe seiner Partei im Stadtrat, scheint kaum Berührungsängste mit extrem rechten Protagonist*innen auf nationaler und internationaler Ebene zu haben. Im Januar 2017 moderierte er in Koblenz einen Kongress der extrem rechten ENF-Fraktion im Europäischen Parlament, der maßgeblich vom damaligen AfD-Landesvorsitzenden und ENF-Fraktionsmitglied Marcus Pretzell organisiert worden war. Schiller teilte sich dort die Bühne unter anderem mit Marine Le Pen (*Front National*, seit Juni 2018 umbenannt in *Rassemblement National*), dem niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders (PVV), Vertreter*innen der österreichischen FPÖ und Matteo Salvini (*Lega*), der zwischen Juni 2018 und September 2019 als italienischer Innenminister amtierte. Der sich smart und weltläufig gebende Unternehmer Schiller sucht gerne den großen Auftritt. Im Januar 2019 bewarb er sich für die Kandidat*innenliste der AfD zur

Europawahl im Mai – und landete auf einem mäßigen 16. Platz der Liste, der schlussendlich für einen Einzug ins Europaparlament nicht reichte. Mit seiner Bewerbung für den zweiten Listenplatz war er gegen den ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen stammenden und als ehemaliges SPD-Mitglied medial sehr präsenten Guido Reil krachend gescheitert. Im Oktober 2019 avancierte er jedoch zu einem der stellvertretenden Landessprecher der NRW-AfD.

Schillers Selbstinszenierung als seriöser und bürgerlicher Geschäftsmann schien indessen von Beginn an zweifelhaft. Zwar widmete sich die AfD Münster unter seinem Vorsitz zunächst Themen wie dem Länderfinanzausgleich oder der Fahrradinfrastruktur und schien somit eine vergleichsweise „gemäßigte“ Linie zu repräsentieren. Doch an Wahlkampfständen der Partei wurden durchaus andere Register gezogen, etwa dann, wenn die AfD einheitlich schwarz gekleidete, mit Pfefferspray ausgestaffierte Männer als „Sicherheitsdienst“ rund um die in der Fußgängerzone aufgebauten Infotischen postierte, offenkundig mit der Absicht etwaige Gegendemonstrant*innen einzuschüchtern.

Aggressives Auftreten und polemisierende Ratsarbeit

Im April 2018, am Rande einer Veranstaltung, zu der die AfD Karlheinz Weißmann, einen prominenten Vordenker der so genannten ‚Neuen Rechten‘, zu einem Vortrag in die Stadtbücherei geladen hatte, verschanzte sich Schiller nicht mehr hinter dem breiten Rücken gedungener Bodyguards, sondern legte selbst demonstrativ Hand an. Während vor der Tür rund 1.000 Menschen friedlich gegen den Auftritt des Publizisten protestierten, ging Schiller, ohne über das Hausrecht zu verfügen, im Gebäude im Bereich der Toiletten handgreiflich gegen einen Besucher der Bücherei vor, den er als Gegendemonstranten identifiziert haben wollte. Sein Einsatz, den Schiller stolz auf seiner eigenen Facebookseite dokumentierte, blieb indessen nicht folgenlos. Im November 2019 verurteilte ihn das

den Fußboden, berichtet die WAZ.

Münster, 01. Mai 2018 Im Kreuzviertel wurden Werbeflyer der extrem rechten *Identitären Bewegung* verteilt, die nun vom Staatsschutz überprüft werden, so die WN.

Münster, 04. Mai 2018: Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung gegen den Kreis-sprecher der AfD, Martin Schiller. Dieser hatte bei einer Veranstaltung in der Stadtbücherei einen Mann, der die Toiletten aufsuchen wollte, unter Anwendung von körperlicher Gewalt aus dem Gebäude getragen, so die *Münstersche Zeitung*.

Warendorf, 07. Mai 2018 Unbekannte kleben einen Aufkleber mit der Aufschrift „Schöner leben im Nazikiez“ an ein Haus.

Bocholt, 09. Mai 2018 Ein alkoholisierte 42-jähriger Bocholter wird von der Polizei in Gewahrsam genommen. Er war unter anderem durch das Rufen ausländerfeindlicher und verfassungswidriger Parolen aufgefallen, so die WN.

Münster, 12. Mai 2018 Rund 1.000 Menschen demonstrieren gegen die Teilnahme des religionspolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Volker Münz, an einer Podiumsdiskussion beim Katholikentag. Im Veranstaltungsraum selbst protestieren Aktivist*innen mit einem Banner.

Ahaus, 3. Juni 2018 Unbekannte bringen Nazi-Symbole auf mehreren Autos, Hausfassaden, Zigarettensautomaten und Straßenschildern im Ortsteil Alstätte an, so die WN.

Emsdetten, 18. Juni 2018 Unbekannte werfen einen Gullideckel durch die Scheibe des Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Kathrin Vogler (*Die Linke*), so die WN.

Münster, 11. Juli 2018 Das Bündnis Kein Schlusstrich aus politischen Initiativen und Privatperso-

Amtsgericht Münster wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 2.100 Euro. Gegen den AfD-Kreisverband erließ die Stadtbücherei einen zweijährigen Vermietungsstopp.

Bereits im März 2018 war in Münster eine Handvoll AfD-Anhänger*innen bei einem von einer evangelischen Kirchengemeinde im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus organisierten Workshop zum Umgang mit „Parolen und Populismus“ aufgetaucht und hatte die Veranstaltung massiv gestört. Anschließend kommentierte Schiller hämisch auf Facebook: „Ein AfD-Stammtisch in der Herzkammer linker Meinungsmache! Ein gelungener Abend!“ Inhaltlich ist die anfänglich postulierte Sorge um die Fahrradinfrastruktur längst den für die AfD charakteristischen Polemiken gewichen.

Die Bilanz der AfD im Rat der Stadt fällt indessen dünn aus. Die Ratsgruppe, bestehend aus Richard Mol und Martin Schiller, ist weitgehend isoliert. In ihren Verlautbarungen kreisen die Ratsherren häufig um sich selbst und stilisieren sich zum Opfer der „Kartellparteien“. Inhaltlich widmen sie sich vor allem den Themenfeldern Innere Sicherheit und Migration, wobei nicht selten beide Themen kausal miteinander verknüpft werden. So zeichnen die AfD-Vertreter Schreckensbilder eines scheinbar unaufhaltsamen kulturellen und gesellschaftlichen Niedergangs, indem sie etwa eine „Verslumung des Hauptbahnhofs“ erkannt haben wollen, der „bald die erste No-Go-Area in Münster“ sein werde. Die Ratsgruppe proklamiert das Scheitern der „Integration“ und fordert den *Integrationsrat* ebenso aufzulösen wie das *Kommunale Integrationszentrum*. Der Flüchtlingsberatungsstelle GGUA sollen die Fördermittel gestrichen werden. Den Antrag, die Stadt Münster möge der Internationalen *Städtekoalition gegen Rassismus* beitreten, lehnte die Ratsgruppe mit dem Hinweis ab, dass der „Kampf gegen Rassismus“, lediglich als „Chiffre“ fungiere, um „politische andersdenkende Menschen aus dem politischen Diskurs auszuzugrenzen.“

Indessen sieht Martin Schiller die Stadt

nicht nur durch eine „ungesteuerte Massenwanderung“ bedroht, sondern auch durch den „Sozialismus“, der, wie der Ratsherr in der Haushaltsdebatte im Dezember 2018 behauptete, in die kommunalen Haushaltspläne Einzug gefunden habe, da die Hälfte des Etats in den Bereich „Soziales“ fließen würde. Im März 2019 zog Schiller bundesweites Interesse auf sich, als er auf seiner Facebookseite die *Fridays-for-Future*-Aktivistin Greta Thunberg verunglimpfte: ihr Gesicht war in ein NS-Propagandaplakat montiert, auf dem eine junge Frau in BDM-Uniform abgebildet ist. Neben dem Schriftzug „Jugend dient dem Klima“ kommentiert Schiller, „der pseudomoralistischen öko-linksindoktrinierten Jugend“ fehle „noch der letzte Feinschliff“. In seiner Haushaltsrede im Dezember 2019 lamentierte Schiller, der Rat der Stadt habe sich bei seiner Entscheidung, im Mai 2019 den Klimanotstand auszurufen, von „hysterisch kreischenden Kindern“ beeinflussen lassen.

Wertkonservative Inszenierung im Kreis Borken

Mit Helmut Seifen ist ein weiterer AfD-Politiker aus dem Münsterland bemüht, sich in der kontinuierlich nach rechts driftenden Partei als wertkonservativer Vertreter mit bildungsbürgerlichem Hintergrund zu inszenieren. Bis zu seinem Einzug in den NRW-Landtag im Mai 2017 war er Schulleiter eines Gymnasiums in Gronau. Bereits bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 hatte er einen Sitz im Kreistag von Borken erreicht, war dort aber kaum mit Anträgen oder Anfragen in Erscheinung getreten. Seifen hat sich stets bemüht, zu betonen, dass es einen „Rechtsruck“ seiner Partei im westlichen Münsterland nicht gebe. Indessen pflegte auch der Borkener Kreisverband von Beginn an etwa in einschlägigen Facebookpostings eine rechtspopulistische Rhetorik, in der gegen den „Genderwahn“ ebenso polemisiert wurde, wie gegen das „Versagen der Konsensparteien“.

Im Landtag widmet sich Seifen bevorzugt bildungs- und schulpolitischen Themen, die von der für die AfD charakteristischen Kri-

sendiagnostik gerahmt werden. So wettet er gegen „Kuschelpädagogik-Phantasten“, die angesichts von „Beleidigungen, Messerattacken, Mobbing und ethnokulturelle[m] Konfliktpotenzial“ im Bereich Schule keine angemessene Antwort fänden. Im Kontext erinnerungskultureller Debatten sind Seifens Beiträge bisweilen durch geschichtsrevisionistische Tendenzen gekennzeichnet. So bezeichnete der langjährige Geschichtslehrer im November 2019 in einer Landtagsdebatte zum Gedenken an die Pogromnacht vom 9. November 1938 die Nationalsozialist*innen als „braune Sozialisten“.

In der nordrhein-westfälischen AfD wie auch in der Landtagsfraktion gewann Seifen nach dem Abgang von Marcus Pretzell deutlich an Einfluss. Im Dezember 2017 avancierte er neben Thomas Röckemann zu einem der zwei Landessprecher der Partei. Während Röckemann dem völkisch-nationalistischen Parteiflügel zuzurechnen ist, versucht Seifen sich weiter als moderater Vertreter zu präsentieren. Gleichwohl deklarierte er – ganz auf Linie seiner aktivistischen und eifernden Parteikolleg*innen – die AfD zu einer „bürgerlichen Widerstandsbewegung“. Im Rahmen eines chaotischen Parteitages der NRW-AfD im Juli 2019 trat Seifen gemeinsam mit weiteren Vertreter*innen (darunter auch Martin Schiller) aus dem Landesvorstand zurück. Bis zum Herbst 2019 bestand dieser nur noch aus drei Vertretern des Höcke-Flügels, unter ihnen Christian Blex aus Warendorf, der neben Röckemann an seinem Posten festhielt. Im Oktober 2019 wurde schließlich ein neuer, vermeintlich „gemäßiger“ Landesvorstand gewählt, der seither von Rüdiger Lucassen, Mitglied des Deutschen Bundestages seit Herbst 2017, geführt wird.

Ob und in welchem Maße der vormalige Oberst der Bundeswehr die nordrhein-westfälische AfD tatsächlich auf einen „moderaten“ Kurs bringen wird, ist indessen fraglich. Zwar positioniert sich Lucassen ähnlich wie Seifen gegen den *Flügel* und forderte im März 2020 dessen Auflösung. Im Herbst 2019, nachdem er auf dem Landesparteitag zum Vorsitzenden der

NRW-AfD gewählt worden war, hatte er hingegen noch erklärt, dass „der sogenannte Flügel [...] nicht das Problem“ sei. Vor allem die drohende Überwachung durch das *Bundesamt für Verfassungsschutz* mag wohl zu diesem Sinneswandel beigetragen haben, weniger hingegen grundlegende politische Differenzen, steht Lucassen doch, wie Journalist und AfD-Experte Rainer Roeser konstatiert, mit seinen wehrpolitischen Positionen für eine „Hochrüstung und Militarisierung der Gesellschaft“.

Extrem rechte Themensetzungen in Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen sitzt die AfD seit der Kommunalwahl 2014 mit drei Stadtverordneten im Rat, die nach zwischenzeitlichen internen Streitigkeiten aktuell wieder eine gemeinsame Fraktion stellen. Die Partei ist in den städtischen Gremien wenig sichtbar, im Rat nutzen die Vertreter immer wieder die Bühne und verbinden etwa ihre Kritik an verfallender Infrastruktur mit der Polemik gegen Geflüchtete.

Im November 2018 lud die Partei Damian Lohr nach Gelsenkirchen ein, der zur „EU und ihren Auswirkungen auf die Kommunen“ sprach. Lohr ist Bundesvorsitzender der *Jungen Alternative* (JA), die mittlerweile auch vom *Bundesamt für Verfassungsschutz* als „Verdachtsfall“ gewertet wird, bei dem „tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen“ vorlägen. Lohr selbst marschierte bei einer Demonstration im rheinland-pfälzischen Kandel im März 2018 im direkten Umfeld der *Identitären Bewegung* mit. Angekündigt wurde er vom Gelsenkirchener Kreisverband als „hochkarätiger“ AfD-Politiker.

Der Gelsenkirchener Bundestagsabgeordnete Jörg Schneider, der für die Partei als Leiter der Programmkommission maßgeblich das Landtagswahlprogramm 2017 erarbeitet hat, inszeniert sich als bürgerlich und gilt als eher gemäßigt, obgleich freilich auch er gegen „Zuwanderung“ polemisiert, die „unser Sozialsystem plündert.“ Als Alter Herr ist er der rechtsextremen Hamburger *Burschenschaft*

nen demonstriert am Abend der Urteilsverkündung im NSU-Prozess.

Coesfeld, 24. Juli 2018 Unbekannte zerstören die Scheibe eines Ladens für Süßigkeiten und verteilen eine übelriechende Flüssigkeit im Eingang aus mutmaßlich rassistischen Gründen, berichten WN.

Gelsenkirchen, 02. August 2018 Unbekannte beschädigen die Scheibe der Synagoge in der Gelsenkirchener Altstadt, berichtet die WN.

Münster, 22. August 2018 Auf der Promenade wird ein Aufkleber der Partei *Die Rechte* gefunden, der zum „Volksaufstand“ aufruft.

Münster, 30. August 2018 Rund 2.000 Menschen demonstrieren in der Innenstadt gegen rechten Hass nach rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz.

Gelsenkirchen, 05. September 2018 Der WAZ-Redakteur Sinan Sat wird bei einem Spaziergang durch die Gelsenkirchener Innenstadt rassistisch beleidigt, wie die WAZ berichtet.

Nordwalde, 06. September 2018 Auf Initiative der Schüler*innenvertretung veranstaltet die KVG-Gesamtschule Nordwalde einen Aktionstag gegen Alltagsrassismus.

Ochtrup, 14. September 2018 Unter dem Slogan „Wir sind mehr“ findet eine Demonstration gegen Rassismus, Hetze und für Vielfalt statt.

Gelsenkirchen, 16. September 2018 Rund 2.000 Menschen demonstrieren nach Aufruf eines breiten „Aktionsbündnis“ gegen einen Protestmarsch rechter Gruppierungen in der Innenstadt.

Münster, 29. September 2018 Unter dem Slogan „Vielfalt verbindet“ veranstaltet die *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Münster* einen ökumenischen Gottesdienst gegen Rassismus.

Ladbergen, 30. September

Germania verbunden, die sich laut eigener Aussage zum „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff“ bekennt und auf ihrer Internetseite „Asyl für Flüchtlinge aus Multikultopia“ bietet. Im Dezember 2018 versuchte ein Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten ein von Studierenden gestaltetes Schüler*innenseminar an der *Ruhr-Universität Bochum* zum Thema Alltagsrassismus, bei dem auch die AfD kritisch betrachtet werden sollte, zu verhindern. In Briefen an die teilnehmende Schule und die Bezirksregierung hieß es: „Wir fordern sie auf, die Veranstaltung abzusagen und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen.“ Zudem nutzte die Partei ihre Social-Media-Kanäle, um gegen die Veranstaltung und die sie begleitende Lehrerin mobil zu machen.

Gemäßigt ist höchstens der Ton...

Bewusst versucht die AfD in der Region, sich als bürgerliche Partei darzustellen, die als Anwältin der „kleinen Leute“ auftritt. Dies geht einher mit einer gesteigerten Sichtbarkeit durch Vortragsveranstaltungen, „Bürgerdialoge“, Stammtische und Infostände. In Münster eröffnete im März 2018 im innenstadtnahen Südviertel zudem ein Wahlkreisbüro des parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Michael Espendiller das zugleich als Büro der AfD-Ratsgruppe fungiert. Ihrer erklärten Absicht, mit der Einrichtung auch eine Anlaufstelle für interessierte Bürger*innen zu schaffen, ist die Partei jedoch bislang nicht näher gekommen. Vielmehr formierte sich schon bald mit der *Initiative Südviertel – keine Nachbarschaft mit der AfD* eine Anwohner*inneninitiative, die seither mit Flyern und anderen Aktivitäten im unmittelbaren Wohnumfeld kritisch über die Ziele der Partei informiert.

AFD-Experte Rainer Roeser attestierte der Partei in Nordrhein-Westfalen, dass ihre Radikalisierung „nicht nur auf die Basis beschränkt“ sei. Diese Einschätzung trifft auch auf die Entwicklung der AfD im Regierungsbezirk Münster zu. Ihre Protagonist*innen inszenieren die Partei als „Fundamentallopposition“, inhaltliche Differenzen zwischen vermeintlich „gemäßigt-

ten“ und „radikalen“ Parteiströmungen sind kaum auszumachen. Unterschiedliche Positionen etwa in sozialpolitischen Fragen werden durch einen integralen Rassismus, der alle Verlautbarungen der AfD rahmt, kaschiert.

Die Partei arbeitet unterdessen auch im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet bewusst an der Verschiebung von Diskursen und an der Normalisierung rassistischer Erzählungen und Gesellschaftsdeutungen. Gerade mit einer stärkeren Vertretung in den Räten und Kreistagen wäre dafür eine Basis vor Ort geschaffen. Wie erfolgreich die AfD damit mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen in NRW sein wird, hängt auch von der Widerstandsfähigkeit der demokratischen Akteur*innen ab, sich von solchen einfachen Weltdeutungen nicht treiben zu lassen oder diese gar – mit dem Ziel der „Wählerrückgewinnung“ – selbst noch zu verstärken.

Der „1.000-Kreuze-Marsch“ in Münster

Radikale „Lebensschützer*innen“ und die extreme Rechte

Einmal im Jahr, an einem Samstag im März, zieht ein Prozessionszug mit ein- bis zweihundert singenden und betenden Menschen durch die Straßen der Münsteraner Innenstadt. Der Gebetszug startet nach einem Gottesdienst an der zentral gelegenen St. Aegidii-Kirche, von dort aus läuft der sogenannte 1.000-Kreuze-Marsch durch unterschiedliche Teile der Innenstadt. Viele Teilnehmende halten weiße Holzkreuze in den Händen, ganz vorn in der Mitte wird ein großes Marienbild getragen, daneben haben einige Mitlaufende gut sichtbar Pappschilder mit Abbildungen von menschlichen Föten und Embryonen umgehängt. Auf einem ist zu lesen: „Papa schau, ich bin ein Junge“. Portraitbilder des Kardinals von Galen sind ebenfalls zu sehen. Den meisten der Passant*innen, die samstagnachmittags in der Innenstadt unterwegs sind, dürfte sich nicht auf den ersten Blick erschließen, um was für eine Veranstaltung es sich genau handelt und wer dort an ihnen vorbeizieht. Der Marsch prozessiert durch die zentrale Einkaufsstraße, über den Prinzipalmarkt und schließlich auf den Domplatz. Kurz vor dem Ende wird ein Stopp an einer Brücke über die durch die Innenstadt fließende Aa eingelegt, um dort Rosen in den Fluss zu werfen, die symbolisch für aufgrund von Abtreibungen ungeborene Kinder stehen sollen. Angeblich 1.000 Schwangerschaftsabbrüchen gebe es pro Tag in Deutschland, behaupten die Organisator*innen, weshalb sie auch das Bild der „1.000 Kreuze“ bemühen. Diese Zahl ist jedoch irreführend und weicht von seriösen Angaben stark ab. Laut *Statistischem Bundesamt* gab es im Jahr 2019 insgesamt etwa 101.000 Schwangerschaftsabbrüche. Die Organisator*innen werten ihrer Homepage zufolge jedoch auch die Wirkung von Verhütungsmitteln wie etwa der Pille oder der Spirale als „Frühabtreibung“.

Hinter dem „1.000-Kreuze-Marsch“ steht der Verein *Euro Pro Life* aus München. Dessen Vorsitzender ist Wolfgang Hering, der den Gebetszug in Münster organisiert und anführt. Weitere „1.000-Kreuze-Märsche“ veranstaltet *Euro Pro*

Life auch in Salzburg, Fulda und München. In Berlin wird eine ähnlich ausgerichtete Demonstration als „Marsch für das Leben“ vom *Bundesverband Lebensrecht e.V.* organisiert.

„Lebensschutz“-Bewegung – radikale Abtreibungsgegner*innen

Die Organisationsstrukturen dieser sich vornehmlich gegen Schwangerschaftsabbrüche richtenden Demonstrationen sind Teil der sogenannten „Lebensschutz“-Bewegung, die stark geprägt ist durch christliche, sowohl katholische als auch evangelikale oder freikirchlich orientierte, Fundamentalist*innen. Radikale Abtreibungsgegner*innen organisieren sich in Deutschland seit den 1970er Jahren. Sie verstecken sich bis heute meist als Gegenbewegung zu feministischen Bewegungen, die die Selbstbestimmung von Frauen über ihre Schwangerschaft einfordern und somit auch auf eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen hinwirken wollen. Abtreibung steht in Deutschland laut Paragraph 218 StGB noch immer unter Strafe. Durch die seit 1995 geltende Fristenlösung mit Beratungspflicht wird lediglich von Bestrafung eines Schwangerschaftsabbruchs in den ersten 12 Wochen abgesehen, wenn nachweislich eine Schwangerschaftskonfliktberatung bei einer staatlich anerkannten Stelle in Anspruch genommen wurde.

„Lebensschützer*innen“ fordern eine strikte Durchsetzung des Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen, versuchen diejenigen zu diffamieren oder auch zu kriminalisieren, die solche Eingriffe durchführen und Schwangere zu beeinflussen, die in Erwägung ziehen oder entschieden haben, einen Abbruch durchführen zu lassen. Abtreibung wird in diesem Zusammenhang oft als „Mord“ an ungeborenem Leben bezeichnet. Sie machen sich in ihrer Argumentation zu Nutze, dass das Thema Abtreibung immer noch gesellschaftlich weitgehend tabuisiert ist. Anstelle von sachlichen Argumenten setzen sie auf Emotionalisierungen und ein Gut-Böse-Schema, das sich bereits in

2018 Die vier im Rat der Stadt vertretenen Parteien laden zur Open-Air-Podiumsdiskussion „Vier für Demokratie und Toleranz“ ein und positionieren sich damit gegen Rassismus.

Ahlen, 12. Oktober 2018 Die Schüler*innenvertretung des *Gymnasiums St. Michael* positioniert sich u.a. mit einer Fotoaktion gegen die Lehrer*innen-Meldeportale der AfD.

Münster, 15. Oktober 2018 Die Bewohner*innen mehrere Studierendenwohnheime finden in ihren Briefkästen Flyer mit islamfeindlichen Inhalten, so die WN.

Gelsenkirchen, 25. Oktober 2018 Während eines Fußball-Kreisligaspiels kommt es wiederholt zu rassistischen Beleidigungen gegen einen Spieler. Der betroffene Spieler gibt an, dass dies regelmäßig vorkomme, berichtet die WAZ.

Münster-Hiltrup, 01. November 2018 Unbekannte beschädigen eine Gedenktafel an einem ehemaligen Zwangsarbeiterlager, berichtet die *Münstersche Zeitung*.

Emsdetten, 02. November 2018: Ein verdächtiges, mit Nazi-Symbolik bemaltes Paket wird vor einer kirchlichen Einrichtung gefunden und löst einen Großeinsatz der Polizei aus, so die WN.

Coesfeld, 03. November 2018 Rund 500 Menschen demonstrieren gegen eine rechte Protestkundgebung, die sich gegen den Bau einer Moschee richtet.

Münster, 03. November 2018 Rund 1.600 Menschen demonstrieren laut WN gegen den Kreisparteitag der AfD im Rathaus des westfälischen Friedens.

Warendorf, 06. November 2018 Im Sophiensaal stellt ein Schauspieler rechten Terror von 1945 bis heute dar, begleitet von einem Bläserquintett, das Werke von im NS ermordeten Künstler*innen darbietet. Die Zuschauer*innen sind

der Selbstbezeichnung niederschlägt: Wer pauschal als „Lebensschützer*in“ auftritt, dessen oder deren Antagonist*innen können nur gegen den Schutz des Lebens, also gegen das Leben als solches sein.

Zum Repertoire der Aktivitäten radikaler Abtreibungsgegner*innen gehören auch so genannte „Gehsteigberatungen“: Schwangere werden vor den Eingängen staatlich anerkannter Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wie etwa *Pro-Familia* von Aktivist*innen abgefangen, um sie davon zu überzeugen, keinen Abbruch durchführen zu lassen. Gleichzeitig betreiben Abtreibungsgegner*innen eigene Anlaufstellen, die vorgeblich „Schwangerschaftskonfliktberatung“ anbieten und sich einen seriösen Anstrich geben. Schwangere werden dort aber keineswegs unvoreingenommen über ihre legalen Möglichkeiten aufgeklärt und in ihrer persönlichen Entscheidungsfindung unterstützt. Stattdessen werden sie dahingehend zu beeinflussen versucht, sich gegen einen Abbruch zu entscheiden. Dass es sich nicht um eine staatlich anerkannte Beratungsstelle handelt und entsprechend auch keine Beratungsbescheinigung ausgestellt werden kann, wird oft erst sehr spät im „Beratungsprozess“ klar.

Rechtsoffen und anschlussfähig

„Lebensschutz“-Gruppen versuchen dem Anspruch eines überparteilichen und konfessionsübergreifenden Images gerecht zu werden. Solche Gruppen sind in Deutschland bundesweit aktiv und über Vereine wie *Euro Pro Life* miteinander vernetzt. Eine der ältesten Gruppierungen ist die *Aktion Lebensrecht für Alle e.V.* (ALfA), die auch Mitglied im *Bundesverband Lebensrecht* ist. Ein Beispiel dafür, wie die „Lebensschutzbewegung“ mit christlichen und konservativen politischen Milieus verwoben ist, sind die *Christdemokraten für das Leben* (CDL), deren Bundesgeschäftsstelle ihren Sitz in Nordwalde im Kreis Steinfurt hat. Die Initiative wurde ursprünglich von Bundes- und Landtagsabgeordneten der CDU gegründet, die Mitglieder sind weiterhin zumeist Mitglieder

der CDU oder der *Jungen Union*. Der Status als Sonderorganisation der Partei wurde dem CDL aber im August 2018 entzogen. Die Initiative ist ebenfalls Mitglied im *Bundesverband Lebensrecht*.

Als einer der bekanntesten Vertreter der „Lebensschutz“-Szene gilt in Deutschland Klaus Günter Annen aus Baden-Württemberg. Er rückte zuletzt öffentlich in den Fokus, weil er systematisch hunderte Ärzt*innen anzeigte, die auf ihrer Internetseite Schwangerschaftsabbrüche als Teil ihrer Leistungen aufführen. Auf Grundlage des Paragraphen 219a StGB gilt dies als „Werbung“ für Abtreibung und steht somit unter Strafe. Seine Aktivitäten sind auch ein Beispiel dafür, wie vorgeblicher „Lebensschutz“ und extrem rechte Ideologie Hand in Hand gehen. Annen betreibt eine Internetseite mit dem Namen „Babycaust“ und setzt dort Abtreibungen mit den Verbrechen der Nationalsozialist*innen gleich. Solche Vergleiche sind nicht unüblich in dieser Szene, wenngleich nicht alle „Lebensschutz“-Organisationen so grobschlächtig agieren wie Klaus Günter Annen. Andere Akteur*innen setzen auf ein seriöseres Auftreten und stellen etwa ihre „Familienfreundlichkeit“ in den Mittelpunkt. Dass die Familienfreundlichkeit ausschließlich gegenüber Familien bestehend aus Mann, Frau und Kindern gilt, rückt dabei auf den ersten Blick in den Hintergrund. Denn neben der radikalen Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen fallen „Lebensschützer*innen“ in aller Regel auch durch homosexuellenfeindliche, trans*feindliche und inter*feindliche Haltungen auf und lehnen entsprechende Familienmodelle und Lebensentwürfe ab.

Überschneidungen zwischen „Lebensschützer*innen“ und der extremen Rechten ergeben sich grundsätzlich durch ein Weltbild, das sich gegen die Liberalisierung der Gesellschaft ausspricht, insbesondere im Hinblick auf Geschlechternormen, Familienmodelle und Sexualmoral. Radikale Abtreibungsgegner*innen treffen sich mit extrem rechten Akteur*innen in ihrer Feindschaft gegenüber dem Femi-



Auf der Flucht aus Syrien hat Witwer Walid seinen Sohn Abdalla über weite Strecken getragen und den jüngeren Omid fest an der Hand gehalten: „Ich möchte, dass meine Kinder hier aufwachsen und alles vergessen, was sie erlebt haben.“ Siehe „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“ auf S. 18

Siehe „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“ auf S. 18

nismus und seiner Forderung nach sexueller Selbstbestimmung insbesondere von Frauen*. Extrem rechte Akteur*innen wie etwa die neu-rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* und die „Lebensschutzbewegung“ dienen sich gegenseitig als Stichwortgeber. Die Überschneidungen mit extrem rechten Milieus rücken seit den 1990er Jahre verstärkt in den Fokus. Für Akteur*innen der extremen Rechten sind öffentliche Gebetszüge oder Demonstrationen aus dem „Lebensschutz“-Milieu attraktiv, weil sie hier eigene Themen und Weltbilder auf die Straße tragen und sich gleichzeitig öffentlich in einem dennoch anschlussfähigen Milieu zeigen können, das nicht ausschließlich extrem rechts ist, sondern viele Verbindungen in auch nicht-rechte christliche und konservative Milieus hat.

Akteur*innen der extremen Rechten auf dem „1.000-Kreuze-Marsch“

„Der 1.000-Kreuze Marsch“ hat sich in Münster ähnlich wie in anderen Städten über die Jahre hinweg immer wieder als offenbar attraktiver Anlaufpunkt auch für lokale extrem rechte Akteur*innen erwiesen. So lief im Jahr 2010 beispielsweise ein Funktionär der NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) mit, als „Lebensschützer“ trat in den darauffolgenden Jahren etwa auch ein Mitglied der zeitweise aktiven lokalen Gruppe des rassistischen Hetzblogs *Politically Incorrect* in Erscheinung. In den vergangenen Jahren sind Mitglieder der immer wieder durch ideologische und personelle Nähe zur extremen Rechten auffallenden *Münsterer Burschenschaft Franconia* und Aktivist*innen der *Identitären Bewegung* im Prozessionszug mitgelaufen. Die Organisator*innen scheinen sich nicht an der Präsenz extrem rechter Aktivist*innen in ihren Reihen zu stören. Im Jahr 2019 war auch die mittlerweile international bekannte rechte Youtuberin Naomi Seibt mit dabei. Ein Foto vom „1.000-Kreuze-Marsch“ zeigt sie direkt hinter einem ehemaligen Neonazi- und IB-Ak-

tivisten, der auch Anwärter bei der *Franconia* war. Auch Mitglieder der *Jungen Alternative* (JA) und Funktionsträger des AfD-Kreis- und Bezirksverbandes Münster nehmen an den Gebetszügen der Abtreibungsgegner*innen teil. Einige, wie das AfD-Vorstandsmitglied Alexander Leschik, waren in den letzten Jahren regelmäßige Gäste, andere kommen nicht persönlich, bekunden aber in den sozialen Netzwerken ihre Unterstützung für die Themen. Die Beteiligung der AfD an Veranstaltungen und Versammlungen mit antifeministischen Inhalten ist dabei keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal der Partei in Münster. So ist beispielsweise die stellvertretende AfD-Bundes-sprecherin Beatrix von Storch jedes Jahr beim Berliner „Marsch für das Leben“ anzutreffen. In Bundestagsdebatten positioniert sie sich als vehemente Abtreibungsgegnerin und plädiert für ein striktes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen.

Für extrem rechte Akteur*innen, insbesondere jüngere, scheint der „1.000-Kreuze-Marsch“ ein wenig so, als biete er einen Anlass, im ansonsten an rechten Demonstrationen armen Münster auch mal auf die Straße zu gehen.

Antifeminismus als verbindendes Element

Dass der „1.000-Kreuze-Marsch“ als ein fester Anlaufpunkt für Akteur*innen der extremen Rechten in Münster fungiert, verwundert insofern nicht, als dass die im Kern gegen Feminismus und gesellschaftliche Diversität gerichtete Argumentation der christlichen Fundamentalist*innen von *Euro Pro Life* ausgesprochen anschlussfähig an extrem rechte Ideologien ist. Feministischen Errungenschaften und Forderungen werden ebenso zurückgewiesen wie sexuellen Orientierungen und Identitäten abseits heteronormativer und zweigeschlechtlicher Vorstellungen.

Die Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen ergibt sich in der extremen Rechten vor allem aus einem Interesse am „Fortbe-

laut WN „tief betroffen“.

Gelsenkirchen, 08. November 2018 Unbekannte beschmiereten ein Graffiti des örtlichen Bundesligaverbands mit antisemitischen Sprüchen, berichtet die WAZ.

Münster, 20. Dezember 2018 Die Initiative *Südviertel – Keine Nachbarschaft mit der AfD* veranstaltet die erste Mahnwache vor dem Büro der Partei in der Leostraße.

Münster, 21. Dezember 2018 Mehrere Bewohner*innen des Rumpthorstviertels bekommen per Post das islamfeindliche und rassistische Magazin *Unabhängige Nachrichten* zugesandt, berichten die WN.

Coesfeld, Januar 2019 Den Pfarrer und das Pfarrbüro einer katholischen Kirchengemeinde erreichen nach einem diffamierenden Artikel in einem islamfeindlichen und rassistischen Internetportal hunderte beleidigende und Drohmails.

Münster, 22. Februar 2019 In Münster protestieren rund 10.000 Menschen gegen den Neujahrsempfang der AfD im historischen Rathaus. Aufgerufen dazu hatte das *Kein-Meter-den-Nazis-Bündnis*.

Nottuln/Coesfeld, März 2019 Ein 29-jähriger Mann aus Nottuln wird vom Amtsgericht Coesfeld, wegen Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu zehn Monaten Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Bereits im Sommer 2018 war der Mann wegen ähnlicher Vergehen, darunter das Zeigen des Hitlergrüßes in einer Gaststätte in Coesfeld zu einer Haftstrafe verurteilt worden.

Gelsenkirchen, 09. März 2019: Unter dem Motto „Justizwillkür, staatliche Repressalien und Polizeischikanen einen Riegel vor!“ hält der Kreisverband Gelsenkirchen/Recklinghausen der Partei *Die Rechte* eine Kundgebung in

stand des deutschen Volkes“ durch eine hohe Geburtenrate. Mit Aussagen wie „Ein Volk stirbt im Mutterleib“ (ALFA) oder „Deutschland treibt sich ab“ (*Kaleb e.V.*) schließen „Lebensschutz“-Organisationen daran an. Die quer durch die extreme Rechte prominent verbreitete Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“ behauptet etwa, es gebe in Europa einen Bevölkerungsschwund der weißen Bevölkerung, der nicht zuletzt durch einen durch die feministische Bewegung angeblich propagierten Geburtenboykott europäischer Frauen* entstehe. Im Gegensatz dazu würden (vermeintlich) nicht-europäische Bevölkerungsgruppen eine höhere Geburtenrate aufweisen. So werde die europäische gegen eine nicht-europäische Bevölkerung „ausgetauscht“. Die Ablehnung von Abtreibung lässt sich so nahtlos in ein biologistisches völkisch-rassistisches Weltbild einfügen.

Auch die AfD schließt an das Narrativ des angeblichen Bevölkerungsaustauschs an. Sie fordert in ihrem Grundsatzprogramm eine „aktivierende Familienpolitik“ gezielt für die „einheimische Bevölkerung“, um so eine vermeintliche Lösung für den Demografiwandel in Deutschland anzubieten. Die höhere Geburtenrate migrantischer Frauen* wird als Argument dafür angeführt, dass ein „Kulturwandel“ stattfinde, der nicht hinnehmbar sei. Schwangerschaftsabbrüche von deutschen Frauen* werden beklagt.

Antifeminismus ist ein fester Bestandteil extrem rechter Ideologie, sehr sichtbar zum Beispiel als eine zentrale Motivation für den rechtsterroristischen Anschlag in Halle im Oktober 2019. Er wendet sich gegen die Liberalisierung von Geschlechterverhältnissen, von Familien- und Geschlechterbildern sowie gegen vielfältige Vorstellungen von Sexualität und Begehren. Weiterhin wirken antifeministische Einstellungen darauf hin, dass traditionelle Geschlechterrollen und darauf beruhende Ungleichheiten aufrechterhalten werden. Daraus ergeben sich konkret eine Ablehnung der „Ehe für Alle“ und grundsätzlich nicht hetero-

sexueller Partner*innenschaften, eine Abwertung oder Ablehnung etwa von Trans*identität und Inter*geschlechtlichkeit und eine Zurückweisung von Selbstbestimmungsrechten für Schwangere und Frauen*. Gleichstellungspolitik und wissenschaftliche Forschung im Themenfeld Gender werden pauschal abgelehnt und letztere als angeblich unwissenschaftlich diskreditiert.

Kern dieser Vorstellung ist das Festhalten an der Kleinfamilie mit Mann und Frau als Keimzelle einer völkischen Gesellschaftsvorstellung. In dieser gibt es einen männlichen Familienvater sowie eine auf ihre Rolle festgelegte Mutter, als deren wichtigste Aufgabe sich die Geburt und Erziehung von Kindern zum Erhalt eines „exklusiven Volkes“ darstellt.

Das Ideal dieser traditionellen Kleinfamilie ist jedoch auch in nicht-rechten Milieus weit verbreitet. Das muss natürlich nicht mit der gleichzeitigen Ablehnung oder Abwertung von Lebensentwürfen und Familienkonstellationen einhergehen, die nicht dieser Norm entsprechen. Rechte Akteur*innen versuchen aber Anknüpfungspunkte in die Mitte der Gesellschaft zu finden, indem sie etwa behaupten, das Modell der traditionellen Kleinfamilie sei bedroht, wenn die Anerkennung für andere Lebensentwürfe und Familienmodelle wächst oder wenn es legal ist, Schwangere selbst entscheiden zu lassen, ob sie schwanger sein oder bleiben wollen. Rechte Akteur*innen inszenieren sich so in diesem Themenfeld als „Wächter*innen“ konservativer und christlicher Werte. Die Thematik Schwangerschaftsabbruch eignet sich zur strategischen Nutzung für rechte Akteur*innen nicht zuletzt deswegen, weil sie nach wie vor mit vielen Tabus belegt und selten Gegenstand sachlicher Diskussionen ist. Moralisierung und Emotionalisierungen finden hier mehr Anklang als in anderen Politikfeldern.

Protest gegen „1.000 Kreuze“ und für Selbstbestimmung

Der „1.000-Kreuz-Marsch“ in Münster wird jedes Jahr von Protesten und Demonstrationen

begleitet, die sich für ein Selbstbestimmungsrecht für Frauen* und Schwangere sowie für eine Diversität von Familienentwürfen, sexuellen Orientierungen und Identitäten aussprechen. Der kreative Protest ist bunt im wahren Sinne, nicht selten fliegen Konfetti oder mit Glitzer gefüllte Kondome, Sambatrommelgruppen machen auf den Protest aufmerksam. Viele Menschen gehen an diesem Tag auf die Straße und demonstrieren für eine offene Gesellschaft, in der verschiedene Formen von Familienleben anerkannt sind, in der Sexualaufklärung für alle Menschen ermöglicht wird und in der alle Menschen freien Zugang zu Verhütungsmitteln bekommen. Sie demonstrieren auch für die Streichung der Paragraphen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch, die nach wie vor Schwangerschaftsabbrüche sowie Werbung dafür unter Strafe stellen. Der Protest gegen die „1.000 Kreuze“ spricht sich aber genauso dafür aus, dass diejenigen soziale und ökonomische staatliche Unterstützung bekommen, die sich für ein Kind entscheiden, auch wenn dies zuvor nicht der eigenen Lebensplanung entsprochen hat. Seit 2019 wird der Protest hauptsächlich durch das *Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Münster* organisiert, die unter ihren Unterstützer*innen eine breit aufgestellte Reihe an Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen versammeln. Die Akteur*innen eint der Anspruch, das Thema Schwangerschaftsabbruch zu enttabuisieren und damit antifeministischen Positionen Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig setzen die Menschen, die jedes Jahr gegen den „1.000-Kreuz-Marsch“ auf die Straße gehen, ein deutliches zivilgesellschaftliches Zeichen gegen die extrem rechten „Lebensschützer*innen“.

Gelsenkirchen ab. Die Kundgebung findet in Reaktion auf Hausbesuche der Polizei beim Kreisvorsitzenden Henry Schwind statt.

Ahlen, 19. März 2019 *Die Partnerschaften für Demokratie* und das *Jugendforum Ahlen* rufen junge Menschen zur Gestaltung von Demokratieprojekten auf. Das Jugendforum unterstützt mit Geldern der Partnerschaft Projekte, die das demokratische Gemeinwesen vor Ort gestalten und weiterentwickeln.

Ahlen, 21. März 2019 Schüler*innen des *Städtischen Gymnasiums* sowie der *Overbergschule* organisieren eine Menschenkette gegen Hass und Rassismus, bei der sich über tausend Schüler*innen verbinden.

Münster, 29. März 2019 Das *Johann-Conrad-Schlaun-Gymnasium* kommt im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ zusammen gegen Rassismus und für Vielfalt.

Coesfeld, April 2019 Nach der Absage einer rechtspopulistischen Veranstaltung im Pfarrsaal stehen ein katholischer Pfarrer und die Kirchengemeinde zum zweiten Mal nach Januar im Fokus rechter Hetzseiten im Internet. Die Solidarität in der Stadt und Gemeinde hilft, diesen „Shitstorm“ zu überstehen.

Gladbeck, 06. April 2019 Unter dem Motto „Gegen die Gewalt auf unseren Straßen“ demonstrieren in der Innenstadt laut Polizei ca. 70 selbsternannte „Patrioten“, Wutbürger*innen und extrem Rechte. Sie sehen sich laut WAZ weit mehr Gegendemonstrant*innen des *Bündnis für Courage* gegenüber.

Münster, 06. April 2019 Die *Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender* (GGUA) aus Münster feiert 40 jähriges Jubiläum. Seit 1979 setzen sich die mittlerweile 30 Haupt- und 250

Wirkmächtig und anknüpfungsfähig

Wie neue rechte Gruppen „Aufregerthemen“ instrumentalisieren und sich vernetzen

„Ich plane in Bottrop einen Marsch und ich brauche eure Unterstützung“ heißt es im ersten von mehreren Videos, das „Mona Maja“ Anfang 2018 unter dem Titel „Weil es mir nicht egal ist“ unter anderem auf ihrem Facebookprofil veröffentlicht hat. Die Aktivistin ruft darin in die wackelig geführte Handykamera: „Ich möchte nicht abgestochen werden, ich möchte nicht abgeschlachtet werden und ich möchte nicht vergewaltigt werden!“ Gegen das von ihr gezeichnete bedrohliche Szenario – „diese ganze Gewalt“ und „die Angst, die wir alle nur noch in uns haben“ – will „Mona Maja“ mit ihrer Veranstaltung augenscheinlich vorgehen.

Rechte Rhetorik und Argumentationsmuster

„Mona Maja“, die im echten Leben Iris S. heißt, aus Bottrop kommt und nach eigener Aussage zuvor 38 Jahre SPD-Mitglied war, zeichnet in ihren Videos ein Zerrbild der gesellschaftlichen Situation, in dem von „abgestochene Frauen ohne Ende“ ebenso die Rede ist wie von Männern und Jugendlichen, „die zusammengeschlagen werden und alles geht unter“. Sie selbst erscheint dagegen als mutige Aktivistin und Tabubrecherin: „Man will uns weiß machen das [sei] alles normal und dat war früher schon immer so und ich sage euch: dat stimmt nicht. [...] Ich hab die Schnauze voll, dass ich nicht mehr sagen darf, was hier los ist, was in meinem Land untergeht.“ Die Notwendigkeit, selbst aktiv zu werden, leitet sich daraus anscheinend logisch ab, „um später in den Spiegel schauen zu können und mir sagen zu können: Du hast was getan – Du hast damals nicht geschwiegen!“

Was auf den ersten Blick als spontan geäußertes Unmut gegen aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen daherkommen will, liefert bei näherer Betrachtung fast idealtypisch zentrale Stichworte einer extrem rechten Rhetorik und folgt rechtspopulistischen Argumentationsmustern. Zudem steht das Video und die Figur „Mona Maja“ beispielhaft für neue rechte Mischszenen, die sich in NRW und weit darüber hinaus seit 2018 breit vernetzt haben und immer wieder öffentlich in Erscheinung treten – vor al-

lem mit Demonstrationen, Kundgebungen oder Mahnwachen. Von zentraler Bedeutung ist, neben der Präsenz auf der Straße, die Vernetzung in den Sozialen Medien. In Gruppen bei Facebook oder beim in Russland begründeten Netzwerk *V-Kontakte*, das von extrem rechten Strukturen gern als Ausweichplattform nach Sperrungen genutzt wird, vernetzen sich Aktivist*innen ganz unterschiedlicher rechter Milieus. Die im November 2018 von „Mona Maja“ gegründete Facebookgruppe *Mütter gegen Gewalt* zählt aktuell knapp 1.200 Mitglieder, es werden täglich im Schnitt 30 Beiträge verfasst.

Einfache Schuldzuschreibungen und rassistische Deutungsmuster

Wirklich konkrete Problembenennungen bleiben bei zentralen Vertreter*innen von Gruppen und Vernetzungsstrukturen, die sich aus Wutbürger*innen, oft älteren Hooligans, AfD-Sympathisant*innen, Verschwörungsideolog*innen und anderen Aktiven zusammen setzen, in der Regel aus. Stattdessen bleiben vage Andeutungen, vor allem aber Ressentiments und rassistische Deutungsmuster. Sie verknüpfen dabei etwa das Phänomen angeblich gesteigener Gewalt direkt mit Migration, wenn sie etwa wie „Mona Maja“ sagen: „Und das Problem wird immer größer werden, je mehr Menschen sie hier reinlassen, die ganz anders aufgewachsen sind als wir.“

Diese Logik gipfelt aus Sicht der Protagonist*innen dieser Mischszenen in eindimensionalen Erklärungen und Schuldzuweisungen: verantwortlich für die behauptete gesellschaftliche Misere seien „die Politiker“ und „der Staat“, weil sie beschönigen, lügen und sich „dem Problem“ nicht stellen.

Mit Losungen wie „Wahrheit ist nicht rechts“ in Verbindung mit den genannten rhetorischen Mustern und Argumentationslinien versuchen seit einigen Jahren gerade extrem rechte Akteur*innen, sich als „Menschenrechtler*innen“ zu inszenieren. Dabei knüpfen sie an real vorhandene Ängste an und emotionalisieren diese, thematisieren jedoch nur jene



„Am Ende hat die Angst gewonnen. Im Irak hatten wir Angst, die Leute, die wir lieben, zu verlieren: Familie, Bekannte, Nachbarn“, erzählt die 19-jährige Orea. Siehe „Schau mich an

– Gesicht einer Flucht“ auf S. 18

Form (sexualisierter) Gewalt, welche in ihre rassistische Erzählung passt. Im Zentrum stehen somit also etwa nicht Rechte für alle Frauen*, Rentner*innen und anderen Gruppen oder die Sorge vor jeder sexualisierter Gewalt, sondern die Polemik gegen Staat, Politik und immer wieder auch gegen Geflüchtete.

Unterschiedliche Gruppen mit gemeinsamer Erzählung

Mütter gegen Gewalt, die Gruppe um Iris S. aus Bottrop, konnte zu ihrer ersten Demonstration in ihrer Heimatstadt im März 2018 über 1.000 Menschen mobilisieren. Darunter waren neben sich selbst als „besorgte Bürger*innen“ verstehenden Menschen auch neonazistische Aktivist*innen, AfD-Anhänger*innen, rechte Hooligans und Mitglieder der sogenannten *Identitären Bewegung*. Eine solche spektrenübergreifende Demonstration war bis dato neu für Nordrhein-Westfalen. In relativ kurzer Zeit treten seit dem Frühjahr 2018 unterschiedliche Gruppen in die Öffentlichkeit, die vorwiegend aus bisher unauffälligen Menschen mittleren Alters bestehen, die über Facebook vernetzt und durch teils langjähriges Mitlesen selbst zu Verbreiter*innen extrem rechter Argumentation und Rhetorik geworden sind. Sie verstehen sich unter Umständen selbst tatsächlich nicht als „rechts“, vertreten aber extrem rechte Positionen und haben keine Hemmungen, mit entsprechenden Personen und Gruppen zusammenzuarbeiten. Zur Grunderzählung dieser Gruppen gehört:

- Die Umdeutung gesellschaftlicher Realitäten im Sinne einer angeblich stetigen Bedrohung durch Migrant*innen, insbesondere Geflüchteter, die per se als gewalttätig und sexuell übergriffig dargestellt werden;
- Die Schuldzuweisung an „die Regierung“ und personalisiert an die Bundeskanzlerin Merkel, die durch eine angebliche Grenzöffnung seit 2015 bewusst „Fremde“ ins Land geholt habe und das deutsche Volk dieser Bedrohung schutzlos aussetzen würde;
- Die Behauptung, dass daher Grund- und Men-

schenrechte nicht mehr durchgesetzt und „abweichende Meinungen“ unterdrückt würden. In diesem Zusammenhang stilisieren sich die Anhänger*innen dieser Gruppen zu Kämpfer*innen gegen ein angeblich diktatorisches Regime und stellen sich in die Tradition etwa der Geschwister Scholl.

Wirkmächtig und anknüpfungsfähig

Diese rassistische und verschwörungsgläubige Erzählung ist für die genannten Gruppen und das sie umgebende Milieu offenbar so klar, dass sie nur noch durch die eingangs zitierten wolkigen Einlassungen angespielt werden müssen, um wirkmächtig zu werden. Die Gruppen beziehen sich zudem immer wieder auf öffentlich wahrgenommene Gewalttaten, die sie für ihre Zwecke instrumentalisieren. Dabei handelt es sich in der Regel um zweifelsfrei schockierende Verbrechen, die mit der obigen sehr einfachen Argumentation verknüpft werden. Auf diese Weise entsteht eine durchsetzungsstarke und nur schwer zu kritisierende Erzählung. Um sie zu durchbrechen, bedarf es einer mehrgliedrigen Argumentation, die komplexe Zusammenhänge differenziert und vor allem demokratisch betrachtet. Gruppen wie *Mütter gegen Gewalt* haben also eine im Vergleich viel einfachere und somit wirkmächtige und anknüpfungsfähige Erzählung auf ihrer Seite.

Neben der Demonstration der *Mütter gegen Gewalt* im März 2018 in Bottrop kam es zu weiteren Demonstrationen und Kundgebungen, etwa in Recklinghausen. Dort hat mit Iлона Labsch ein Mitglied des AfD-Kreisvorstands mit der Gruppe *Wir für NRW* maßgeblich eine Demonstration unter dem Titel „Nein zu dieser Regierung – Widerstand!“ im Mai 2018 mit ca. 80 Teilnehmenden organisiert. Während des Rundgangs durch die, bis auf eine Gegen-demonstration menschenleere Altstadt kam es neben den erwartbaren Redebeiträgen aus dem Publikum zu „Abschieben!“-Sprechchören und dem von Neonazi-Demonstrationen bekannten Ruf „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“. In Marl hatte sich

Ehrenamtlichen für die Rechte von Geflüchteten, ihre Beratung und gegen Rassismus ein.

Ochtrup, 11. April 2019 Die extrem rechte Partei *Der III. Weg* verteilt in Ochtrup rassistische Hetzblätter in Briefkästen. Auf ihrer Homepage brüstet sich die Partei damit, dass sich „eine Gruppe junger Aktivist*innen“ dazu „in dem beschaulichen Ort Ochtrup im Münsterland“ eingefunden habe.

Recklinghausen, 29./30. April 2019 Unbekannte beschmiereten eine Grundschule mit neonazistischer Symbolik, darunter NSDAP-Schriftzüge und Hakenkreuze.

Gelsenkirchen, 30. April 2019 Verschiedene Bands setzten bei dem Konzert „Laut gegen Rechts“ ein deutliches musikalisches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung.

Münster, 03. Mai 2019 Gemeinsam mit Fanprojekten aus Dortmund und Bochum lädt das sozialpädagogische Fanprojekt *FANport Münster* zum Fußballturnier „Kick Racism Out!“ im Preußenstadion ein. Junge Fußballspieler*innen sind aufgerufen in interkulturellen Teams am Turnier teilzunehmen.

Ahlen/Gelsenkirchen, 21./22. Mai 2019 Die Partei *Die Rechte* macht in Gelsenkirchen und Ahlen mit ihrer „Wahlkampftour“ Halt. Nach Aufruf des *Ahler Appells* kommen in Ahlen laut WN knapp 80 Engagierte zum Bahnhof, um gegen die knapp ein Dutzend angereisten Neonazis zu demonstrieren.

Albersloh, 30. Mai 2019 Das *Sozial-Zentrum Fels* in Albersloh wird im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

zwischenzeitlich eine Gruppe mit dem Namen *Wir sind Marler* gegründet, die unter anderem von Frank S. organisiert wurde. S. war zuvor mehrfach als Redner bei Veranstaltungen aus der beschriebenen Mischszenen aufgetreten und war vor seinem Umzug nach Sachsen Mitglied des AfD-Stadtverbands Marl. *Wir sind Marler* wollte mit einer Unterschriftensammlung darauf hinwirken, dass die Bürger*innen der Stadt in einem Bürgerentscheid über den Bau einer Moschee auf einem städtischen Gelände abstimmen können. Dafür hatte die Initiative prominente Unterstützung: Auf einer ersten „Infoveranstaltung“ vor dem Rathaus traten neben S. mit Claudia Ludwig, Aktivistin des rechtspopulistischen Vereins *Pax Europa*, sowie Michael Stürzenberger, PEGIDA-Redner und PI-News-Autor aus München, zwei bundesweit in islamfeindlichen Initiativen engagierte Aktivist*innen auf. Stürzenberger trat mit ähnlichen Kundgebungen im ersten Halbjahr 2019 auch in Gelsenkirchen und Coesfeld mehrfach in Erscheinung.

Weitere Veranstaltungen aus dem Spektrum dieser gut vernetzten Mischszenen mit teils mehreren hundert Teilnehmenden gab es seitdem unter anderem in Mönchengladbach, Duisburg, Essen, Köln und Solingen. Dort luden die *Patrioten NRW* zu einer „Demonstration für die Meinungsfreiheit“ ein, deren Erscheinungsbild und Reden neben den Veranstalter*innen vor allem von Mitgliedern der *Identitären Bewegung* geprägt wurde. Zudem trat mit Myriam K. die „Stimme von Kandel“ auf, die mit dem *Frauenbündnis Kandel* ausgehend von der rheinland-pfälzischen Kleinstadt in einem rassistisch geführten Diskurs um sexualisierte Gewalt, die vermeintlich nur von als nicht-deutsch markierten Tätern ausgehe und in erster Linie weiße deutsche Frauen bedrohe, eine zentrale Rolle einnimmt.

Spektrübergreifende Vernetzung und „alternativ“ Verbreitung

Die Vernetzung geht also weit über NRW hinaus. Begleitet und verbreitet werden diese

Veranstaltungen von verschiedenen Blog- und Videoaktivist*innen, die mit ihren „alternativen Medien“ als Echokammer und Verstärker fungieren. Auch hier hat sich mittlerweile ein enges Netzwerk von Menschen entwickelt, die Videos und Livestreams der Kundgebungen anbieten oder über ihre Blogs für eine Verbreitung sorgen. Aus dem Kreis Recklinghausen kommt etwa *Krosta TV* das über Facebook- und YouTubevideos von Demos, AfD-Landtagsreden und Interviews mit extrem rechten Protagonist*innen verbreitet. Auf diese Videos wiederum greifen große, reichweitenstarke rassistische Blogs wie *PI News* oder *Philosophia Perennis* für ihre eigene Berichterstattung zurück.

Iris S. blieb auch 2019 umtriebig, wenn auch eher bei Veranstaltungen anderer Gruppen. So trat sie etwa im März in Frankfurt auf, wo in der Fußgängerzone Zeil einige Aktivist*innen den Weltfrauentag unter massivem Gegenprotest für ihre Agenda nutzen wollten. Anfang Mai 2019 sprach sie bei einer Kundgebung der *Patrioten für Deutschland* in Weimar, unter anderem gemeinsam mit Henry Stöckl, der als reichweitenstarker rechter Youtuber und „Influencer“ gilt. Zuletzt lud sie Anfang August zu einer Mahnwache nach Bottrop ein, zu der nur gut ein Dutzend Teilnehmende erschienen. Die *Patrioten NRW* waren ebenfalls weiterhin aktiv, in Gladbeck konnten sie Anfang April 2019 knapp 100 Menschen unter dem Motto „Gegen die Gewalt auf unseren Straßen“ mobilisieren, an der Gegendemonstration nahmen über 900 Gladbecker*innen teil. Nach diversen Uneinigkeiten und Spaltungen innerhalb der Mischszenen in NRW riefen für den 8. September 2019 wieder 23 Gruppen gemeinsam zu einer Demonstration in Mönchengladbach auf, die von einem langjährigen Hooligan-Aktivisten angemeldet wurde und an der ca. 700 Personen teilnahmen. Zur Demo „Stoppt die Gewalt! In NRW und Deutschland!“ mobilisierten auch die extrem rechte *Bruderschaft Deutschland* aus Düsseldorf. Die flüchtlingsfeindlichen *Biker für Deutschland* und die aus dem Spektrum der *Identitären Bewegung* stammende Gruppe

Ruhrpott Roulette haben den Aufruf ebenfalls unterzeichnet.

Diese Mischszenen differenzieren sich dabei weiter aus, die behandelten Themen werden vielfältiger. Anfang 2020 versuchten Protagonist*innen in NRW, die bundesweit angekündigten Mahnwachen der Gruppen *Fridays gegen Altersarmut* zu nutzen, um auch hier den Unmut von Rentner*innen gegenüber Politik und Gesellschaft zu instrumentalisieren. Gerade im Umgang mit der Corona-Krise und den Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen zeigt sich deutlich, dass dabei eine Art „harter Kern“ aus sich selbst im Widerstand gegen ein Unrechtssystem verstehenden Aktivist*innen entstanden ist. Sie rufen nun zu Protest und Auflehnung gegen die Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie auf und entdecken sich selbst als Verfechter*innen von Grundrechten – wenn auch diese vorzugsweise für Deutsche gelten sollen.

Trotz zuletzt sinkender Teilnehmezahlen bei Veranstaltungen ist damit seit Mitte 2018 eine spektrübergreifende Vernetzung der (extremen) Rechten aufgebaut worden, die scheinbar tragfähig ist und im Zweifelsfall in kurzer Zeit einige hundert Personen mobilisieren kann. Viele Aktivist*innen waren zuvor nicht in der Öffentlichkeit aktiv und kommen aus dem oben beschriebenen Spektrum der „besorgten Bürger*innen“, die keinerlei Hemmungen im Kontakt mit offenkundigen Neonazis oder rechten, tendenziell gewaltbereiten Hooligans haben erkennen lassen und die das Potential haben, für extrem rechte und verschwörungsgläubige Weltansichten ansprechbare Menschen zu integrieren.

Das Sozial-Zentrum steht für Begegnung und Gemeinschaft von Neuangekommenen und Alteingesessenen und versucht „ein Ort für alle“ zu sein.

Ahaus, 31. Mai 2019 Das Stadion von *Eintracht Ahaus* wird mit Hakenkreuzen, SS-Runen und anderen nationalsozialistischen Symbolen beschmierd und das Inventar im Stadion stark beschädigt. Der Vorsitzende des Vereins bezeichnet die Ausmaße der rechten Schmierereien in den WN als erschreckend und unerträglich.

Gelsenkirchen, 21. Juni 2019 Im Namen der islamfeindlichen *Bürgerbewegung Pax Europa* baut in Gelsenkirchen-Buer der Münchner PEGIDA-Redner Matthias Stürzenberger seine rassistische One-Man-Show auf. Am Tag danach tritt Stürzenberger in der Coesfelder Innenstadt auf, seine Tiraden erreichen jeweils nur einige irritierte Passant*innen.

Münster, 16. Juli 2019 Zwei Männer blockieren in Münster den Eingang einer Unterkunft für wohnungslose Menschen, die bis Anfang des Jahres als Unterkunft für Geflüchtete genutzt wurde, mit mehreren Müllcontainern und versuchen diese in Brand zu setzen. Nachdem ein Zeuge die Männer anspricht, flüchten diese, rufen dabei rassistische Parolen und drohen damit, wiederzukommen.

Westerkappeln, August 2019 Am VHS-Haus in Westerkappeln, in dem die Volkshochschule und der Verein *Wabe Westerkappeln* regelmäßig Kurse und Beratungsangebote für Geflüchtete anbieten, tauchen mehrfach Schmierereien in Form rassistischer Parolen auf, darunter Hakenkreuz-Symbole. Der Staatsschutz in Münster nimmt die Ermittlungen auf, kann die Täter*innen jedoch nicht ermitteln.

Gelsenkirchen, 06. August 2019 Unbekannte besprayen das

Gut vernetzt, aber wenig sichtbar

Identitäre Bewegung und „Neue Rechte“ in der Region

Ein grauer, verhangener Samstagvormittag Anfang Juli 2017 irgendwo im Münsterland. Vom Geländer einer Brücke hängt ein unscheinbares, vom Nieselregen bereits schwer gewordenes Stoffbanner. „Heimatliebe ist kein Verbrechen“ steht in schwarzen Druckbuchstaben darauf, darunter *Identitäre Bewegung* und das Symbol der extrem rechten Gruppierung, das griechische Lambda im Kreis. Ohne den dazugehörigen Facebookpost der Urheber*innen dürfte an diesem Wochenende kaum jemand von der „Aktion“ Notiz genommen haben. So bekommen es immerhin die Interessierten mit. Im Zuge einer „Banneroffensive“, hieß es auf der damals noch existenten Facebookseite der *Identitären Bewegung* Nordrhein-Westfalen (IB NRW), habe man an verschiedenen Brückengeländern und Gerüsten im nördlichen und östlichen Münsterland (Münster, Beckum, Oelde, Ennigerloh, Rheine, Steinfurt, Gronau) einschlägige Botschaften hinterlassen. „Unser Land unsere Werte“ und „Aus Liebe zum Eigenen“, aber auch „Sichere Grenzen sichere Zukunft“ oder „Wehr dich es ist dein Land“ – klassische Parolen der extrem rechten *Identitären Bewegung* also, mit denen sie ihr völkisch-rassistisches Weltbild und ihre ablehnende Haltung gegenüber Migration näher an den Alltag „ganz normaler Leute“ rücken wollen. „Sei dabei, wenn wir Großes vollbringen“, heißt es auffordernd im Text zur Banneraktion. Anspruch und Realität könnten mit Blick auf das Münsterland kaum weiter auseinanderliegen.

Seit die *Identitäre Bewegung* in Deutschland im Herbst 2012 das erste Mal aufgetaucht ist, gab es auch im Regierungsbezirk Münster immer wieder letztlich wenig erfolgreiche Anläufe, regionale Ableger der Gruppierung aufzubauen. Zuletzt kündigte die IB NRW über ihre Facebookpräsenz im Winter 2016/17 verstärkte Aktivitäten für das Münsterland an. Seitdem wurden in Münster in einzelnen Stadtvierteln von Zeit zu Zeit Flyer in Briefkästen verteilt, sporadisch Aufkleber an Laternenpfählen verklebt oder auch mal ein Spruch-

band aufgehängt. In Coesfeld versuchten die *Identitären* im Winter 2016/17 eine Serie von Sachbeschädigungen an christlichen Skulpturen in Dülmen, Lüdinghausen und Senden für den von ihnen heraufbeschworenen „Kulturkampf“ zu instrumentalisieren. In Haltern am See posierten einige IB-Aktivist*innen im Herbst 2017 vor einer Flüchtlingsunterkunft, nachdem dort die mutmaßliche Vergewaltigung einer Frau öffentlich geworden war. In der Münsteraner Innenstadt verteilten IB-Aktivist*innen in den vergangenen Jahren einige Male Flyer an Passant*innen, etwa solche der IB-Kampagne „120 Dezibel“, die vorgibt, sich um die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum zu sorgen. All diese kleinen Aktionen dürften aber kaum von einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden sein.

Anfang 2018 machte die IB-Regionalgruppe Münsterland sogar eher unfreiwillig Schlagzeilen, als der Münsteraner Blog *wiedertäufer* de einen Bericht über sie veröffentlichte. Ein Journalist hatte sich offenbar im Rahmen einer Undercover-Recherche als Anwärter ausgegeben und an einem Treffen teilgenommen. Der daraus entstandene Artikel zeichnet ein plastisches Bild der *Identitären*, das der Selbstdarstellung als dynamische zeitgemäße Jugendbewegung entgegensteht. Autoritär schien es zuzugehen im Kellerraum der altmodischen Eckkneipe, in dem sich etwa zehn junge *Identitäre* aus verschiedenen Orten des Münsterlandes zusammenfanden. Die Ansaugen machte der in Beckumer Hooligan-Kreisen sozialisierte Ortsgruppenleiter Bastian H., dazwischen wurde deutsches Liedgut gesungen. Bastian H. ist zwischenzeitlich nach Bochum verzogen und fällt dort weiterhin als gewaltaffiner, überregional vernetzter Aktivist der *Identitären* auf.

Zwar kommt es in Münster bis heute vereinzelt vor, dass IB-Flyer in Briefkästen verteilt werden, eine nennenswerte Sichtbarkeit oder einen Aufbau von wahrnehmbaren Gruppenstrukturen können die *Identitären* im Münsterland jedoch bis heute nicht verzeichnen.



Mohamed floh vor Ebola und dem Druck seiner Familie aus Guinea. Er absolviert eine Ausbildung zum Koch. Am meisten vermisst er seine Oma: „Ich weiß, dass ich sie nie wiedersehen werde.“ Siehe „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“ auf S. 18

Die „Neue Rechte“

In bundesweiter Perspektive lässt sich die *Identitäre Bewegung* als eine Art aktivistischer Zweig der sogenannten Neuen Rechten beschreiben. Von der „Neuen Rechten“ wiederum ist in Medien und Öffentlichkeit seit einigen Jahren vermehrt die Rede. Im Kontext des gesellschaftlichen Rechtsrucks, Straßenmobilisierungen im Stile PEGIDAS und der Wahlerfolge der AfD spielen auch zentrale Akteur*innen dieser sich als „intellektuell“ begreifenden extrem rechten Strömung eine Rolle. Dabei liegt der Tätigkeitsschwerpunkt der „Neuen Rechten“, die keine einheitliche Gruppierung, sondern vielmehr ein Netzwerk darstellt, traditionellerweise gerade nicht darin, Parteipolitik zu betreiben oder sich an der Organisation von Straßenprotesten zu beteiligen, sondern im Schreiben und Publizieren von Artikeln, Büchern und Zeitschriften sowie in der strategischen Netzwerkarbeit. Ihr Ziel ist stets die Einflussnahme auf den „Zeitgeist“ gewesen, den es für extrem recht Ideen- und Begriffswelt zu öffnen gelte. Die „Neue Rechte“ möchte die Grenze des Sagbaren und letztlich auch des politisch Machbaren weiter nach rechts verschieben, um so nachhaltige gesellschaftliche Umwälzungen in ihrem Sinne vorzubereiten: Ihre Akteur*innen führen einen „Kulturkampf von rechts“. Im Zentrum steht hierbei seit Anfang der 2000er Jahre das *Institut für Staatspolitik* (IfS) im sachsen-anhaltischen Schnellroda. Dort werden in sogenannten Akademien Seminare und Schulungen für den „neurechten“ Nachwuchs organisiert, bei dem sich etwa junge Kader der *Identitären* die Klinke in die Hand geben. Darüber hinaus betreibt der Mitbegründer des IfS, Götz Kubitschek, von Schnellroda aus den *Verlag Antaios* sowie die monatlich erscheinende Zeitschrift *Sezession*.

Was ist nun „neu“ an dieser Rechten?

Die „Neue Rechte“ unterscheidet sich in ihrem Welt- und Menschenbild nicht von der klassischen, „alten“ extremen Rechten, zu denen etwa

die NPD, *Die Rechte* oder neonazistische Kameradschaften gezählt werden können. Die „Neue Rechte“ möchte sich aber losgelöst wissen vom Stigma des Nationalsozialismus, um politisch handlungsfähig zu sein. Anstelle des Nationalsozialismus sucht sie ihre Vorbilder unter den Vertretern der sogenannten Konservativen Revolution, jenen antidemokratischen Kräften der Zwischenkriegszeit, die sich zwar meist von der NSDAP fernhielten, aber ebenfalls gegen die Weimarer Demokratie polemisierten. Mit dem Konzept des „Ethnopluralismus“ hat die „Neue Rechte“ dem Rassismus ein anschlussfähigeres theoretisches Fundament gegeben, das seither weite Teile der extremen Rechten für sich nutzen. Der „Ethnopluralismus“ lehnt nicht die „Vermischung von Blut“ sondern die „Vermischung von Kulturen“ ab. Die entsprechende Argumentation richtet ihren Fokus nicht zwingend auf die offene Abwertung des als „Fremden“ deklarierte, wohl aber auf die vermeintlich unüberwindliche Verschiedenartigkeit von „Kulturen“, die im Idealzustand sauber getrennt nebeneinander existieren sollen. Pluralismus innerhalb der „Kulturen“ hingegen wird zurückgewiesen. Rassistische Ordnungsvorstellungen und die Ablehnung von Einwanderung sollen auf diese Weise legitimiert werden, ohne sich all zu offen auf diskreditierte biologistische Begriffe stützen zu müssen.

In der Gemengelage kontrovers geführter Debatten um Flucht, Asyl und Migration und der sich abzeichnenden politischen Entwicklung der AfD erkannte die *Neue Rechte* seit spätestens 2015 gute Bedingungen, um ihre Ideen anschlussfähig unterzubringen. Ihre Protagonist*innen konnten in den letzten Jahren aus ihren Hinterzimmern hervor auf die Bühnen und Podien der rechten Gegenöffentlichkeit treten. Sie können als Bestandteil einer „sozialen Bewegung von rechts“ beschrieben werden, deren parteipolitische Ausformung die AfD darstellt, zumal Teile der Partei eng mit eben jenem „neurechten“ Milieu verwoben sind. Dies gilt insbesondere für die im März 2020 formal

NS-Denkmal im Stadtgarten an der Gelsenkirchener Zeppelinallee mit mehreren rassistischen Schriftzügen und Symbolen. Die *Schalker Fan-Initiative* macht die rechtsextrremen Schmierereien öffentlich.

Ahlen, 11. August 2019 In Ahlen werden eine junge Frau und ihr aus Syrien stammender Freund von drei Männern verbal attackiert. Die Männer lassen nicht von dem Paar ab, bedrohen sie und beleidigen sie rassistisch. Sie verschwinden erst, als die Betroffenen die Polizei alarmieren.

Münster, August/September 2019 Immer wieder werden dem *Kein-Meter-den-Nazis-Bündnis* sowie einzelnen Ratsmitgliedern unfreiwillig Zeitungsabos und Bestellungen zugesandt. Die Unterschriften werden gefälscht. Der Pressesprecher des Bündnisses erhält darüber hinaus Post mit Bedrohungen, Beleidigungen sowie rassistischen Inhalten.

Münster, September 2019 Im Münsteraner Stadtteil Wolbeck tauchen großflächig Sticker der *Identitären Bewegung* auf. Zeitgleich werden Flyer der extrem rechten Gruppierung in verschiedene Münsteraner Briefkästen geworfen.

Dorsten, 17. September 2019 In Dorsten gründet sich das Bündnis *Dorsten gegen Rechts - Für Toleranz, Respekt und Vielfalt*, das sich gegen zunehmenden Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus positionieren und für Respekt und Toleranz einstreben möchte. Das Bündnis organisiert eine Kundgebung mit über 500 Teilnehmenden gegen einen „Bürgerdialog“ der AfD.

Ahaus/Vreden, 03. Oktober 2019 Eine Gruppe junger Männer fährt mit dem Taxi von Ahaus nach Vreden. Auf dem Weg beleidigen sie den Taxifahrer, rufen „Sieg Heil“ und rassistische Parolen. Die Gruppe

aufgelöste AfD-interne völkische Sammlungsbewegung *Der Flügel* um Björn Höcke, dessen Nähe zum IfS schon lange belegbar ist. Doch auch etwa die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Alice Weidel zeigte alles andere als Berührungsängste zum IfS, als sie im September 2019 bei dessen „Sommerakademie“ als Rednerin auftrat.

Eine inhaltliche wie personelle Überschneidung zwischen IB und der *Jungen Alternative* (JA) ist bundesweit ohnehin eher stets die Regel als die Ausnahme gewesen. Im Keller der Münsteraner Eckkneipe beschrieb ein IB-Mitglied die AfD gar als den „politischen Arm“ der *Identitären*. Die offenkundige Nähe zwischen JA und IB hatte 2018 schließlich zur Beobachtung einzelner JA-Landesverbände durch den Verfassungsschutz geführt, seit Januar 2019 gilt auch der JA-Bundesverband als „Verdachtsfall“ des *Bundesamtes für Verfassungsschutz*. Der Münsteraner AfD-Nachwuchspolitiker Alexander Leschik war 2018 Beisitzer im Bundesvorstand der JA, trat aber aus der Nachwuchsorganisation aus, als sich eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz abzeichnete. Beim Neujahrsempfang des AfD-Kreisverbandes Münster im Februar 2017 hatte er sich noch mit dem damals offen über seinen Instagramaccount als IB-Aktivist auftretenden Marcel W. ablichten lassen. Auch danach tauchte W. zusammen mit Mitgliedern der *Jungen Alternative* bei AfD-Veranstaltungen sowie etwa 2018 beim „1.000-Kreuz-Marsch“ auf. Im Dezember 2017 war er offenbar bei einer Vortragsveranstaltung mit Guido Reil, Angehöriger des AfD-Bundesvorstands und Abgeordneter des Europäischen Parlaments, im Haus der Burschenschaft der *Pflüger zu Halle Münster*, zu der auch Alexander Leschik damals Kontakt pflegte.

Burschenschaftliches Milieu und „Neue Rechte“

Die Netzwerke der „Neuen Rechten“, der *Jungen Alternative* und der *Identitären Bewegung* sind bundesweit eng verflochten mit dem Milieu der Burschenschaften und anderen ausschließlich

Männern vorbehaltenen Studentenverbindungen. Zum einen sind viele „neurechte“ Akteure selbst Mitglied in einer Verbindung, zum anderen findet sich insbesondere in Burschenschaften ein potenziell interessierter Adressatenkreis für rechte bis extrem rechte Politikvorstellungen. Verbindungshäuser sind in einigen Fällen zudem wichtige Orte extrem rechter Infrastruktur und Vernetzung, etwa wenn die Räumlichkeiten für Zusammenkünfte oder Vortragsveranstaltungen genutzt werden. Besonders fallen in diesem Zusammenhang Studentenverbindungen ins Auge, die im *Dachverband Deutsche Burschenschaft* (DB) organisiert sind. Die DB steht wegen ihrer völkischen Verbandspolitik in der Kritik. 2011 bis 2013 gab es Auseinandersetzungen um einen von einigen Mitgliedsbünden geforderten „Ariernachweis“: Eine Mitgliedsburschenschaft hatte per Antrag eine „Deutsche Abstammung“ als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft gefordert. Im Nachgang verließen viele gemäßigttere Verbindungen den Dachverband. Im Regierungsbezirk Münster ist nur noch die *Münsterer Burschenschaft Franconia* Mitglied in der *Deutschen Burschenschaft*. Sie ist in der Vergangenheit immer wieder durch Rechtsaußenpositionen und entsprechende Kontakte aufgefallen.

Zuletzt gab es Anfang 2018 Diskussionen um die Mitgliedschaft des bekannten Neonazis Robert M. aus dem Raum Aachen. Nach einer Karriere in klassischen Kameradschaftsstrukturen war dieser in den Jahren zuvor als IB-Aktivist in Niedersachsen und Aachen öffentlich in Erscheinung getreten, bevor er im Wintersemester 2017/18 offenbar Mitglied der Burschenschaft wurde. Das Studierendenparlament der *Westfälischen Wilhelms-Universität Münster* sprach sich im Mai 2018 einstimmig dafür aus, der *Franconia* den Status einer offiziellen Hochschulgruppe aberkennen zu lassen. Die personelle und inhaltliche Nähe der Burschenschaft zur *Identitären Bewegung*, von der man sich etwa auf der mittlerweile nicht mehr existierenden Facebookseite der *Franconia* ein

Bild machen konnte, wurde als Begründung benannt. Führende Kader der *Identitären Bewegung* hinterließen dort Ende 2017 Grußbotschaften, darunter der damalige offizielle Regionalleiter der IB Mecklenburg-Vorpommern Hannes Krünägel, der Mitbegründer der IB Österreich Alexander Marcovics sowie Aktivisten des IB-Ablegers *Kontrakultur Halle*. Das Rektorat der Uni entschied sich allerdings dagegen, die *Franconia* aus dem Matrikel zu streichen, nachdem weder der NRW-Verfassungsschutz noch zwei eigens für ein Gutachten beauftragte Juristen eine Nähe zur IB bestätigten.

Trotz der chronischen Erfolglosigkeit organisierter Gruppen wie den *Identitären* in der Region können im Münsterland vereinzelte gut vernetzte Akteur*innen aus dem neurechten Spektrum vergleichsweise unscheinbar durchaus einflussreiche Aktivitäten entfalten. So findet sich unter den regelmäßigen Autor*innen der *Sezession* etwa mit Lutz Meyer ein Münsterländer, in Lüdinghausen ist der „neurechte“ *Manuscriptum-Verlag* angesiedelt und auch das sich philosophisch gebenden „neurechten“ Magazin *Anbruch* wurde 2017 als Blog von Tano G. aus Münster gegründet.

Die rechte Münsteraner YouTuberin Naomi Seibt hat mittlerweile sogar internationale Bekanntheit erlangt. Seibt ist bereits 2017 mit Beiträgen auf extrem rechten Internetseiten wie *Philosophia Perennis* aufgefallen. Damals war sie gerade mal 16 Jahre alt. Eine größere Bekanntheit insbesondere im AfD-Umfeld erlangte Seibt über ihren Youtubekanal, in dem sie sich etwa gegen Seenotrettung, Migration oder Feminismus ausspricht und sich als mutige junge rechte Frau zu inszenieren versteht. Seibt ist einem Facebookpost der *Jungen Alternative Rheinland-Pfalz* zufolge Mitglied der AfD-Jugendorganisation und war eine der Redner*innen beim AfD-Neujahrsempfang 2020 in Münster. Seibt arbeitete 2020 zeitweise für das *Heartland Institute*, einen US-Amerikanischen Thinktank, der vor allem dafür bekannt ist den menschengemachten Klimawandel zu bestrei-

ten. Das selbsternannte „Institut“ baut die junge YouTuberin strategisch als eine Art Gegenpol zur für die Klimaschutzbewegung wichtige Figur Greta Thunberg auf, um die Leugnung des Klimawandels für ein junges Publikum aufzubereiten.

Im Regierungsbezirk gibt es also durchaus Akteur*innen aus dem „neurechten“ Spektrum und eine Vernetzung verschiedener Milieus – von stramm rechten Verbindungen über AfD-Anhänger*innen bis zu „Lebensschützer*innen“ und den *Identitären*. Allerdings entfalten ihre Aktionen bisher in der Gesamtschau nur in wenigen Fällen öffentliche Wirkung. Von einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung sind sie in der Region weit entfernt. Dennoch finden ihre dahingehenden Versuche nicht im luftleeren Raum statt, sondern beziehen sich auf die ungleich wirkmächtigeren Erzählungen bundesweit aktiver „neurechter“ Aktivist*innen und sind nur vor dem Hintergrund des sich verschiebenden gesellschaftlichen Klimas zu verstehen.

flüchtet aus dem Taxi ohne zu bezahlen.

Münster, 09. Oktober 2019 Auf Initiative der *Seebrücke Münster* beschließt der Rat der Stadt, dass sich Münster zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Der Entscheidung gehen Demonstrationen, ein Bürger*innenbegehren und zahlreiche weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen voraus.

Gelsenkirchen, 10. Oktober 2019 In Gedenken an die Opfer des Anschlages in Halle ruft die *Demokratische Initiative* zu einer Gedenkveranstaltung vor der Gelsenkirchener Synagoge auf. Die Veranstaltenden sprechen sich für eine offene und respektvolle Stadtgesellschaft aus.

Gelsenkirchen, 11. Oktober 2019 Das *Schalcker Fanprojekt* feiert sein 25-jähriges Jubiläum. Das Projekt tritt durch vielfältige Aktivitäten und hohes Engagement Rechtsextremismus, Rassismus, Homophobie und Intoleranz im Fußball entgegen.

Borken, 11. Oktober 2019 In Borken wird ein aus Guinea stammender 17-jähriger von einer sechsköpfigen Gruppe mit Schlägen und Tritten schwer verletzt. Die Schläger lassen erst von dem Jugendlichen ab und flüchten, als sich ein unbekannter Radfahrer nähert. Die Polizei vermutet ein rassistisches Tatmotiv.

Gelsenkirchen, 18. Oktober 2019 Die AWO und eine Gelsenkirchener Medienfirma drehen in den Herbstferien mit Kindern in Schalke ein Musikvideo gegen Rassismus und Mobbing unter dem Motto „Musik ist die Sprache, die Grenzen überwindet und Menschen aus verschiedenen Kulturen einander näherbringt“.

Bocholt, 19./20. Oktober 2019 Auf der Bocholter Herbstkirmes beleidigt ein stark alkoholisierte Mann mehrere Menschen rassis-

Verschwörungsideologien, Gewalt und Betrug

Das Phänomen der „Reichsbürger“ und ihre Aktivitäten im Regierungsbezirk

„Reichsbürger – unterschätzte Gefahr?“ war ein Vortrag in der *Volkshochschule Bocholt* im September 2018 überschrieben. Zur Veranstaltung waren neben vielen interessierten Bürger*innen auch etwa zehn Personen gekommen, die diesem Spektrum offenbar angehörten oder nahestanden. Nachdem sie sich zunächst eher ruhig verhielten, bestürmte die Gruppe nach der Veranstaltung den Referenten: Ob er wisse, dass Deutschland ja gar keinen Friedensvertrag habe? Wie er zu seinen Einschätzungen komme? Und dass er sich dieses und jenes YouTubevideo anschauen müsse, dann würde ihm vieles klarer werden...

Auch einige Tage nach dem Vortrag erhielt der Referent noch Anrufe und Emails, in denen ein als „Reichsbürger“ bekannter Veranstaltungsteilnehmer ihm zum einen wegen des Vortrags mit rechtlichen Schritten drohte, zum anderen aber weiterhin von seiner Weltsicht überzeugen wollte.

Die Bundesrepublik – illegitim, nicht souverän und besetzt?!

„Reichsbürger“ stellen keine homogene, fest organisierte Gruppierung dar, sondern vielmehr eine von Differenzen und ideologischen wie persönlichen Konkurrenzen geprägte Szene, die sich aus einer unübersichtlichen Zahl verschiedener Klein- und Kleinstgruppierungen zusammensetzt. Darunter sind Vereine, selbsternannte Königreiche oder pseudostaatliche Kleinstgebiete, deren „Territorium“ sich häufig auf die Grundstücke von Einzelpersonen beschränkt. Die Aktivist*innen kommen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus, die von ehemals friedensbewegten Akteur*innen bis in die organisierte extreme Rechte reichen. Was die Reichsideolog*innen verbindet, ist der Hang zum Verschwörungdenken und die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland sei kein legitimer Staat. Entsprechend werden Gesetze, staatliche Organe und nicht zuletzt das Grundgesetz abgelehnt. Stattdessen bestehe weiterhin das Deutsche Reich fort. Die Bundesrepublik sei nicht souverän und nach

wie vor von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs besetzt. Weder habe Deutschland eine legitime politische Führung noch gebe es eine gültige Verfassung oder einen Friedensvertrag – wobei hier wahlweise Bezüge zum Ersten oder zum Zweiten Weltkrieg hergestellt werden.

Derzeit ist von bundesweit mehreren Dutzend selbsternannten „Reichsregierungen“ und ähnlichen fiktiven Gebilden auszugehen, die durchaus ideologische und argumentative Differenzen aufweisen. Nicht selten stehen sie in Konkurrenz zueinander, allerdings tragen daneben auch personelle Überschneidungen zur weiteren Unübersichtlichkeit dieser Szene bei.

Selbstverwalter*innen, Souveränist*innen und Prepper*innen

Neben solchen Anhänger*innen selbsternannter Reichsregierungen lassen sich im Spektrum der Reichsideolog*innen verschiedene miteinander verschränkte Submilieus beschreiben. So negieren Selbstverwalter*innen zwar die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland als Staat. Ihr Ziel besteht aber nicht in der Wiederherstellung einer Reichsregierung, sondern sie möchten sich durch das Ausrufen eigener pseudostaatlicher „Regierungen“ oder „Königreiche“ von der als illegitimes Konstrukt betrachteten BRD unabhängig machen. Mitunter tritt das Deutsche Reich als Bezugspunkt für die Argumentation gänzlich in den Hintergrund. So wird etwa unter Hinweis auf die für die Kreditgeschäfte der Bundesrepublik zuständige *Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH* behauptet, Deutschland sei kein Staat, sondern eine Firma – die BRD GmbH.

Souveränist*innen geht es um die Wiederherstellung der angeblich derzeit nicht gegebenen staatlichen Eigenständigkeit Deutschlands. So wird mitunter etwa die *Europäische Union* als Instrument einer Verschwörung gegen Deutschland und seine Souveränität beschrieben. Dieses Denken ist anschlussfähig an die Propaganda verschiedenster extrem rechter Akteur*innen, von Teilen der „Neuen Rechten“

über das *Compact-Magazin* bis hin zur AfD und anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien, die der Idee eines vereinten Europas ein nationalistisches „Europa der Vaterländer“ entgegenstellen.

Schlussendlich gibt es Überschneidungen von Reichsideolog*innen und dem Milieu der Prepper*innen. Diese bereiten sich auf ein von ihnen erwartetes Untergangsszenario vor. Sie horten Vorräte, trainieren das Überleben im Freien oder erlernen Nahkampftechniken. Solche Vorbereitungen dienen vielen Preppern dem Ziel, in einem mutmaßlich drohenden Überlebenskampf, in dem nach dem Zusammenbruch von Infrastruktur und Gesellschaft das „Recht des Stärkeren“ gilt, nicht zu unterliegen.

Ideologische Versatzstücke: Nationalismus, Revisionismus, Antisemitismus

Die Vorstellung einer Fortexistenz des Deutschen Reiches verbunden mit einer Nicht-Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Staat kursiert innerhalb der bundesdeutschen extremen Rechten spätestens seit Gründung der Bundesrepublik. Als Kampagnenthema für die organisierte Rechte, wie etwa die NPD, nimmt der rückwärtsgewandte Blick auf das Deutsche Reich allerdings im Laufe der 1980er Jahre einen zunehmend geringeren Stellenwert ein. Mobilisierungsfähiger wurden damals migrationsfeindliche Kampagnen gegen eine vermeintliche „Überfremdung“ Deutschlands. Dennoch bleibt die Idee der wiederherzustellenden Handlungsfähigkeit des fortexistierenden Deutschen Reiches als ein zentrales extrem rechtes Gedankengebilde bestehen. Die reichsideologischen Vorstellungen wurzeln also in den Traditionen der organisierten extremen Rechten. Sie enthalten geschichts- wie gebietsrevisionistische Forderungen, nämlich die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 oder 1914, was notwendigerweise die Wiederaneignung fremder Staatsgebiete miteinbezieht und die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennt. Die Vorstellung, es gebe eine

Verschwörung gegen „die Deutschen“, die durch eine angeblich andauernde Besetzung ihrer Souveränität beraubt würden, wurzelt zudem in antisemitische[n] Verschwörungstheorien. Hier werden entsprechende Stereotype herangezogen, um die angeblich Verantwortlichen zu benennen: Mal steckt das „internationale Finanzkapital“ dahinter, mal „die Rothschilds“ oder „gewisse Religionen“ und manchmal werden auch direkt „die Juden“ benannt.

„Reichsbürger“ in der Region

Seit im Herbst 2016 im mittelfränkischen Georgensgmünd ein „Reichsbürger“ während einer Hausdurchsuchung durch ein Spezialeinsatzkommando der Polizei auf vier Polizisten schoss und einen dabei tödlich verletzte, ist auch in NRW die Sensibilität für die Aktivitäten dieses Milieus merklich gestiegen. Es ist wohl vor allem dieser gestiegenen Wachsamkeit geschuldet, dass die offizielle Zahl des NRW-Innenministeriums von landesweit etwa 300 „Reichsbürgern“ im Jahr 2016 auf 3.200 Ende 2018 angehoben wurde, eine Größenordnung, von der die Behörden auch weiterhin ausgehen. Im Februar 2019 stuft das Innenministerium zum ersten Mal einen „Reichsbürger“ in NRW als Gefährder ein, er gilt dementsprechend als potentieller Terrorist.

Auch in den Lokalzeitungen des Münsterlandes und des nördlichen Ruhrgebiets liest man seither von entsprechenden Vorfällen. Häufig werden Reichsideolog*innen dann auffällig, wenn sie in Konfrontation mit den von ihnen nicht anerkannten Behörden geraten, etwa im Zuge von allgemeinen Verkehrskontrollen, in Gerichtsverfahren oder wenn sie sich anderen behördlichen oder polizeilichen Maßnahmen entziehen und etwa Buß- oder auch Steuergelder nicht zahlen wollen. Auch berichten kommunale Verwaltungen immer wieder von Vorfällen mit Reichsideolog*innen, die etwa ihren Personalausweis abgeben oder bei Kontakt mit Polizist*innen den Dienstausweis nicht anerkennen wollen. Im März 2018 berichteten etwa die *Westfälischen Nachrichten* (WN) über

tisch und fordert diese zum Kampf auf. Der Mann leistet bei seiner Festnahme durch die Polizei Widerstand.

Bottrop, 21. November 2019 Unter dem Motto „Lasst uns froh und bunter sein“ ruft das Bündnis *Buntes Bottrop* zur Kundgebung auf, um ein Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu setzen.

Gelsenkirchen, 22. November 2019 Insgesamt zwölf zivilgesellschaftliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus werden im Rahmen des Landesprogramms „NRWetofen – lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ mit 44.000 Euro gefördert. Darunter fällt die Anlaufstelle *Schalke hilft! Anzeigetafel*, an die diskriminierende Vorfälle an Spieltagen gemeldet werden können.

Münster, 11. Dezember 2019 Der Integrationsrat ruft zu stillem Protest anlässlich der letzten Ratsitzung des Jahres auf, um auf die mangelnde Finanzierung von Migrant*innenselbstorganisationen aufmerksam zu machen. Das Migrationsleitbild soll umgesetzt und die Arbeit von MSOs entsprechend ihrer Relevanz gewürdigt werden.

Coesfeld, 13. Dezember 2019 In Coesfeld tauchen über mehrere Monate hinweg immer wieder Nazi-Schmierereien und Aufkleber rechtsextremer Gruppierungen auf. Die antifaschistisch ausgerichtete Internetplattform *de.indymedia.org* berichtet, dass es sich bei dem Täter um einen Mann handelt, der schon öfter aufgrund des Tragens von Nazi-Symbolen und rassistischen Beleidigungen aufgefallen war.

Everswinkel, 30. Dezember 2019 Die *Freie Waldorfschule Everswinkel* wird offiziell Mitglied des Schulnetzwerks *Schule ohne Rassismus*



„Wir sind für die Zukunft unserer Kinder nach Europa aufgebrochen.“ Sabrieh aus Iran bereitet sich auf den Realschulabschluss vor.

Siehe „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“ auf S. 18

einen als Reichsideologen bekannten Mann aus Bocholt, der im Zuge seiner Festnahme die Polizisten „quasi durchgehend“, wie es in der Polizeipressemitteilung hieß, beleidigt und durch einen missglückten Kopfstoß zu verletzen versucht habe. Gegen ihn lag unter anderem ein Haftbefehl wegen Fahrens ohne Führerschein vor. Im Juni 2019 berichteten die WN über einen 70-jährigen Dauerpächter auf einem Campingplatz in Senden, der dem Artikel zufolge zuweilen ein selbstgebasteltes Hakenkreuz um den Hals trug und eine Reichskriegsflagge an seinem Wohnwagen hisste. Seinen Besucher*innen wies er sich ungefragt als „Reichsbürger“ aus. Nachdem er wegen des Tragens von verfassungsfeindlichen Symbolen auffällig geworden war und auch mehreren Sendener*innen die Reichskriegsflagge unangenehm auffiel, musste er sein Springmesser auf dem Polizeirevier abgeben, darauf kündigte er gegenüber den WN an: „Ich besorge mir ein Besseres“.

Reichsideologie als Einkunftsquelle?

Zu den zentralen Akteur*innen in der Region gehört Detlef Schäbel, der vor allem über seine Aktivitäten im Internet, vornehmlich über seinen Online-Blog, an die Öffentlichkeit tritt. Von dort aus verbreitet er die im reichsideologischen Spektrum gängigen Thesen und zeigt sich dabei deutlich anschlussfähig an die Diskurse der extremen Rechten. So vertritt er etwa die in verschiedenen extrem rechten Spektren populäre, rassistisch und antisemitisch grundierte These einer globalen Verschwörung, die einen Austausch der angestammten Bevölkerung zum Ziel habe.

Schäbel geriet darüber hinaus Ende Oktober 2016 in die Öffentlichkeit, als verschiedene lokale Medien darüber berichteten, dass er zu einer Veranstaltung des *Vereins für bioenergetisches Leben* nach Dülmen zum Thema „Handelsrecht“ einlade. Auf Nachfrage der *Dülmener Zeitung* erklärte Schäbel damals, die Veranstaltung sei

privat, weshalb der genaue Ort nicht genannt werde. Zudem falle eine Teilnahmegebühr von 60 Euro an. „Reichsbürger“ planen Treffen in Dülmen – Neuenkirchener im Visier des Staatsschutzes“, hieß es damals etwa in den WN. Der *Verein für bioenergetisches Leben* sorgte wenige Monate später, Anfang März 2017, für Schlagzeilen in NRW. Beamte eines Spezialeinsatzkommandos durchsuchten laut Medienberichten sechs Wohnungen in Voerde, Dinslaken und Essen sowie den Sitz des Vereins in einer ehemaligen Gaststätte in Hünxe-Drevenack. Anlass waren Ermittlungen wegen Betrugs gegen Vereinsmitglieder. Mit Hilfe von gefälschten Verrechnungsschecks versuchten diese offenbar die Finanzverwaltung Dinslaken zu ihren Gunsten zu betrügen. In der Gaststätte wurden selbstgebaute, schussfähige Waffen gefunden.

In Hörstel im Kreis Steinfurt musste im Mai 2019 die Polizei Amtshilfe leisten, weil ein Reichsideologe sich geweigert hatte, notwendige Schornsteinfegerarbeiten in seinem Haus zu beauftragen. Das Kreisordnungsamt konnte die folgende Ordnungsverfügung nur mit Hilfe der Polizei durchsetzen. Im münsterländischen Kreis Borken, etwa in Bocholt und Rhede, sind in den vergangenen Jahren mehrfach als Reichsideologen bekannte Personen auffällig geworden, weil sie Gerichtsverhandlungen störten, illegalerweise Ton- oder Videomitschnitte anfertigten oder zu ihrer eigenen Verhandlung schlicht nicht erschienen. Ein als Reichsideologe bekannter Spediteur aus Rhede reichte 2016 sogar selbst Klage beim Verwaltungsgericht Münster dagegen ein, KFZ-Steuer zahlen zu müssen, nachdem ihm wegen Nicht-Zahlung die Zulassung für seine Fahrzeuge entzogen worden war. In der Klagebegründung zweifelte er paradoxerweise die Souveränität und Befugnisse deutscher Gerichte und Behörden an. Die Klage wurde abgewiesen. Begleitet wurde der Rheder Spediteur von Stefan B., der als zentrale Figur im westlichen Münsterland auch zu an-

deren Gerichtsprozessen gegen „Reichsbürger“ erschienen war und als „Berater“ fungierte. 2015 fiel er bereits als Gründer einer Bürgerwehr auf.

Wissen, Waffen und Betrug

Darüber hinaus gibt es in der Region weitere wahrnehmbare Protagonist*innen des reichsideologischen Spektrums. So wurden Anfang 2018 bei einem 69-jährigen Münsteraner im Rahmen einer Hausdurchsuchung 93 Waffen und circa 200 Kilogramm Munition gefunden. Der nach Aussage der Polizei „der Reichsbürgerbewegung nahestehende“ Mann war der Stadtverwaltung aufgefallen, die die Polizei einschaltete. Er hatte die Waffen zwar legal mit den entsprechenden waffenrechtlichen Erlaubnissen besessen – diese sind ihm aber zunächst entzogen worden, um eine mögliche Aberkennung der Zuverlässigkeit im Rahmen des Waffengesetzes zu prüfen. Im Münsterland wurden zudem eine Reihe sogenannter „reaktiver Gemeinden“ ausgerufen, die sich nach eigener Darstellung auf preußisches Bodenrecht vor 1914 beziehen – angeblich die einzige Möglichkeit, den Status als besetztes Gebiet der BRD-GmbH „von unten“ zu ändern, indem sich immer mehr Gemeinden „reaktivieren“ und sich zu Bundesstaaten und in der Folge zu einem „Deutschen Reich“ zusammenschließen. Auf eigens eingerichteten Webseiten wird dazu vorgeblich exklusives Wissen weitergegeben. Auf der Internetseite der im März 2020 durch das Bundesinnenministerium verbotenen „Reichsbürger“-Organisation *Geeinten deutschen Völker und Stämme* waren etwa „aktivierte“ Gemeinden einzusehen. Im Münsterland finden sich darunter Neuenkirchen, Tecklenburg, Freckenhorst und Ahlen-Dolberg.

In Gelsenkirchen ist der eingetragene Verein AGAPE aktiv, der nach eigener Auskunft einen „freiheitlich-religiösen Charakter“ hat. Laut Polizeimeldungen wurde bereits mehrfach wegen diverser Betrugsdelikte gegen die Mit-

glieder ermittelt. Diese stehen mit ihren Aktivitäten nach Aussage des Verfassungsschutzes NRW dem reichsideologischen Spektrum nahe.

Die Verwaltungen im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet sehen das Phänomen der „Reichsbürger“ durchaus als Herausforderung, wenn auch nicht flächendeckend und gleichermaßen intensiv. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass es im Spektrum eine Affinität zu Gewalt und einen Hang zu Verschwörungstheorien gibt, der nur schwer einzuschätzen ist und daher im Umgang mit entsprechenden Akteur*innen Vorsicht geboten und gegebenenfalls Unterstützung und Beratung notwendig ist.

– *eine Schule mit Courage*. Die Schule bekennt sich damit zu dem Ziel, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen überwinden.

Bottrop, 31. Dezember 2018/01. Januar 2019 Ein Mann fährt in der Silvesternacht mit einem Wagen gezielt in eine Gruppe von Fußgänger*innen. Mindestens vier Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Die Ermittlungsbehörden gehen von einem rassistischen Tatmotiv aus, (relativieren die Tat aber mit dem Verweis auf eine „psychische Erkrankung des Fahrers“).

Gelsenkirchen, 11. Januar 2020 Ein alkoholisierter 43-jähriger Gelsenkirchener greift mitten am Tag unvermittelt einen 39-jährigen Gelsenkirchener an. Der Mann beleidigt den 39-Jährigen, versuchte ihn festzuhalten und mit einer Bierflasche zu schlagen. Dem Angegriffenen gelingt es die Polizei zu rufen, in deren Anwesenheit der Mann rassistische Äußerungen von sich gibt.

Dorsten, 18. Januar 2020 Gegen den AfD-Parteitag in Marl ruft das Bündnis *Wir in Dorsten gegen Rechts* zu einer Gegenkundgebung auf. 500 Personen nehmen teil und positionieren sich gemeinsam gegen die extrem rechte Partei.

Castrop-Rauxel, 23. Januar 2020 Das Bundesinnenministerium verbietet die extrem rechte Gruppierung *Combat 18*. Auch in Castrop-Rauxel durchsuchen Polizist*innen im Anschluss ein Haus eines mutmaßlichen Mitglieds.

Gelsenkirchen, 28. Januar 2020: In Gelsenkirchen wird ein Jugendzentrum von Unbekannten mit extrem rechten Symbolen und Parolen, unter anderem einem Hakenkreuz beschmiert. Der Staatsschutz nimmt Ermittlungen auf.

Bottrop, Februar 2020 Der Stadtrat in Borken stimmt einstimmig

Neonazis zwischen Randständigkeit und Normalität

Aktivismus im Parteigewand und Familienfeiern im Kleingarten

Ein sonntäglicher Spaziergang durch eine Kleinstadt im östlichen Münsterland. Die letzten warmen Sonnenstrahlen des Jahres, das fallende Laub sowie rege, aber entspannte Betriebsamkeit in den die engen Gassen säumenden Straßencafés vermitteln eine fast schon klischeehafte frühherbstliche Nachmittagsstimmung: Das Münsterland als „Insel der Seligen“. Doch auf einer Hauswand am Rande der Fußgängerzone sticht ein rotes, wenngleich schon etwas vergilbtes Plakat ins Auge. „Nein zum Asylantenheim“ ist darauf zu lesen. Darunter prangt der Schriftzug *Die Rechte* – eine militante neonazistische Kleinstpartei, die seit ungefähr acht Jahren vor allem in und um Dortmund ihre Aktivitäten entfaltet. Nur wenige Meter von dem Plakat entfernt finden sich weitere extrem rechte Botschaften: „Nazi-Kiez“ lautet der Slogan auf zahlreichen Aufklebern, die Unbekannte an Stromkästen und Laternenmasten angebracht haben. Neonazis in diesem westfälischen Idyll?

Ein gründlicherer Blick ist hier sicherlich notwendig und hilfreich. Aufkleber und Plakate allein sind nicht zwangsläufig Ausdruck eines tatsächlich von Neonazis dominierten Viertels. Gleichwohl lassen sich solche und ähnliche Propagandabotschaften im öffentlichen Raum kaum als „harmlos“ bezeichnen. Sie tragen mit ihren rassistischen, demokratiefeindlichen und nicht selten unverhohlenen gewaltaffinen Aussagen zu einem Klima bei, das von Rassismus Betroffene ebenso wie etwa antifaschistisch engagierte Menschen häufig als bedrohlich empfinden.

Obgleich die Neonazi-Szene im nördlichen Ruhrgebiet und im Münsterland nach wie vor zersplittert ist und öffentlich kaum wahrnehmbar in Erscheinung tritt, stoßen wir als *Mobile Beratung* im Rahmen von Beratungsprozessen oder durch Hinweise von Kooperationspartner*innen immer wieder auf Gruppierungen, Cliques und Einzelpersonen, die bisweilen mit offen rechtsextremen und neonazistischen Ausdrucksformen auffallen. Das Spektrum reicht dabei von organisierten Neonazis und Kaderparteien über rechte Hooligans und Ro-

cker bis hin zu (jugend-)subkulturellen Mischszenen.

„Ganz unten“ – Die NPD

Als bekannteste und älteste Partei im extrem rechten Spektrum ist nach wie vor die *Nationaldemokratische Partei Deutschland* (NPD) zu nennen. Schon in der ersten Ausgabe unserer im Jahr 2015 erschienenen Broschüre „Hier kennt man sich“ zeichneten wir allerdings einen „kontinuierlichen Niedergang“ der NPD im Regierungsbezirk Münster nach. Heute ist festzustellen: die chronische Erfolglosigkeit der NPD mündete in absoluter Bedeutungslosigkeit. Auch die Wahlen zum Deutschen Bundestag im September 2017 ebenso wie die Landtagswahlen im Mai desselben Jahres konnten der Lethargie der dünnen Mitgliederbasis im Münsterland nicht entgegenwirken. Im Gegenteil: Der einzige zuletzt wahrnehmbare Kreisverband in Steinfurt trat selbst in den Wahlkämpfen nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Auch in Gelsenkirchen, Bottrop und dem Kreis Recklinghausen konnte die Partei keine Aktivitäten entfalten, obwohl die Landesgeschäftsstelle in Essen-Kray in unmittelbarer Nachbarschaft liegt und die NPD bei der Bundestagswahl im September 2013 im Wahlkreis Gelsenkirchen mit 2,2 Prozent ein über dem Landesdurchschnitt (1,0 Prozent) liegendes Ergebnis hatte erzielen können. Bis auf einige sporadische und vor allem der nachträglichen Inszenierung dienenden „Lautsprecherfahrten“ mit kurzen Stopps auf Marktplätzen vor allem im Kreis Recklinghausen und in Gelsenkirchen war die NPD während der Wahlkämpfe im Jahr 2017 nicht wahrnehmbar. Auch Plakate wurden – mutmaßlich aufgrund fehlender Aktivist*innen – nicht geklebt. Für den gesamten Regierungsbezirk verzeichnet die Internetseite der Partei mittlerweile nur noch den Kreisverband Steinfurt, erreichbar lediglich durch eine Postfachadresse in Lengerich. In Kommunalparlamenten war die NPD in der Region in den letzten Jahren ohnehin zu keinem Zeitpunkt vertreten. Zuletzt gründeten wenige Aktivist*innen Ende 2019 nach eigener Aussage einen Ortsverband



„Am schönsten finde ich hier, dass man nicht nach der Religion gefragt wird und man seine Meinung jederzeit sagen darf.“ Suleiman, Jeside aus dem Irak, bereitet sich mit einem Praktikum auf sein Studium der Sozialen Arbeit vor. Siehe „Schau mich an – Gesicht einer Flucht“

auf S. 18

der Partei in Dülmen. Über einen Infostand mit Unterstützung der Landespartei hinaus schaffen diese es aber vor allem aufgrund des breiten gesellschaftlichen Gegenwinds in die Öffentlichkeit. So entschied sich im Frühjahr 2020 der Dülmener Schützenverein *Bürgerwache* einstimmig für den Ausschluss eines offenbar im Ortsverband der Partei aktiven Mitglieds und eine entsprechende Satzungsänderung.

Bei den Landtagswahlen 2017 blieb die NPD im Münsterland unter dem desaströsen Landeschnitt von 0,2 Prozent, in Gelsenkirchen und dem Kreis Recklinghausen lag sie nur knapp darüber. Zur Europawahl 2019 waren schlussendlich keine Wahlkampfaktivitäten wahrnehmbar, die Partei kam landesweit nur noch auf 0,1 Prozent.

Im Wartestand – Der III. Weg und Die Rechte

Mit dem *III. Weg* und *Die Rechte* versuchen seit einigen Jahren zwei weitere neonazistische Kleinstparteien in der Region Fuß zu fassen. Beide Gruppierungen rekrutierten ihre Anhänger*innen aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften und der *Autonomen Nationalisten*. Deren Aktivist*innen hatten bis ins Jahr 2012 vor allem im Kreis Recklinghausen und im östlichen Münsterland mit Aufmärschen, Kundgebungen, Plakat- und Flugblattaktionen, aber auch mit gewalttätigen Übergriffen auf sich aufmerksam gemacht. Die Verbote von drei besonders aktiven Kameradschaften aus Hamm, Dortmund und Aachen im August 2012, der Wegzug einiger „Kamerad*innen“ und nicht zuletzt das sich an zahlreichen Orten formierende zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus führten jedoch dazu, dass diese neonazistischen Szenen in den vergangenen Jahren in der Region kaum noch öffentlich in Erscheinung getreten sind. Der *III. Weg* hat in jüngster Zeit mehrere gescheiterte Versuche unternommen, über die nach eigenen Angaben im Sauerland und im Rheinland bestehenden „Stützpunkte“ hinaus in NRW Fuß zu fassen. Nach eigener Aussage sollen zuletzt im September 2018 Informationstreffen „junger Deutscher“ im Münsterland

stattgefunden haben.

Im Vergleich zum *III. Weg* sind die Aktivitäten der Partei *Die Rechte* mit Blick auf NRW wesentlich wahrnehmbarer, konzentrieren sich jedoch größtenteils auf Dortmund, die Städteregion Aachen und den Rhein-Erft-Kreis. Ende 2017 haben jedoch ehemals führende Mitglieder der neonazistischen *Aktionsgruppe Ruhr-Mitte*, die bis 2011 im nördlichen Ruhrgebiet eine wichtige Rolle bei der Vernetzung aktiver Neonazis spielte, nach teils längeren Gefängnisaufenthalten einen „Kreisverband Gelsenkirchen/Recklinghausen“ der Partei gegründet. Seitdem sind immer wieder rechte Graffitis im Stadtgebiet aufgetaucht, etwa eine großflächige schwarz-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift „Widerstand Gelsenkirchen“ im Nordsternpark. Im Vorfeld der Europawahl 2019 wurden Plakate der Partei u.a. vor der NS-Dokumentationsstätte und der Synagoge in Gelsenkirchen aufgehängt, zudem kam es zu zwei kleineren Kundgebungen in der Stadt, bei denen auch zur Solidarität mit der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck aufgerufen wurde. Neben einer regelmäßig aktualisierten Homepage tritt der Kreisverband weiterhin durch Aktionen wie Infostände, die Teilnahme an Demonstrationen in Dortmund sowie mit vereinzelt Flugblattaktionen in Erscheinung – etwa anlässlich des Rudolf-Hess-Gedenkmarsches in Berlin im August 2018. Dort war im Jahr zuvor auch der sogenannte *Kameradschaftsdienst* vor Ort. Deren aus dem nördlichen Ruhrgebiet stammenden Mitglieder begleiten fast alle größeren Neonaziveranstaltungen in Deutschland als Demo-Sanitäter*innen – vom „Tag der deutschen Zukunft“ im Juni 2018 in Goslar bis zu den regelmäßig stattfindenden Rechtsrock-Events in Thüringen. Hier in der Region selbst treten die Aktivist*innen dagegen nicht mehr sichtbar in Erscheinung.

Neonazistische „Bruderschaften“ im Kleingarten

In ihrer Stadt auch öffentlich präsent ist hingegen die *Bruderschaft Erkschwick*, die sich bewusst als „normaler“ Teil der Stadtgesellschaft inszeniert. Der offenbar aus mehreren Dutzend Personen, darunter viele Familien, be-

dafür, ein Schild mit der Aufschrift „Kein Rassismus, keine Diskriminierung, keine Respektlosigkeit in Borken“ vor dem Rathaus aufzustellen.

Münster, 07. Februar 2020 Wie im Vorjahr gehen mehrere tausend Menschen gegen den Neujahrsempfang der AfD im Historischen Rathaus auf die Straße. Die Proteste werden vom *Keinen-Meter-den-Nazis-Bündnis* organisiert.

Münster, 14. Februar 2020 Im Stadion des *SC Preußen Münster* wird der Spieler Leroy Kwadwo von einem Zuschauer rassistisch beleidigt. Zuschauer*innen protestieren gegen den den Vorfall mit „Nazis raus“-Rufen.

Gelsenkirchen, 17. Februar 2020 Der Ankündigung eines „Spaziergangs“ der „besorgten Bürger“ Gelsenkirchen, welche eine „Bürgerwehr“ gründen wollen, folgen nur 15 Leute. Die Veranstaltung wird auch angesichts der Gegenproteste abgesagt. Dem Gelsenkirchener *Aktionsbündnis gegen Rassismus und Ausgrenzung* gelingt es, 200 Gegendemonstrant*innen auf die Straße zu bringen.

Lüdinghausen, 18. Februar 2020 Der DGB-Kreisverband Coesfeld reagiert auf die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen mit einer Mahnwache, um ein Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Münster, 20. Februar 2020 Verschiedenste Gruppen und Initiativen organisieren gemeinsam eine Kundgebung in Gedenken an die Opfer der rassistischen Anschläge in Hanau. Sie wollen damit auch auf die Gefahr des rechten Terrors hinweisen. Auch in Dorsten, Gelsenkirchen, Ahlen und Bottrop finden Mahnwachen statt.

Bocholt, 24. Februar 2020 Aus einer Gruppe heraus wird ein 16 Jahre alter Bocholter am Rosenmontag rassistisch beleidigt. Die

stehende Freundeskreis vernetzt sich über eine Facebookseite. Mitglieder dieser Gruppe feiern – folgt man deren Selbstdarstellung – Grillfeste mit Kinderprogramm, organisieren Wanderungen, beteiligen sich an öffentlichen Putzaktionen im Stadtgebiet, bringen einem nahegelegenen Tierheim Spenden und schalten sich in Diskussionen in der Stadt ein – vor allem dann, wenn es beispielsweise um die Unterbringung von „Fremdarbeitern“ der Fleischindustrie oder eine Debatte um den Muezzinruf der örtlichen Moschee geht. Die Anhänger*innen der „Bruderschaft“ treten in den sozialen Netzwerken als scheinbar besonders engagierte Bürger*innen auf und werden bisher als solche nicht erkennbar hinterfragt. Der Kern dieser Gruppe besteht allerdings vor allem aus rechten Hooligans mit Kontakten sowohl ins Rocker-Milieu als auch in die Dortmunder Neonaziszene. Immer wieder verweist die „Bruderschaft“ auf ihrer Facebookseite auf Internetseiten und Aktionen aus dem Spektrum Dortmunder Neonazis, veranstaltet durch unverhohlene Adaption von NS-Ästhetik gekennzeichnete „Heldengedenken“ und „Sonnenwendfeiern“ und fordert anknüpfend an entsprechende Neonazi-Kampagnen die „Todesstrafe für Kinderschänder“. In den Kommentaren auf ihrer Facebookseite werden Migrant*innen rassistisch beschimpft und beleidigt. Selbst offene Aufrufe, mit Waffengewalt gegen Migrant*innen vorzugehen, bleiben unwidersprochen.

Besorgniserregend erscheint hier sowohl die frühe Einbindung von Kindern in eine ganz offensichtlich völkisch-neonazistische Lebenswelt als auch die Vernetzung mit rechten Rocker- und Hooliganstrukturen im Ruhrgebiet. Hier sammeln sich in dynamischen Mischszenen ehemalige Neonazikader, Hooligans aus dem Umfeld von von *Hooligans gegen Salafismus* (HOGESA) und offenbar gewaltaffine Motorradrocker, die ähnliche archaische Männlichkeitsvorstellungen pflegen und dabei immer wieder Bezüge zum (Neo)nationalsozialismus und zur organisierten Kriminalität herstellen. Die einzelnen Gruppen nennen sich etwa *Brotherhood Criminal Clowns*, *Wahre Wer-*

te Bruderschaft oder *MC Germania* und tragen extrem rechte Insignien wie den Reichsadler auf ihren Kutteln. Die streng hierarchisch aufgebauten Gruppen besuchen sich gegenseitig, sodass offenbar regelmäßig größere Treffen etwa in Kleingartenanlagen im nördlichen und mittleren Ruhrgebiet stattfinden.

Rockergruppen, Hooligans und Kampfsport

In ihrer Selbstinszenierung als martialisch und widerständig weisen diese Gruppen Überschneidungen auf mit Teilen der Kampfsportszene, vor allem im nördlichen Ruhrgebiet sind diese auch an einzelnen Akteur*innen aufzuzeigen. So trainierte ein tief in der Dortmunder Hooligan- und Neonazi-Szene verwurzelter junger Mann lange in Fitness- und Kampfsportstudios in Bottrop, Recklinghausen und Herten mit, dort sogar zeitweise im Kickbox-Training für Kinder und Jugendliche. Bei größeren Events der MMA-Kampfsportszene tritt der Mann nach wie vor auf, Hinweise auf seine Einbindung in eine sich professionalisierende und gut vernetzte Neonaziszene werden abgeblockt. Die Studiobetreiber*innen zeigen sich ambivalent, wenn es um eine Positionierung geht: Es gehe ums Kämpfen und nicht um Politik.

Spielen in den beschriebenen Mischszenen (ehemalige) Hooligans eine erkennbare Rolle, ist es um das HoGeSa-Netzwerk, das vor allem in den Jahren 2014 bis 2016 durch teilweise gewalttätig verlaufende Demonstrationen das Interesse der Öffentlichkeit auf sich zog, deutlich ruhiger geworden. Wahrnehmbare Aktivitäten unter diesem Label waren in der Region in letzter Zeit jedenfalls nicht zu beobachten. Ähnliches gilt für eine Gruppierung, die unter dem Namen *Division Braune Wölfe – Division 44* im Herbst 2015 in einem Stadtteil von Münster und im angrenzenden Kreis Steinfurt rassistische Flugblätter verteilte, in denen die angebliche „Ausbeutung und Abschachtung Deutschlands“ beklagt und gegen Migrant*innen gehetzt wurde. Im September 2016 verurteilte das Amtsgericht Steinfurt in diesem Zusammenhang einen Mann und eine Frau wegen „Volksverhetzung“ zu Bewährungs- und

Geldstrafen. Wenngleich offenkundig keine festgefügte Organisationsstruktur hinter der *Division Braune Wölfe* stand, war doch bemerkenswert, dass unter dieser Bezeichnung auch in anderen Städten, etwa in Essen, Bochum und Dortmund, neonazistische Akteur*innen in Erscheinung getreten sind.

Rechte Cliques und Whatsappgruppen

Auch wenn im Regierungsbezirk Münster neonazistische Gruppierungen und Netzwerke über vergleichsweise schwach ausgeprägte Organisationsstrukturen verfügen, existieren weit unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle nach wie vor unterschiedlichste, sich als „unpolitisch“ verstehende (Jugend-) Subkulturen, unter deren Angehörigen extrem rechtes Gedankengut vertreten ist oder die zumindest für entsprechende Deutungsmuster ansprechbar sind. Diese Feststellung gilt für Teile der Fußballfanszenen ebenso wie für einige Mittelalterfans und Rollenspieler*innen oder auch für verschiedene Musikszenen. Die Übergänge nach „rechtsaußen“ können bisweilen fließend sein.

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang die augenscheinlich anhaltende Faszination, die sich an nationalsozialistische Symboliken und Begrifflichkeiten knüpft und die ihren Ausdruck in immer wieder neuen, besonders in den Sozialen Netzwerken und vermehrt in Whatsappgruppen von Schulklassen verbreiteten Adaptionen in Form von Bildern, Slogans und Musikvideos mit NS-Bezug findet. Ob dies in jedem Fall weltanschauliche Überzeugungen widerspiegelt oder „nur“ als Provokation genutzt wird, ist pauschal nicht zu beantworten. Die Anfragen von Schulen, die sich Beratung im Umgang mit rassistischen, antisemitischen, sexistischen und anderen ausgrenzenden Inhalten in Whatsappgruppen von Schüler*innen wünschen, sind aber seit Beginn des Jahres 2019 massiv gestiegen und bleiben unverändert auf hohem Niveau. Hier hat sicherlich auch das gesellschaftliche Klima im jeweiligen Ort und die mediale Präsenz von extrem rechten Deutungen einen Einfluss auf

das Verhalten der Schüler*innen.

Festzuhalten bleibt zudem, dass auch im Münsterland und im Ruhrgebiet in einigen Dörfern und Kleinstädten rechte Cliques existieren, die Einfluss auf die Ausprägungen von Jugendkulturen vor Ort nehmen und auf diese Weise Angsträume für potentiell von rechter Gewalt und Agitation Betroffene schaffen können. Hier geht es dann in der Regel nicht um organisierte Neonazis, sondern um junge Männer und Frauen, die nicht selten in die örtlichen Gemeinschafts- und Vereinsstrukturen eingebunden und voll integriert sind.

Für uns als *Mobiles Beratungsteam* werden solche Akteur*innen in der Regel nur im Rahmen von Beratungsprozessen sichtbar. Dabei zeigt sich häufig, dass das Auftreten von rechten Cliques, aber auch der anderen hier beschriebenen Kreise, in vielen Fällen als Normalität oder zumindest in der örtlichen Normalität nicht als störend empfunden wird.

Das wird allerdings zuallererst für diejenigen zum Problem, die von Ausgrenzung, Drohungen oder tatsächlicher Gewalt betroffen sind. Wo völkisch-rassistische Aussagen, Ausdrucksweisen und Handlungen – und sei es nur in Gestalt der eingangs zitierten Plakate und Aufkleber in der münsterländischen Kleinstadt – unwidersprochen bleiben, steht nicht weniger als ein angstfreies Zusammenleben und die demokratische Kultur vor Ort zur Disposition.

Täter*innen verschwinden unerkannt.

Bottrop, 04. März 2020 Auf dem Berliner Platz in Bottrop pöbelt ein 44-jähriger Mann wahllos migrantische Passanten an. Er wirft mit einem Messer nach einem 22-Jährigen, der diesem ausweichen kann. Als Polizeibeamt*innen eintreffen und ihn festnehmen, schreit der Mann rassistische Parolen.

Gelsenkirchen, 10. März 2020 Ein 57-jähriger Polizeibeamter des Gelsenkirchener Polizeipräsidiums wird vom Dienst suspendiert. Er wird verdächtigt, mehrere Äußerungen mit möglicherweise volksverhetzendem Inhalt in den Sozialen Medien gepostet zu haben. Gegen den Beamten werden entsprechende Straf- und Disziplinarverfahren eingeleitet.

Castrop-Rauxel, April 2020 Im Onlineshop der JVA Castrop-Rauxel werden Schmuckstücke mit neonazistischen Symbolen, etwa Lederbänder mit einem Thor-Hammer zum Verkauf angeboten.

Gelsenkirchen, 19. April 2020 Unbekannte beschmiereten mehrere Objekte in den Gelsenkirchener Stadtteilen Buer und Erle mit roten Hakenkreuzen. Die Symbole tauchen u.a. an einem Tor am Polizeipräsidium und am *Klinikum Bergmannsheil* auf.

Kontakte und Ansprechpartner*innen

Die folgende Übersicht erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Aufgenommen wurden vor allem Einrichtungen, Initiativen und Netzwerke, die im Regierungsbezirk Münster sowie in den unmittelbar angrenzenden Regionen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und anderen menschenfeindlichen Haltungen aktiv sind.

Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Die *Mobile Beratung* leistet Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vor Ort vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu erzielen. *Mobile Beratung* hilft, Akteur*innen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, miteinander zu vernetzen. Desweiteren analysiert und dokumentiert die *Mobile Beratung* fortlaufend extrem rechte Vorkommnisse und Strukturen in den Regierungsbezirken und sensibilisiert hinsichtlich der Entwicklung ausgrenzender und diskriminierender Einstellungen – explizit auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Neben der *Mobilen Beratung* im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) gibt es in Nordrhein-Westfalen vier weitere, bei unterschiedlichen Trägern angesiedelte Teams der Mobilen Beratung, die auf Ebene der Regierungsbezirke tätig sind. Die *Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster ist an den Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster* angebunden.

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28

48145 Münster

Tel. 0251 / 4927109

kontakt@mobim.info

www.mobile-beratung-nrw.de.

Beratung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt

Die Opferberatung unterstützt Menschen, die von Rechtsextremen bzw. aus rassistisch motivierten Gründen bedroht oder angegriffen wurden. Die Mitarbeiter*innen beraten in juristischen Fragen, begleiten auf Wunsch zu Terminen bei der Polizei oder anderen Behörden und vermitteln therapeutische Hilfe. Die Opferberatung arbeitet parteinehmend für die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, mobil, vertraulich und unbürokratisch. In NRW gibt es je eine Beratungsstelle in Westfalen und im Rheinland

Westfalen: Back Up – Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt

Königswall 36

44137 Dortmund

Tel. 0231 / 956 524 82

Handy: 0172 / 10 454 32 (helpline)

contact@backup-nrw.org

www.backup-nrw.de

Rheinland: Opferberatung Rheinland (OBR)

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 0178 / 8113900

info@opferberatung-rheinland.de

www.opferberatung-rheinland.de

NinA NRW (Neue Wege in der Ausstiegsarbeit)

Das Projekt NinA, das beim Verein RE/init e.V. in Recklinghausen angesiedelt ist, unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene beim Ausstieg aus der rechten Szene durch ein permanentes Beratungs- und Unterstützungsangebot, das auf deren individuelle Bedürfnisse ausgerichtet ist. Zielsetzung ist, die Jugendlichen oder jungen Erwachsenen durch Qualifizierung, Ausbildung oder Arbeit in die Gesellschaft zu integrieren, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Eigenverantwortung soll gestärkt, Hilfe zur Selbsthilfe geboten werden.

NinA NRW

Am Steintor 3

45657 Recklinghausen

Tel: 02361 / 3021-0

Tel: 0176 / 931 197 65

nina.nrw@reinit.de

www.nina-nrw.de

Bildungsangebote

Netzwerk Demokratie und Courage (NDC) – Landesnetzstelle Nordrhein-Westfalen

Das *Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.* (NDC) wird von jungen Menschen getragen, die sich ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken engagieren. Das Hauptarbeitsfeld des NDC ist die Durchführung von Projekttagen „Für Demokratie Courage zeigen“ an Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Durchgeführt werden diese Bildungsveranstaltungen von ehrenamtlich engagierten jungen Menschen. Gemeinsam mit den Jugendlichen diskutieren sie über Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung, um Zivilcourage zu stärken und zu aktivem Handeln zu ermutigen. Die Angebote sind in der Regel kostenfrei. Das NDC existiert in mehreren Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen ist das Netzwerk beim *Landesjugendring* angesiedelt.

Netzwerk für Demokratie und Courage NRW

c/o Landesjugendring NRW e.V.

Sternstraße 9-11

40479 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 49 76 66-19

nrw@netzwerk-courage.de

www.ljr-nrw.de/netzwerk-demokratie-courage

SchLAu NRW – Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung in NRW

Im Zentrum von SchLAu steht die Begegnung zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*. Die dahinterstehende Idee ist, dass Vorurteile und Klischees durch die direkte Begegnung wirkungsvoll hinterfragt und abgebaut werden können. SchLAu verfügt über regionale Gruppen, die ehrenamtlich Schulen, Jugendzentren und andere Bildungseinrichtungen besuchen, um Informationsveranstaltungen und Seminare durchzuführen. Im Regierungsbezirk Münster sind in Münster und Gladbeck zwei Gruppen aktiv und ansprechbar, die dem SchLAu-Netzwerk angehören.

SchLau NRW

Schwules Netzwerk NRW e.V.

Lindenstraße 20

50674 Köln

Tel: 0221 / 257 28 49

info@schlau-nrw.de

www.schlau-nrw.de

SchLau Gladbeck

Atti Schmülling

Verein zur Förderung

der Jugendpflege e.V.

Erlenstr. 82

45964 Gladbeck

Tel: 0173 / 210 52 65

gladbeck@schlau.nrw

gladbeck.schlau.nrw

SchLau Münster

Manuel Clemens

KCM Schwulenzentrum Münster e.V.

Am Hawerkamp 31

48155 Münster

muenster@schlau.nrw

muenster.schlau.nrw

Toolbox X – Workshops zur Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus

Toolbox X ist eine Bildungsinitiative aus dem Münsterland und Ostwestfalen, deren Angebote sich allem an Schulklassen und Jugendgruppen richten. In den Workshops geht es um das Sichtbarmachen, Stärken, Trainieren und Weiterentwickeln der eigenen Argumentationen und um die Ermutigung zum aktiven Handeln gegen rechts-extreme und rassistische Tendenzen und Vorurteile. Insgesamt bietet *Toolbox X* drei verschiedene Workshops an, die sich mit extrem rechter Musik, mit Codes und Symbolen des Rechtsextremismus sowie mit den Möglichkeiten zivilcouragierten Einschreitens gegen Mobbing und Diskriminierung beschäftigen. Die Workshops werden von qualifizierten Teamer*innen durchgeführt.

Arbeit und Leben Bielefeld e.V. DGB/VHS

Holger Wiewel

Ravensberger Park 4

33607 Bielefeld

Tel: 0521 / 55777221

hw@aulbi.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)

IDA-NRW will die Auseinandersetzung mit Rassismuskritik und Rechtsextremismus vorantreiben und Institutionen der Jugendhilfe und Schule bei der Entwicklung einer der Migrationsgesellschaft angemessenen Pädagogik unterstützen.

IDA-NRW ist die landesweite Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention seit 1994. Das Angebot richtet sich an Multiplikator*innen sowie an Pädagog*innen der Jugendverbandsarbeit und der Jugendhilfe in NRW sowie an andere Interessierte.

IDA-NRW

c/o Karima Benbrahim

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

info@ida-nrw.de

www.ida-nrw.de/beratung-von-eltern

Netzwerke und Arbeitsgemeinschaften

Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen e.V.

Der AK Ruhr wurde 1984 durch Jugendamtsleiter benachbarter Ruhrgebietsstädte initiiert. Mittlerweile gehören dem Netzwerk weit über 50 kommunale Jugendämter, öffentliche Einrichtungen, Organisationen, Vereine etc. an. Das Netzwerk möchte rechtsextremen, rassistischen und anderen menschenfeindlichen Einstellungsmustern und Verhaltensweisen entgegenwirken. Die traditionellen Spektren der Jugendarbeit sollen erweitert und pädagogische Angebote vernetzt werden. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Austausch von Erfahrungen und Informationen sowie der Analyse der Hintergründe und Ursachen, die zur Entstehung rechtsextremer Orientierungen und Gewaltakzeptanz bei Jugendlichen führen. Mindestens dreimal jährlich trifft sich der AK-Ruhr auf seinen Arbeitssitzungen. Einmal im Jahr veranstaltet der AK Ruhr eine Fachtagung zu jeweils unterschiedlichen Aspekten der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus.

AK Ruhr

c/o Stadt Dortmund, Jugendamt/Respekt-Büro

Stefan Woßmann

Rheinische Straße 135

44147 Dortmund

Tel. 0231 / 47798461

respekt@stadt-do.de

www.ak-ruhr.org

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Landeskoordination Nordrhein-Westfalen)

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein Projekt von und für Schüler*innen. Im größten Schulnetzwerk Deutschland gestalten über 750.000 Schüler*innen an über 1.000 Schulen aktiv das Klima an ihrer Schule mit und thematisieren an Projekttagen und im Alltag Rechtsextremismus, Rassismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Im Regierungsbezirk Münster gehören dem Netzwerk rund 80 Schulen an. Die teilnehmenden Schulen verpflichten sich dazu, als zentrale Aufgabe der Schule Projekte, Initiativen und Aktivitäten zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden. Unter anderem wird min-

destens ein Mal im Jahr ein Projekttag mit der ganzen Schule zum Thema organisiert. Daneben gibt es zahlreiche weitere Aktionen. Meistens zu Beginn des Jahres findet in Nordrhein-Westfalen ein Landes-Schüler*innen-Treffen statt, zu dem Schüler*innen aller Schulen, die dem Netzwerk angehören, eingeladen sind. Im Regierungsbezirk Münster gibt es zudem ein jährliches Regionaltreffen.

[Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage – Landeskoordination Nordrhein-Westfalen](#)

[Landeskoordination NRW](#)

[LAKI Dez. 37](#)

[Ruhrallee 1-3](#)

[44139 Dortmund](#)

[Ansprechpartnerin für den Regierungsbezirk Münster](#)

[Stefanie Lehmkuhl](#)

[Tel: 02931 / 826250](#)

stefanie.lehmkuhl@bra.nrw.de

www.schule-ohne-rassismus-nrw.de

Mobile Beratung NRW

MBR Düsseldorf Mobile Beratung im Regierungsbezirk Düsseldorf

c/o Wuppertaler Initiative für
Demokratie und Toleranz e.V.
Bendahler Str. 29
42285 Wuppertal
Tel.: 0202 / 563 - 2809
info@mbr-duesseldorf.de
www.mbr-duesseldorf.de und
www.wuppertaler-initiative.de

MBR Köln Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln

c/o Info- und Bildungsstelle gegen
Rechtsextremismus
im NS-Dokumentationszentrum
der Stadt Köln
Appellhofplatz 23 – 25
50667 Köln
Tel.: 0221 / 221 - 27162
ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

mobim Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster

Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie
c/o Geschichtsort Villa ten Hompel
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
Tel.: 0251 / 4927109
kontakt@mobim.info
www.mobim.info

MBR OWL Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold / OWL

c/o Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis
Herford
Kreishausstraße 6
32051 Herford
Tel: 05221 / 1745725
Tel: 05221 / 1745726
info@mbr-owl.de
www.mbr-owl.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg

c/o Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche
von Westfalen
Iserlohner Str. 25
58239 Schwerte
Tel.: 02304 / 755190
info@mbr-arnsberg.de
www.mbr-arnsberg.de

Gegen Rechtsextremismus und für Demokratie im Regierungsbezirk Münster

Die *Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster – gegen Rechtsextremismus, für Demokratie* (mobim) ist eine regionale Beratungsstelle in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu unterstützen. Vordringlichstes Ziel ist es, extrem rechte Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler Akteur*innen entgegenzutreten und damit demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern.

Neben der gezielten Beratung lokaler und regionaler Akteur*innen wendet sich Mobile Beratung gegen Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Diskriminierung und Ausgrenzungen jedweder Art und solidarisiert sich mit den (möglichen) Betroffenen (extrem) rechter Gewalt.

Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung und eine Thematisierung der Zusammenhänge im Themenfeld Rechtsextremismus zu fördern, dokumentiert und analysiert *mobim* extrem rechte Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region und betreibt eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, um nachhaltige Änderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen zu ermöglichen.

mobim ist dabei eingebunden in das NRW-weite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und wird gefördert durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* und das *Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen*. Träger von *mobim* ist der Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.

